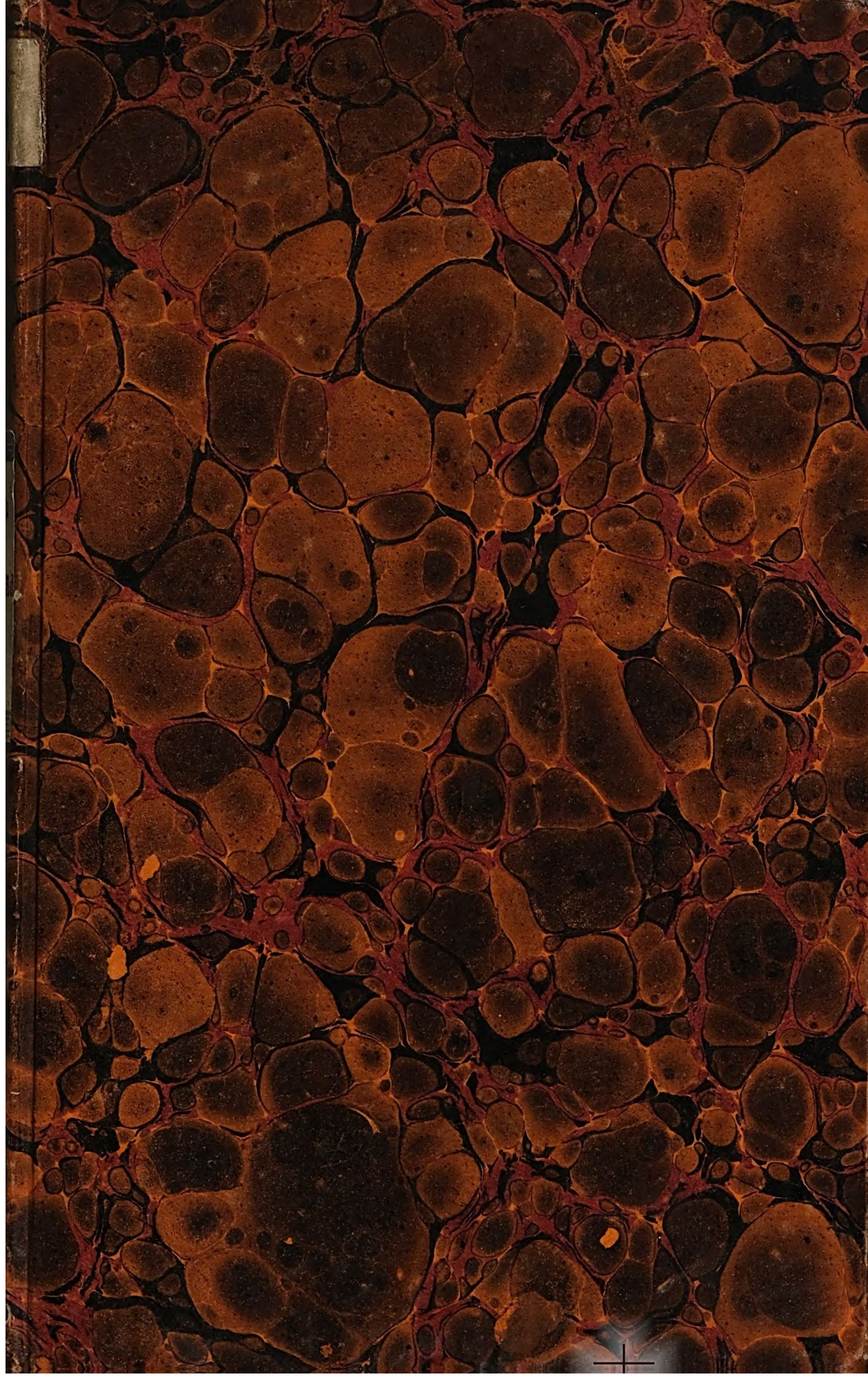




Da. VI. 79.

J. enc.

66

Da VII 79

Lehrbuch
der
Encyclopädie
und
Methodologie
der
Rechtswissenschaft.

Von

M. Emil Ferdinand Vogel,

Privatdocenten der Rechte und der Philosophie an der
Universität zu Leipzig.



Leipzig,
bey C. H. F. Hartmann.

1829.

Lehrbuch

der

Enzyklopädie

in 4 Bänden

Methodologie

der

Naturwissenschaften

von

Dr. Emil Ferdinand Vogel

Privatdozent der Rechte und der Philosophie an der
Universität zu Leipzig

Verlag von
C. F. W. Neumann

Leipzig

S r. E x c e l l e n z

H e r r n

Wilhelm Freyherrn v. Gutschmid,

Königl. Sächs. Conferenz-Minister und wirklichen Geheimen
Rathe mit Sitz und Stimme, Direktor der Oberrechnungs-
kammer, Grosskreuz des K. S. Civilverdienstordens, Erb-,
Lehn- und Gerichtsherrn auf Kleinwolmsdorf u. s. w.

in ehrfurchtsvollster Ergebenheit

gewidmet

vom

V e r f a s s e r.

St. Exzellenz

Herrn

Wilhelm Freiherrn v. Gutsmuths

Königl. Sachs. Landes-Physikus und wirthschaftl. Geh. Rath
Königl. Sachs. Landes-Physikus, Director der Observatorien
Landes-Physikus des K. S. Landeshauptmanns
Lein- und Gutschachen und Kreisoberst in d. W.

in obersächsischer Sprache

gegründet

von

Verfasser

V o r r e d e.

Nicht allein durch das Bedürfniss eines eigenthümlichen Leitfadens für die Vorträge über juristische Encyclopädie und Methodologie, sondern auch durch die Ueberzeugung, dass jeder akademische Lehrer verpflichtet sey, sobald als möglich sein Glaubensbekenntniss über das wissenschaftliche Gebiet, dem er zunächst seine Kräfte gewidmet hat, dem gelehrten Publikum vorzulegen, ist das öffentliche Erscheinen dieser Blätter veranlasst worden.

Ob der Inhalt derselben im Stande sey, beyde Gründe gnügend zu rechtfertigen, darüber mögen einsichtsvolle Beurtheiler entscheiden.

Nicht selten wird auch noch in unsern Tagen die Beschuldigung ausgesprochen: das juristische Studium mache herzlos und lähme die freye, geistige Thätigkeit; nicht selten wird noch jetzt namentlich der praktische Jurist für einen bloßen gelehrten Handwerker erklärt.

Rücksichtlich der Wissenschaft selbst erscheint diese Beschuldigung als durchaus wahrheitswidrig. Denn die Rechtswissenschaft ist die Stütze für die Grundlagen der menschlichen Gesellschaft, und nichts kann wichtiger, nichts ehrwürdiger seyn, als eben diese Grundlagen. Das ganze ordnungsmässige Walten der Bürger im Staate, ohne welches sie ihre höhere Bestimmung gar nicht erreichen können, hängt ja von der Festigkeit jener Grundlagen ab. Um aber dieses Ziel zu erreichen, bedarf es eines Umfangs von Kenntnissen, wie ihn kaum irgend eine andere Wissenschaft nöthig macht, und diese Kenntnisse nehmen die höchsten Seelenkräfte des Menschen unbedingt in Anspruch. Schon diess muss die Wichtigkeit unsrer Wissenschaft andeuten.

Scharfsinn, Menschenkenntniss, ein praktischer Blick für das wirkliche Leben, Erfahrung in der Geschichte und Philosophie, als Hülfsmittel für die genauere Bekanntschaft mit den Rechtsquellen selbst und mit dem Gange der menschlichen Natur, überhaupt aber eine, für die Sache der Humanität sich nöthigenfalls selbst aufopfernde Liebe zur Thätigkeit: diess möchten ohngefähr die Erfordernisse für die Erfüllung des höchsten Zweckes der Rechtswissenschaft seyn.

Gerade hierin sind in der That die edelsten Kenntnisse und Vorzüge des Menschengeschlechts zusammengefasst, und eine Wissen-

schaft, die auf solchen Grundlagen ruhet, verdient gewiss die höchste Achtung. Also ist die Wissenschaft des Rechtes an sich frey von dem obigen Vorwurfe; auch bey den umfassendsten Anforderungen, die an sie gemacht werden, darf sie das gerechte Urtheil der Welt ruhig erwarten.

Ob aber nicht die, welche als Praktiker unsre Wissenschaft im Leben ausüben, hier und da zu jenem Vorwurfe Veranlassung gegeben haben, das ist freylich eine andere Frage. Ihre Erörterung würde indessen hier zu weit führen.

Eine genau geordnete Encyclopädie und Methodologie der Rechtswissenschaft, die durch Festhaltung einer höhern Ansicht und edlerer Zwecke belebt wird, möchte wohl am kräftigsten dazu beytragen können, die aus dem tadelnswürdigen Benehmen einiger Individuen abstrahirten Vorurtheile der nicht-juristischen Staatsbürger gegen die Rechtswissenschaft, unter deren Paniere sich jene gestellt haben, zu beseitigen, und dadurch dem Abfalle gut organisirter Köpfe von dem ihrer so würdigen Gebiete der juristischen Disciplinen ein Ende zu machen.

Denn durch eine solche kräftig ausgeführte Skizze, welche die Erreichbarkeit eines höhern Zweckes deutlich machte, und die Natur mancher so nahe liegenden Abwege sorgfältig zergliederte, würde zugleich für jeden hellen Kopf, für jedes unverdorbene Gemüth die Bahn nach dem bes-

sern Ziele freygemacht, und demnach für die Wissenschaft selbst ein neuer Stützpunkt erworben werden.

Mit diesen Ansichten und Ueberzeugungen bin ich an die vorliegende Arbeit gegangen; wohl mir, wenn ich das vorgesteckte Ziel wenigstens nicht ganz verfehlt habe: die höhere Thätigkeit für die Rechtswissenschaft in dem Innern der jungen Männer, welche sich ihr widmen wollen, zur unauslöschlichen Flamme zu erwecken, die fortlodere für das ganze Leben, damit der einmal gefasste, höhere Entschluss, die einmal gewonnene, bessere Ueberzeugung in tausendfach glücklichen Wirkungen ihr wohlthätiges Daseyn ausspreche.

Dass ich zur Erreichung meiner Absicht eines eigenthümlichen, von den Entwürfen Anderer abweichenden Planes mich bediente, darüber wird mich wohl nicht leicht jemand tadeln.

Meine längere, durch wiederholte akademische Vorlesungen über die Encyclopädie und Methodologie der Rechtswissenschaft unterstützte Beschäftigung mit dem ersten Entwurfe dieser Schrift war namentlich darauf gerichtet, mit möglichster Gedrängtheit das wesentlich Nothwendige in einer logisch richtigen Entwicklung an einander zu reihen. Ausser den zahlreichen Schriften der angesehensten Juristen unserer und der jüngst vergangenen Zeit über die Encyclopädie und Methodologie ihrer Wissenschaft

sind mir auch die Winke geistvoller Nicht-Juristen, wie z. B. d'Alembert's (im *Discours préliminaire de l'Encyclopedie*) bey der Ausarbeitung nützlich und willkommen gewesen.

Recht sehr bedaure ich, dass mir das ganz kürzlich erschienene Werk von C. A. Tittmann: Handbuch für angehende Juristen, Halle 1828. 8., eben in diesem Augenblicke erst in die Hände kommt. Gewiss würde ich die Erfahrungen des geistreichen Verfassers, der durch sich selbst einen so ausgezeichneten Platz in der ersten Reihe der deutschen Juristen behauptet, nicht ohne bedeutenden Gewinn für meine Arbeit haben benutzen können.

Bey der Darstellung der Methodologie habe ich mich deshalb länger, als die meisten meiner Vorgänger aufgehalten, weil der Studirende nach meiner Ueberzeugung so bald und vollständig als möglich über den, für seine Studien einzuschlagenden Weg belehrt werden muss. Ideen zur Ergänzung der encyclopädischen Umrisse erhält er in den Vorlesungen über die einzelnen Rechtstheile weit häufiger, als Winke über die Methodologie seiner Wissenschaft. Ueber einige der hier nur in wenigen Umrissen mitgetheilten methodologischen Ansichten werde ich vielleicht noch einmal in einer besondern Schrift mich weiter aussprechen, wenn ihnen der Beyfall der Kenner nicht ganz versagt werden sollte.

Die genauere Berücksichtigung der Hülfswissenschaften des Rechtsgelehrten schien mir

wesentlich nothwendig, sobald ein höherer Standpunkt festgehalten werden sollte. Ich habe geglaubt, in dieser Beziehung das Beyspiel Wencks, meines unvergesslichen Lehrers, befolgen zu müssen, welcher den Wissenschaften viel zu früh entrissen worden ist.

Mit den litterarischen Nachweisungen bin ich sehr sparsam gewesen. Ueberladung in diesem Punkte erregt bey dem Anfänger einen unvertilgbaren Ekel, der späterhin dem so nützlichen Fortschreiten in der Litteraturkenntniss im Laufe des Geschäftslebens direkt entgegenarbeitet. Aeltere Schriften habe ich oft deshalb vorzugsweise citirt, um der, unter den Studirenden jetzt so allgemein herrschenden, höchst verderblichen Sucht entgegen zu arbeiten, in Folge welcher sie, mit Hintansetzung aller ältern Schriften über ihr Fach, nur um die neueste Litteratur sich kümmern zu müssen glauben. Uebrigens gestehe ich den Einfluss meiner Idiosyncrasie sowohl auf die, unter den Litteraturnotizen getroffene Auswahl, als auf die allgemeine Gestaltung dieses Buches, unverholen zu. Heucheley in diesem Punkte würde zu sehr mit dem aus Ueberzeugung gewählten Motto meines Buches in Widerspruch gestanden haben, und ist ohnediess nicht geeignet, das Auge des unbefangenen Kenners zu blenden.

Leipzig, den 1. October 1828.

Emil Ferdinand Vogel.

Inhaltsverzeichnis.

E i n l e i t u n g.

Erstes Kapitel.

Begriff und Zweck der Encyclopädie und Methodologie überhaupt.

	Seite
§. 1. Begriff und Zweck der Encyclopädie.	3
§. 2. Begriff und Zweck der Methodologie, ...	5

Zweytes Kapitel.

Begriff des Rechtes und der Rechtswissenschaft.

§. 3. Begründung des Rechtsbegriffes und Umfang desselben.	6
§. 4. Begriff und Umfang der Rechtswissenschaft.	9

Drittes Kapitel.

Begriff und Zweck der juristischen Encyclopädie und Methodologie.

§. 5. Begriff und Zweck der juristischen Encyclopädie.	10
§. 6. Begriff und Zweck der juristischen Methodologie.	13

Erstes Buch.

Encyclopädie der Rechtswissenschaft.

Vorhemerkungen.

§. 7. Allgemeines Rechtsprincip. Verhältniss desselben zum Moralprincipe.	15
§. 8. Giebt es ein, dem positiven Rechte entgegenstehendes Naturrecht?	16
§. 9. Wahres Verhältniss des positiven Rechts zum Vernunftrechte.	19
§. 10. Natur des positiven Rechts. Gewohnheitsrecht.	20
§. 11. Theorie und Praxis des positiven Rechts.	21
§. 12. Verhältniss der Nebenzweige der Rechtswissenschaft zu ihren Haupttheilen.	22
§. 13. Ueber die sogenannten philosophischen Hauptwissenschaften des Rechtsgelehrten.	23

E r s t e A b t h e i l u n g.

Hauptwissenschaften des Rechtsgelehrten.

Erster Abschnitt.

Theoretische Hauptwissenschaften.

Erstes Kapitel.

Theoretische Hauptwissenschaften, die das gegenseitig zwischen der höchsten Gewalt und den einzelnen Staatsbürgern sich aussprechende Verhältniss betreffen.

§. 14. Das Staatsrecht.	26
§. 15. Das Völkerrecht.	27
§. 16. Das Kirchenrecht.	28
§. 17. Allgem. und protestantisches Kirchenrecht.	29
§. 18. Katholisches Kirchenrecht. Kirchenrechtsquellen.	34

	Seite
§. 19. Das Criminalrecht.	37
§. 20. Besondere Bemerkungen über das Criminalrecht.	38
§. 21. Stellung des Criminalrechts im System. Quellen des Criminalrechts.	40
§. 22. Das Polizeyrecht.	41

Zweytes Kapitel.

Theoretische Hauptwissenschaften, welche die besondern Verhältnisse der Staatsbürger unter einander betreffen.

§. 23. Das Privatrecht im Allgemeinen.	43
§. 24. Besonderes Privatrecht. Das Adelsrecht.	46
§. 25. Das Lehnrecht.	47
§. 26. Das Stadt- und Bürgerrecht.	49
§. 27. Das Handels-, Wechsel- und Seerecht.	51
§. 28. Das Dorf- und Bauernrecht.	52

Zweyter Abschnitt.

Praktische Hauptwissenschaften.

Erstes Kapitel.

Praktische Hauptwissenschaften, die mit der Staatsverwaltung in näherer Verbindung stehen.

§. 29. Die Staats- und Canzleypraxis.	53
§. 30. Die Völkerrechtspraxis oder Diplomatie.	55
§. 31. Das Cameral- und Finanzrecht.	55
§. 32. Der Criminalprozess.	57

Zweytes Kapitel.

Praktische Hauptwissenschaften, welche die besondern Verhältnisse der Staatsbürger unter einander betreffen.

§. 33. Der Civilprocess.	60
§. 34. Das Verfahren bey willkürlichen Gerichtshandlungen.	62
§. 35. Aussergerichtliche Praxis und Notariatskunst.	63

A n h a n g.

Wissenschaften zur Erleichterung der gerichtlichen Praxis.

§. 36. Die Referir- und Dekretirkunst.	65
§. 37. Die Archiv- und Registraturwissenschaft.	67

Z w e y t e A b t h e i l u n g.

Hülfswissenschaften des Rechtsgelehrten.

§. 38. Vorbemerkungen.	68
--------------------------------	----

Erstes Kapitel.

Philologische Hülfswissenschaften des Rechtsgelehrten.

§. 39. Natur der Sprachkenntnisse im Allgemeinen.	69
§. 40. Die lateinische Sprache.	70
§. 41. Die griechische Sprache.	72
§. 42. Die deutsche Sprache.	73
§. 43. Andere neuere Sprachen.	74

Zweytes Kapitel.

Mathematisch-physikalische Hülfswissenschaften des Rechtsgelehrten.

§. 44. Allgemeine Bemerkungen.	76
§. 45. Die mathematischen Wissenschaften.	77
§. 46. Die physikalischen Wissenschaften.	79
§. 47. Die Naturlehre und Naturgeschichte.	80

Drittes Kapitel.

Historische Hülfswissenschaften des Rechtsgelehrten.

§. 48. Begriff und Eintheilung der Geschichte.	82
§. 49. Universalgeschichte.	84

	Seite
§. 50. Geschichte der ältern Zeit.	85
§. 51. Geschichte der mittlern Zeit, ...	86
§. 52. Geschichte der neuern Zeit.	87
§. 53. Specialgeschichte. Römische und deutsche Ge- schichte.	88
§. 54. Provinzialgeschichte. Sächsische Geschichte. . .	89
§. 55. Kulturgeschichte, Rechtsgeschichte.	89

Viertes Kapitel.

Philosophische Hülfswissenschaften des Rechtsgelehrten.

§. 56. Begriff und Eintheilung der Philosophie.	91
§. 57. Bemerkungen über die theoretisch-philosophi- schen Wissenschaften.	92
§. 58. Bemerkungen über die praktisch-philosophischen Wissenschaften.	94
§. 59. Bemerkungen über den Einfluss der sinnlichen Wahrnehmung auf die Grundsätze der Philoso- phie.	96

Zweytes Buch.

Methodologie der Rechtswissenschaft.

Erstes Kapitel.

Allgemeine Grundsätze.

§. 60. Gesichtspunkte für die nähere Betrachtung der Methodologie überhaupt.	100
§. 61. Folgerungen aus dem Vorhergehenden mit Rück- sicht auf die Rechtswissenschaft.	101
§. 62. Zwey Hauptregeln für das juristische Studium. .	101

Zweytes Kapitel.

Gesetze für die Anordnung des juristischen Studienplanes.

§. 63.	Bestimmung der nothwendigen Vorkenntnisse.	102
§. 64.	Bestimmungen über die Rangordnung der akademischen Vorlesungen.	103
§. 65.	Fortsetzung.	104
§. 66.	Privatstudium auf der Universität.	105

Drittes Kapitel.

Entwurf eines akademischen Studienplanes.

§. 67.	Erstes Halbjahr.	107
§. 68.	Zweytes Halbjahr.	108
§. 69.	Drittes Halbjahr.	109
§. 70.	Viertes Halbjahr.	110
§. 71.	Fünftes Halbjahr.	111
§. 72.	Sechstes Halbjahr.	112

Viertes Kapitel.

Erläuterung des Studienplanes für das erste Halbjahr.

§. 73.	Studium der juristischen Encyclopädie und Methodologie.	113
§. 74.	Studium der Institutionen des römischen Rechts.	114
§. 75.	Studium der Universalgeschichte.	117
§. 76.	Studium der Mathematik und Physik.	119

Fünftes Kapitel.

Erläuterung des Studienplanes für das zweyte Halbjahr.

§. 77.	Studium der römischen Rechtsgeschichte.	119
§. 78.	Studium des Pandektenrechts.	120
§. 79.	Besondere Bemerkungen über das Pandektenrecht.	122
§. 80.	Studium der neuern europäischen Geschichte.	124
§. 81.	Studium der Fundamentalphilosophie.	126

Sechstes Kapitel.

Erläuterung des Studienplanes für das dritte Halbjahr.

§. 82.	Studium des deutschen Privatrechts.	127
§. 83.	Besondere Bemerkungen über das deutsche Pri- vatrecht.	128
§. 84.	Studium des Lehnrechts.	129
§. 85.	Besondere Bemerkungen über das Lehnrecht.	131
§. 86.	Studium des philosophischen Criminalrechts.	132
§. 87.	Studium des Kirchenrechts.	134
§. 88.	Studium der Logik und Metaphysik.	136
§. 89.	Studium der deutschen Geschichte.	138

Siebentes Kapitel.

Erläuterung des Studienplanes für das vierte Halbjahr.

§. 90.	Studium des Civilprocesses.	140
§. 91.	Besondere Bemerkungen über das Studium des Civilprocesses.	141
§. 92.	Studium des partikulären Privatrechts.	142
§. 93.	Studium des positiven Criminalrechts.	144
§. 94.	Studium des Criminalprocesses.	147
§. 95.	Studium der praktischen Philosophie.	150
§. 96.	Studium der Anthropologie.	152

Achstes Kapitel.

Erläuterung des Studienplanes für das fünfte Halbjahr.

§. 97.	Fortsetzung der Civilprozessstudien.	155
§. 98.	Disputatorium über processualische Gegenstände	156
§. 99.	Erste Versuche in praktischen Arbeiten nach Anleitung besonderer Uebungskollegien.	157
§. 100.	Studium des Natur- und Völkerrechts.	159
§. 101.	Studium der Staatswissenschaften.	161

Neuntes Kapitel.

Erläuterung des Studienplanes für das sechste Halbjahr.

§. 102.	Studium der Referir- und Dekretirkunst.	164
§. 103.	Bemerkungen über die Anordnung ausführlicher Relationen.	166
§. 104.	Studium der Provinzialgeschichte.	168
§. 105.	Studium des deutschen Staatsrechts und des Provinzialstaatsrechts.	169

Zehntes Kapitel.

Schlussbemerkungen.

§. 106.	Allgemeine Bemerkungen über das Verhältniss des methodologischen Studienplanes zu der in der Encyclopädie gegebenen Darstellung.	172
§. 107.	Studium des Polizeyrechts und der Polizeywissenschaft.	173
§. 108.	Studium der Cameral- und Finanzwissenschaften.	175
§. 109.	Studium der Staats- und Canzleypraxis, so wie der Völkerrechtspraxis oder Diplomatie.	176
§. 110.	Studium der <i>medicina forensis</i> und der <i>mathesis forensis</i> .	177
§. 111.	Studium der Archiv- und Registraturwissenschaft.	179
§. 112.	Studium des Wechselrechts.	180
§. 113.	Bemerkungen über die juristische Hermeneutik oder Auslegungskunst.	181
§. 114.	Bemerkungen über den eigenthümlichen Charakter der Interpretation.	184
§. 115.	Folgerungen aus dem Vorhergehenden.	185

Encyclopädie und Methodologie
der
Rechtswissenschaft.

Defendat quisque, quod sentit: sunt enim judicia libera.

Nos institutum tenebimus, nullis unius disciplinae legibus adstricti.

CICERO.

Einleitung.

Erstes Kapitel.

Begriff und Zweck der Encyclopädie und Methodologie überhaupt.

§. 1.

Begriff und Zweck der Encyclopädie.

Der grosse Umfang der menschlichen Erkenntniss macht es dem Einzelnen unmöglich, die Resultate derselben, als eine Gesamtwissenschaft ganz mit Selbstständigkeit in sich aufzunehmen. Jedes, für wissenschaftliche Erkenntniss empfängliche Individuum muss sich daher auf dem grossen Gebiete derselben einen besondern Punkt als Wirkungskreis auswählen. Allein auf der andern Seite ist es auch nothwendig, sich dadurch nicht völlig von dem Gesamtgebiete absondern zu lassen. Denn nur aus der Verbindung mit letzterem stammt jene lebendige Kraft, die selbst für den kleinsten Wirkungskreis unentbehrlich ist.

Deshalb bedarf es eines Unterrichts, der sowohl das Ganze der Wissenschaft, als die einzelnen Abtheilungen derselben und ihr gegenseitiges Verhältniss kennen lehrt.

Man bezeichnet ihn mit dem Worte Encyclopädie. Die etymologische Herleitung dieses Wortes von ἐγκύκλιος kreisförmig und παιδεία der Unterricht, lässt den Grund jener Bezeichnung nicht deutlich genug erkennen. Ein schon im Alterthume gewöhnlicher Sprachgebrauch aber giebt hierüber nähern Aufschluss. Die Griechen bezeichneten nämlich mit dem Ausdrücke: μάθηματα ἐγκύκλια Wissenschaften, die einen bestimmten Umfang hatten, und in einem gewissen, regelmässigen Kursus abgehandelt wurden; weil ἐγκύκλιος in einer zweyten Bedeutung auch das ausdrückt, was einen bestimmten Kreislauf hat. Den Unterricht in jenen Wissenschaften, dem alle freygebornen Griechen pflichtmässig beywohnen sollten, nannten sie ἐγκύκλιος παιδεία. Sie wollten dadurch andeuten, dieser Unterricht solle nicht das weitläufige System eines wissenschaftlichen Ganzen liefern, sondern vielmehr den Umfang der wissenschaftlichen Begriffe, und ihre sich vielseitig berührenden Gränzen von einem sichern Mittelpunkte, wie von dem Centrum eines Kreises aus, deutlich auffassen lehren. Hiernach ist auch uns die Encyclopädie ein systematischer Unterricht über das Hauptprincip, die Gränzen und die einzelnen Haupt- und Nebenzweige eines wissenschaftlichen Ganzen. Den Nutzen der Encyclopädie hat man zwar öfters durch den Einwurf zweifelhaft machen wollen, dass durch sie nur oberflächlichen Kenntniss herbeygeführt, und somit die so schädliche, wissenschaftliche Seichtigkeit befördert werde: allein dieser Einwurf lässt sich durch die Bemerkung leicht entkräften, dass mit der encyclopädischen Darstellung keineswegs dem eigentlichen Studium einer Wissenschaft genug gethan, sondern nur

zur Beförderung dieses letztern eine vorbereitende Uebersicht über das ganze Gebiet gegeben werden soll. Ueberdiess bewahrt auch der encyclopädische Unterricht, indem er nicht nur die innige Verbindung der einzelnen Theile einer Wissenschaft unter einander, sondern auch den genauen Zusammenhang derselben mit andern Gebieten der Erkenntniss, und ihre gegenseitige Wechselwirkung offenbart, am sichersten von der, das Weiterstreben und die praktische Anwendung so sehr behindernden wissenschaftlichen Einseitigkeit.

§. 2.

Begriff und Zweck der Methodologie.

Der Wortbedeutung nach bezeichnet der Ausdruck: Methodologie überhaupt: die Lehre von dem Wege, der zum rechten Ziele führt. Wir brauchen jedoch das Wort: Methode jetzt nur noch in seiner bildlichen Anwendung auf die Wissenschaft, und verstehen also unter Methodologie die Anweisung zur genauen Erforschung und Auffassung wissenschaftlicher Sätze. Im Allgemeinen gehört daher die Methodologie der Logik an. Angewendet aber auf die zur Auffassung einer einzelnen Wissenschaft unentbehrlichen Regeln und Hülfsmittel, ertheilt sie Winke über die, zum Studium nöthige Vorbereitung, über die Ordnung in der Erforschung der einzelnen Theile einer Wissenschaft, über die zweckmässigste Art der Darstellung dieser einzelnen Theile, und über die Beförderungsmittel eines gründlichen Studiums. Eine zweckmässige Vorbereitung zum Studium einer Wissenschaft kann nicht früher erwogen, ein fester Plan zu demselben nicht eher entworfen, und die passendste Art der Darstellung, so

wie die Natur der Beförderungsmittel des Studiums nicht zeitiger erkannt werden, als bis das Grundprincip, die Grenzen, und die Haupt- und Nebenzweige dieser Wissenschaft pragmatisch aufgefasst worden sind. Es leuchtet daher ein, dass jede Methodologie einer Wissenschaft sich auf die Encyclopädie derselben stützen muss. Einer besondern Hinweisung auf den Nutzen der Methodologie bedarf es nicht, da er aus dem Begriffe selbst deutlich hervorgeht.

Zweites Kapitel.

Begriff des Rechtes und der Rechtswissenschaft.

§. 3.

Begründung des Rechtsbegriffes und Umfang desselben.

Die Vereinigung mehrerer Individuen zum gesellschaftlichen Leben kann nicht anders bestehen, als so, dass jeder Einzelne auf einen Theil seiner äussern Freyheit — welche in der Zwanglosigkeit seiner Thätigkeit nach aussen hin besteht, — zum Besten des Ganzen Verzicht leistet. An sich nämlich hat die äussere Freyheit keine andern Schranken, als das Maas von Kraft, welches jeder zur Abwehrung fremden Einflusses oder zur Erlangung eigener Gewalt über Andre aufwenden kann. Aus der rücksichtslosen Aufwendung dieser Kraft würde aber ein *bellum omnium contra omnes* entstehen, das alles gesellschaftliche Leben vernichtete. Um diess nun zu verhindern, muss jeder Theilnehmer an der gesellschaftlichen Verbindung sich

seine äussere Freyheit so weit beschränken lassen, dass alle übrigen Mitglieder neben ihm im Stande sind, als vernünftig-sinnliche Wesen in gleichem Umfange thätig zu seyn. Dieses Verhältniss bildet den rechtlichen Zustand. Es liegt demnach am Tage, dass ein solcher rechtlicher Zustand ohne gesellschaftliche Vereinigung mehrerer Individuen gar nicht angenommen werden kann. Denkt man sich diese Vereinigung Mehrerer als eine Gesellschaft, die, um Ordnung und Einheit in ihre Gestaltung zu bringen, und mit einem Worte, ihren rechtlichen Zustand zu sichern, die höchste Gewalt entweder Mehreren oder einem Einzigem aus ihrer Mitte überträgt, so hat man den Begriff des Staates.

Die Staatsverbindung ist der Natur der Sache nach ein, dem Familienverhältnisse analoger Verein. Alle Berufungen auf einen sogenannten ausdrücklichen Grundvertrag des Staates, als die Entstehungsursache des letztern, entbehren der Realität. Man hat die Idee eines solchen Vertrags deshalb so lange festgehalten, weil man sich nicht gleich an den Gedanken gewöhnen wollte, dass eine Sache selbst lange zuvor vorhanden seyn könne, ehe an den Begriff derselben gedacht werde. Einen stillschweigenden Staatsgrundvertrag dagegen kann man allerdings zugestehen; aber auch durchaus nur diesen; denn alle Staaten verdanken ihr Daseyn mehr der Nothwendigkeit, als der freyen Entschliessung, welche letztere doch das Grundprincip jedes ausdrücklichen Vertrags ist. Die stillschweigende Verpflichtung der Staatsbürger zum Gehorsam gegen die höchste Gewalt, welche Verpflichtung stets vorhanden ist, berechtigt das Organ der

höchsten Gewalt nicht nur alle, zum Schutze des rechtlichen Zustandes der Staatsbürger dienliche Anstalten zu treffen, sondern sie auch in Ansehen zu erhalten, zu erneuern und zu ergänzen. Alles dieses geschieht durch Gesetze, und der Inbegriff der, zur Sicherstellung des Staatsverhältnisses nöthigen Gesetze bildet das Recht. Wie alle Begriffe überhaupt, kann auch der Begriff des Rechts sowohl subjectiv als objectiv gedacht werden. Das Recht in subjectiver Bedeutung ist das, durch die Gesetze begründete, von der höchsten Gewalt im Staate im Nothfalle durch Zwangsmittel zu unterstützende Befugniss eines Staatsbürgers zur Einwirkung auf die Thätigkeit der andern. Diesem subjectiven Rechte gegenüber steht die Verbindlichkeit, oder die, aus den angegebenen Quellen fließende Nothwendigkeit, seine Thätigkeit durch einen fremden Einfluss bestimmen zu lassen. Das Recht in objectiver Bedeutung dagegen ist die aus den Gesetzen hervorgehende Norm, nach welcher die äussere Freyheit der Staatsbürger beschränkt, und durch Zwangsmittel in dieser Beschränkung erhalten wird. Aus diesen Begriffen geht deutlich hervor, dass es kein Recht giebt ohne Zwangsanstalten, dass folglich alles Recht nur auf positiven Gründen beruhen kann und vor Begründung des Staatsverhältnisses, in dem sogenannten Naturzustande ein *non ens* ist; wodurch es sich eben von der Moral unterscheidet.

Die aufgestellte Behauptung: dass unter gewissen Umständen der Eintritt eines *belli omnium contra omnes* angenommen werden müsse, darf durchaus nicht mit dem Satze des Hobbes verwechselt werden, dass dergleichen *bellum* im sogenannten Na-

turzustande wirklich bereits statt gefunden habe. Man vergleiche *Hobbes de Cive Cap. I. §. 10. u. 12.* Treffliche Bemerkungen über die Unhaltbarkeit des von Hobbes festgehaltenen Standpunktes finden sich in der kleinen Schrift: „Der Stand der Natur“ 1775. 8. (ohne Druckort.) Seite 9. u. ff.

§. 4.

Begriff und Umfang der Rechtswissenschaft.

Die Sätze des objectiven Rechts bilden, als ein harmonisches Ganze auf ein höchstes Princip zurückgeführt, die Rechtswissenschaft. Zwar ist diese, formell, vom philosophischen Standpunkte aus betrachtet, allerdings nur Eine; allein die gleichdurchgehende Anwendung der formellen Sätze wird durch die Individualität der örtlichen Situation, der Staatsverfassung, des Gewerbes und der Lebensweise sowie der zu- und abnehmenden Kultur der Völker sehr abweichend modificirt. Hieraus entspringt die Verschiedenheit des Rechts nach den verschiedenen Orten und Zeiten; also auch die Verschiedenheit der Kenntniss desselben rücksichtlich jedes besondern Staates; welche Kenntniss übrigens nach der Eigenthümlichkeit des in der Anwendung der Gesetze vorwaltenden Geistes, mehr oder weniger schwierig zu erlangen ist. Dennoch aber sind die ersten Grundsätze des Rechts als Resultate der menschlichen Natur überall und zu allen Zeiten dieselben; und das Besondere schliesst sich hier sehr leicht an. So ist denn nun die Rechtswissenschaft die Wissenschaft von dem Umfange der äussern Freyheit der Staatsbürger in ihrem wirklichen oder postulirten Verhältnisse zur höchsten Gewalt und gegen einander,

nach dem allgemeinen oder besondern Staatszwecke, und von den, zur Erhaltung dieses Verhältnisses von Seiten der höchsten Gewalt anwendbaren und wirklich angewendeten Mitteln. Wie bedeutend der Bereich der im Begriffe der Rechtswissenschaft liegenden Kenntnisse ist, leuchtet hieraus von selbst ein. Denn um den Inhalt der positiven Gesetze zur Anwendung bringen zu können, muss der Rechtsgelehrte eine Menge Gegenstände des bürgerlichen Lebens genauer aufgefasst haben, aus deren Natur er die Gründe für die individuelle Entscheidung der vorliegenden Rechtsfragen entlehnt. Sein geistiger Blick muss gleichsam in den Geschäften des bürgerlichen Lebens habituell geworden seyn, um mit letzteren seine Wissenschaft als solche stets in das richtige Verhältniss setzen zu können; denn hierauf beruht die unentbehrliche Vereinigung von Theorie und Praxis.

Drittes Kapitel.

Begriff und Zweck der juristischen Encyclopädie und Methodologie.

§. 5.

Begriff und Zweck der juristischen Encyclopädie.

Mit Rücksicht auf das, was wir bisher über Encyclopädie überhaupt, und dann über das Recht und die Rechtswissenschaft gesagt haben, können wir den Begriff einer juristischen Encyclopädie leicht bestimmen. Sie ist: Eine pragmatische Uebersicht der Rechtswis-

senschaft nach ihren höchsten Grundsätzen, ihren Haupt- und Nebenzweigen und ihrem Verhältnisse zu andern Wissenschaften. Es soll durch diese Uebersicht dem Rechtsbeflissenen nicht nur möglich werden, den Geist und Umfang der Rechtswissenschaft vollkommen aufzufassen, sondern er soll sich auch dadurch vor Beschränktheit und Einseitigkeit bewahren lernen.

Drey Abwege namentlich giebt es, die den Stempel dieser Beschränktheit und Einseitigkeit an sich tragen. Auf dem ersten ziehen die handwerksmässigen Juristen einher. Als Theoretiker begnügen sich diese damit, die *terminos technicos* ihrer Wissenschaft mit einer gewissen Routine zu gebrauchen; übrigens lassen sie es sich ohne Gewissensbisse in der Bequemlichkeit geistloser Nachbeterey wohl seyn. Als Praktiker suchen sie mit ausschliessender Rücksicht auf den Broderwerb, nur dasjenige aus den Gebieten der Rechtswissenschaft in aller Kürze sich anzueignen, was zur Hinfristung ihrer künftigen Amtsthätigkeit ganz unentbehrlich ist. Besitzen sie einige Talente, so werden sie leicht Rabulisten. Auf dem zweyten Abwege finden wir die sogenannten philosophischen Juristen. Als Theoretiker suchen diese ihrem Bestreben einen Anstrich von höherer Wissenschaftlichkeit zu geben, indem sie mit philosophischer Begründung der Rechtsidee spielen, diese, wie überhaupt die Grundbegriffe der Rechtswissenschaft, *a priori* deduciren, und das genaue Studium der positiven Gesetze als gemein und niedrig verachten. Als Praktiker schlüpfen sie über alle feinern Nüancen der Gesetzesanwendung leichtfüssig hinweg, und verstecken ihre Seichtigkeit hinter hochtrabenden Redensarten. Der dritte Abweg endlich zeigt uns die Juristen von der sogenannten historischen Schule.

Als Theoretiker verlieren sich diese mit leeren, für das frische Leben der Jetztwelt unbrauchbaren Grübeleien in den juristischen Ruinen der Vorzeit. Sie sind jedoch oft die Bewahrer einer grossen Masse von Gelehrsamkeit. Als Praktiker hängen sie mit ängstlicher Mikrologie an dem Buchstaben des positiven Gesetzes, und tödten darüber den Geist desselben, indem sie jede freyere, von der gesunden Vernunft empfohlene Erklärung von sich weisen. Alle diese Abwege stehen einander als Extreme scharf gegenüber, und sind ebendeshalb Verirrungen. Doch trägt jedes dieser Extreme etwas Gutes in sich. Wer mit kluger Auswahl nur dieses sich aneignete, der ist ein Rechtsgelehrter und Rechtskundiger im edelsten Sinne des Wortes. Die historische Schule giebt ein gutes Vorbild in ihrem Eifer für die Befestigung juristischer Grundsätze durch das Gewicht der geschichtlichen Erfahrung und in ihrer Hinneigung zu einem festen, wissenschaftlichen Takte. Die philosophische Schule verdient Nachahmung in ihrer Begünstigung geistiger Freyheit und Lebendigkeit. Ja selbst die handwerksmässige Jurisprudenz, so unwürdig und verwerflich sie auch an sich ist, birgt doch einige Ueberreste des Guten in ihrem Streben nach Brauchbarkeit für das wirkliche Leben. Alle diese schätzenswerthen Seiten lassen sich gar wohl mit einander zu einem erfreulichen Resultate vereinigen. Denn mitten in der Begünstigung des wirklich Nützlichen lässt sich geistige Freyheit und Lebendigkeit behaupten; und die grossen Lehren der Geschichte, obwohl aus der Erfahrung, als dem Resultate der Vergangenheit geschöpft, führen doch, mit Besonnenheit betrachtet, recht nachdrücklich darauf hin, dass jedes denkende Wesen, also auch der Rechtsgelehrte, zunächst der Gegenwart angehört, und

sie genau erkannt haben muss, um in derselben, als im Grad der grossen Kette, pflichtgemäss für die Zukunft wirken zu können, — ebenso wie für die Gegenwart selbst. In wie weit nun jeder einzelne Zweig der Rechtswissenschaft theils von der historischen, theils von der philosophischen, oder endlich von der praktischen Seite aufgefasst werden muss, wenn das Ideal der Rechtswissenschaft möglichst erreicht werden soll, darüber giebt die juristische Encyclopädie die beste Aufklärung.

§. 6.

Begriff und Zweck der juristischen Methodologie.

Wenn, wie wir so eben sahen, die juristische Encyclopädie dahin strebt, das Gebiet der Rechtswissenschaft nach seinen Begränzungen und einzelnen Zweigen erkennen zu lehren, und dabei zugleich auf die Nachtheile wissenschaftlicher Beschränktheit und Einseitigkeit aufmerksam zu machen; so ist es dagegen Zweck der juristischen Methodologie, den Weg anzuzeigen, welcher eingeschlagen werden müsse, um von dem, so überschaueten Gebiete sich nach und nach, durch Unterricht sowohl, als eigenes Studium, immer mehrere einzelne Theile zu eigen zu machen, und doch bei diesem Bestreben die schon erwähnten verderblichen Abwege zu vermeiden. Die juristische Methodologie ist demnach eine Anleitung zur gründlichen, zweckmässigen und nutzbaren Auffassung der Rechtswissenschaft durch Lehre und Schrift. Die Bemerkungen über die nothwendigen Vorbereitungs mittel ergreifen dabey den ersten Platz; hieran schliessen sich die Vorschriften über die Ordnung, in welcher bey der

Auffassung von einem Theile zum andern fortgeschritten werden muss, und über die zweckmässigste Art der wissenschaftlichen Darstellung, und endlich wird damit noch eine Belehrung über die besten Beförderungsmittel jener Auffassung verbunden. Da die Rechtswissenschaft bei ihrem grossen Umfange so sehr verschiedene Theile in sich fasst, so muss der in der juristischen Methodologie zu liefernde Plan für das Studium den eigenthümlichen Charakter der einzelnen Haupt- und Nebenzweige, sowie ihrer Hülfswissenschaften genau berücksichtigen; damit die, sich gegenseitig entsprechenden Parthieen jedesmal vereinigt werden können. Jedoch muss hier allzugrosse Künstlichkeit ebenso, als eine, auf völlig ideelle Ausbildung berechnete Tendenz sorgfältig vermieden werden. Denn ausserdem würden die gegebenen Vorschriften als unausführbar, das Ziel selbst als unerreichbar erscheinen, und, statt gute Köpfe aufzumuntern, würde die Methodologie dieselben von der Rechtswissenschaft abschrecken.

Erstes Buch.

Encyclopädie der Rechtswissenschaft.

Vor bemerkungen.

§. 7.

Allgemeines Rechtsprincip. Verhältniss desselben zum Moralprincipe.

Die, zur Begründung des rechtlichen Zustandes erforderliche, von der höchsten Gewalt im Staate festgesetzte, und im Ansehn erhaltene Norm für die Beschränkung der äussern Freyheit, welche Norm wir mit einem Worte das objective Recht nennen, (§. 3.) erkennt als höchstes Princip den Satz an: Handle so, dass die Zweckthätigkeit jedes andern vernünftig-sinnlichen Wesens neben der deigenen möglichst unverletzt bestehen könne. Nun giebt es zwar ausser dem objectiven noch ein subjectives Recht: allein da letzteres seine Festigkeit nur durch das erstere erhält, so muss auch das subjective Recht jenen Satz als höchstes Rechtsprincip anerkennen, und man kann daher sagen, das so aufgefasste höchste Rechtssprincip sey ein allgemein geltendes. Natürlich bezieht sich aber diese Allgemeingültigkeit nur auf das Gebiet der äusseren, in der zwanglosen Thätigkeit nach aussen hinbestehenden, Freyheit; denn für die Sphäre der inneren Freyheit gilt als höchster Grundsatz das Moralprincipe: Suche durch deine Handlungen dich, zur Erreichung der Glückseeligkeit, immermehr

von den Banden der Sinnlichkeit zu befreyen, und deiner Vernunft die Oberherrschaft über dieselbe immer fester zu sichern. Da jedoch die, das Wesen der äussern Freyheit bezeichnende, durch das Rechtsprincip zu modificirende zwanglose Thätigkeit nach aussen hin nur aus der innern, der Moral angehörigen Freyheit des Willens hervorgehen kann: so lässt sich allerdings mit Grund behaupten, dass ohngeachtet der formellen Trennung des Rechtes von der Moral, doch die höchsten Gründe des Rechts zuletzt auf moralische Principien zurückführen. Demnach sind diejenigen in Irrthum befangen, welche die Moral aus dem Gebiete des Rechts ganz entfernen zu müssen glauben.

§. 8.

Giebt es ein, dem positiven Rechte entgegenstehendes Naturrecht?

Indem eine Mehrzahl von Individuen sich zu einer Gesellschaft vereinigt, sichert sie ihrem Vereine einen rechtlichen Zustand durch vernunftgemässe Principien; und nach diesen bildet er sich auch zum Staate aus. Denn die, den rechtlichen Zustand sichernde Beschränkung der äussern Freyheit geht hervor aus dem Nachdenken über die Mittel zur Selbsterhaltung. (Vergl. §. 3.). Das aus dem rechtlichen Zustande fliessende Princip ist also ein vernunftgemässes. Da die Vernunftgemässheit der Ideen auf einer, bey allen richtig organisirten Menschen, also in der menschlichen Natur überhaupt, zu findenden Anlage beruht, so pflegt man den Inbegriff der Anwendung derselben auf die Sicherung des rechtlichen Zustandes das Naturrecht zu

nennen. Allein dieser Ausdruck, dessen Bedeutung ohnedies späterhin dadurch noch schwankender geworden ist, dass man die Lehre von einem sogenannten Naturzustande der Menschheit damit in Verbindung setzte, wird billig verworfen, und mit der Bezeichnung: Vernunftrecht vertauscht. Die vernunftgemässen Principien bilden jedoch nur die allgemeine Grundlage für die Mittel zur Sicherung des rechtlichen Zustandes im Staate. Die besondern Vorschriften darüber müssen sich nach der jedesmaligen Eigenthümlichkeit des fraglichen Staates und seiner Bewohner richten, (vergl. §. 3.) sie müssen also ausdrücklich mit Rücksicht auf jene Eigenthümlichkeit gegeben werden, und deshalb nennt man den Inbegriff derselben das festgesetzte, positive Recht; zum Unterschiede von dem Vernunftrechte, dessen Grundsätze von selbst, ohne äussere Anregung, aus der Vernunft hervorgehen. Behalten wir im Auge, dass folglich die besondern Vorschriften des positiven Rechtes nur ein, auf den Grundlagen des Vernunftrechtes weiter fortgeführtes Gebäude bilden, so leuchtet uns auch die nahe Verwandtschaft des positiven Rechtes mit dem Vernunftrechte ein. Das erstere verhält sich zu dem letztern wie das Besondere zum Allgemeinen. Und wie nun überhaupt jede besondere, wissenschaftliche Ausführung, wenn sie planmässig seyn soll, die Identität mit den zu Grunde liegenden Hauptprincipien an sich tragen muss, so müssen auch die Specialitäten des positiven Rechts, in ihrer Wissenschaftlichkeit, als hervorgegangen aus den Principien des Vernunftrechtes sich darstellen. Hiernach liegt es am Tage, dass von einem, dem positiven Rechte entgegenstehenden Naturrechte gar nicht die

Rede seyn kann, sondern dass vielmehr die Rechtswissenschaft eben so, wie jedes andere wissenschaftliche Ganze einen allgemeinen, auf Vernunftprincipien gestützten Theil hat, der die Grundideen für die verschiedenen, durch die Nothwendigkeit herbeygeführten Vorschriften liefert, welche den besondern Theil jener Wissenschaft bilden. Durch die Berufung auf einen sogenannten, vor Einführung der Staaten schon vorhandenen Naturstand, kann jene Opposition des Naturrechts gegen das positive Recht deshalb nicht nachgewiesen werden, weil, wie wir schon oben, §. 3. bemerkten, alles Recht in einem solchen Naturzustande ein Unding ist.

Es schliesst sich hieran noch folgende Bemerkung: Ein wissenschaftliches Ganze darf nicht bloß aus allgemeinen Ideen bestehen, sondern es muss ihm sein eigenthümlicher Gehalt durch das Specielle, als dem Stempel der Vollkommenheit, aufgeprägt seyn. Auf der andern Seite aber kann auch das Specielle, in seiner Entwicklung aus dem Allgemeinen, ohne vorhergegangene Darstellung dieses letztern nicht genau erkannt werden. Wenden wir diese Sätze auf die Rechtswissenschaft an, so lässt sich allerdings behaupten, dass weder von einem besondern Vernunft- oder Naturrechte, noch von einem besondern positiven Rechte, als von zwey getrennten Wissenschaften, deren jede ein vollkommenes Ganze bilde, geredet werden dürfe. Jedoch lässt sich vielleicht das positive Recht insofern als besondere, für sich bestehende Wissenschaft behandeln, in wie fern die unentbehrlichsten, ihm zu Grunde liegenden Vernunftprincipien der Quelle des positiven Rechts, den positiven Gesetzen selbst, einverleibt sind.

§. 9.

Wahres Verhältniss des positiven Rechtes zum Vernunftrechte.

Aus dem so eben Gesagten geht deutlich hervor, dass eine Verordnung der höchsten Gewalt, die das Rechtsprincip geradezu aufhebt, welches Inhaltes sie immer auch seyn möge, in sich selbst null und nichtig ist; denn die höchste Gewalt ist eben zur Erhaltung und Sicherung des Rechtsprincips im Staate vorhanden. Dagegen muss es aus den, §. 4. angegebenen Gründen der höchsten Gewalt allerdings erlaubt seyn, durch positive Anordnungen das Grundprincip in seiner Anwendung bald ausdehnend bald beschränkend zu modificiren. Im ersten Falle darf auf die, aus diesen Modificationen neu entstehenden Rechte und Verbindlichkeiten das natürliche Recht offenbar nicht angewendet werden; im zweyten Falle kann von Rechten und Verbindlichkeiten, die, obgleich auf das Rechtsprincip gegründet, doch von den positiven Gesetzen nicht anerkannt werden, im juristischen Sinne nicht mehr die Rede seyn. Ueberall aber, wo die positiven Gesetze nichts ändern, findet das Vernunftrecht vollkommene Anwendung. Wenn übrigens das Letztere sich auf dem philosophischen Wege entwickeln lässt, so ist dagegen die Kenntniss des positiven Rechts nur durch die Erforschung seiner Quellen auf dem historischen Wege zu erlangen. Demnach finden wir in der Rechtswissenschaft eine doppelte Art von Kenntnissen vereinigt; philosophische und historische. Da nämlich das Vernunftrecht nicht ohne das positive, letzteres aber auch nicht ohne das Vernunftrecht bestehen kann, so

greifen auch nur erwähnte historische und philosophische Kenntnisse beständig in einander ein, und sind also beyde dem Rechtsgelehrten unentbehrlich.

§. 10.

Natur des positiven Rechts. Gewohnheitsrecht.

Da die Grundsätze des Naturrechts sich ganz einfach aus den allgemeinen Vernunftprincipien ableiten lassen, so bedarf ihre Natur keiner besondern Auseinandersetzung; dagegen wird es zweckmässig seyn, über das Wesen des, so sehr in das Einzelne eingehenden positiven Rechts einige Andeutungen zu geben. Die Quellen des positiven Rechts sind die Gesetze; d. h. die Verordnungen der, von den Staatsbürgern anerkannten höchsten Gewalt über die zur Sicherung des öffentlichen Wohles nöthige Erweiterung oder Beschränkung der äussern freyen Thätigkeit der Staatsbürger. Durch diese Gesetze werden die Bürger alle insgesamt genöthiget, etwas entweder zu thun oder zu unterlassen. Hergebrachte gesetzliche Begünstigungen einzelner Personen streiten, streng genommen, wider das Rechtsprincip. Jedoch sind damit die, noch heut zu Tage gewöhnlichen Privilegien oder Indulgenzen zum Besten einzelner Staatsbürger nicht zu verwechseln; denn diese sind Sachen der Gnade, nicht aber Sachen des Rechts und daher auch keine Gesetze. Die Gesetze selbst beruhen auf einer ausdrücklichen Erklärung höchsten Gewalt. Allein es kann auch eine stillschweigende Erklärung der Staatsbehörde statt finden. Als Erfolg davon ist das sogenannte Gewohnheitsrecht zu betrachten. Sobald nämlich die Staatsbürger in mehrern Fällen nach einer vernünftigen, für

nothwendig gehaltenen Regel gehandelt haben, und die Staatsbehörde, obwohl davon in Kenntniss gesetzt, sich doch nicht gegen diese Regel und Handlungsweise erklärt hat, so entsteht hieraus eine, einerseits auf der vernünftigen Ueberzeugung der Staatsbürger, andererseits aber auf der stillschweigenden Billigung der höchsten Gewalt beruhende rechtliche Gewohnheit, die in ihrer Analogie mit dem wirklichen Gesetze, demselben an Kraft gleichkommt, und daher auch als Quelle des positiven Rechts gilt.

§. 11.

Theorie und Praxis des positiven Rechts.

Die Quellen des positiven Rechts bedürfen wegen ihres zusammengesetzten Inhaltes (§. 10.) ehe sie angewendet werden, einer besondern Erklärung. Nicht nur der Sinn der Worte, in denen sie abgefasst sind, muss erläutert, sondern auch die Veranlassung und der Zweck der in ihnen enthaltenen Bestimmungen auseinanderzusetzen. Es ist demnach unter Leitung der allgemeinen Grundprincipien hierbey sowohl grammatisch, als historisch zu verfahren. Durch eine solche Erklärung allein lassen sich, ihrem Inhalte gemäss, die Verhältnisse entwickeln, unter denen die äussere Freyheit der Staatsbürger, des allgemeinen Besten wegen, jedesmal mehr oder weniger beschränkt werden muss. Diese Entwicklung bildet den theoretischen Theil der positiven Rechtswissenschaft. Allein es ist auch nothwendig, dass aus den Gesetzen selbst die Mittel herausgezogen und erläutert werden, vermöge welcher die Beschränkung der bürgerlichen Freyheit ordnungsmässig aufrecht erhalten werden kann.

Damit beschäftigt sich der praktische Theil der positiven Rechtswissenschaft. Es leuchtet ein, dass diese beyden Theile auf das Genaueste mit einander zusammenhängen. Wenn einerseits die Mittel zur Geltendmachung der Rechtsgrundsätze von dem Zwecke derselben für das Staatswohl abhängen; so kann andererseits auch mit Recht verlangt werden, dass der, welcher allgemeine Rechtsgrundsätze, die mehr als Phantasiespiel seyn sollen, entwirft, Rücksicht nehme auf die Ausführbarkeit derselben in ihrer Anwendung auf wirkliche Lebensverhältnisse. Demnach lässt sich ebensowohl sagen, der Werth einer Theorie hänge ab von der Möglichkeit ihrer praktischen Anwendung, als es wahr ist, dass keine Praxis ohne eine Theorie gedacht werden kann, auf welche sie sich stützt. Aus dem ersten Satze geht übrigens hervor, dass auch in einer Darstellung der juristischen Encyclopädie der theoretische Theil der Rechtswissenschaft früher behandelt werden müsse, als der praktische.

§. 12.

Verhältniss der Nebenzweige der Rechtswissenschaft zu ihren Haupttheilen.

Da die juristische Encyclopädie nicht nur auf die Haupttheile der Rechtswissenschaft, sondern auch auf ihre Nebenzweige sich beziehen muss, (§. 5.) so fragt es sich, welche Anordnung für die Behandlung beyder am zweckmässigsten sey. Das Verhältniss, in dem eine besondere Wissenschaft zu andern, ihr nahe verwandten Wissenschaften steht, lässt sich nicht eher genau beurtheilen, als bis das Wesen dieser besondern Wissenschaft genau erkannt worden ist. Demnach ist

es logisch richtig, die mit der eigentlichen Jurisprudenz verbundenen Nebenwissenschaften erst dann ins Auge zu fassen, wenn ihre Hauptwissenschaften gehörig erläutert worden sind. Ueberdies sind die Nebenwissenschaften von dem Geiste der Hauptwissenschaften in so weit abhängig, als die grössere oder geringere Einfachheit einer Hauptwissenschaft zu ihrer Erläuterung mehrere oder weniger Nebenwissenschaften verlangt. Nur die Nothwendigkeit der Erläuterung einer Hauptwissenschaft ist bey der Bestimmung der ihr zukommenden Nebenwissenschaften festzuhalten; keineswegs aber die willkürliche Ausschmückung derselben. Die Natur der Nebenwissenschaften ist ebenso wie die der Hauptwissenschaften theils philosophisch, theils historisch. Doch treffen wir hier diese beyden Eigenschaften beynahe niemals streng gesondert an; sie vermischen sich vielmehr fast immer in ihren vielfachen gegenseitigen Beziehungen.

§. 13.

Ueber die sogenannten philosophischen Hauptwissenschaften des Rechtsgelehrten.

Die Ueberzeugung davon, dass die allgemeinen Grundsätze des Rechts auf Vernunftprincipien beruhen, (§. 8.) hat die neuern Rechtslehrer zum Theil dahin gebracht, ausser den positiven Hauptwissenschaften auch philosophische Hauptwissenschaften für den Rechtsgelehrten festzustellen. Man versteht darunter das Naturrecht, das philosophische Staatsrecht, das philosophische Völkerrecht und das philosophische Privatrecht. Allein das sogenannte Naturrecht ist nichts, als ein Aggregat von Vernunftprincipien über die Siche-

rung des rechtlichen Zustandes im Staate, in wie fern diese Vernunftprincipien auf jeden Staat überhaupt anwendbar sind. Das philosophische Staatsrecht benutzt die Vernunftprincipien zur Bestimmung des Begriffs und Umfangs der höchsten Gewalt im Staate, und zur Erläuterung der Art und Weise, wie die bürgerlichen Verhältnisse durch eine höchste Gewalt geleitet werden müssen. Das philosophische Völkerrecht bezieht sich auf die vernunftgemäße Anordnung und Sicherung der, zwischen den Bürgern mehrerer Staaten gegenseitig obwaltenden Verhältnisse. Das philosophische Privatrecht endlich wendet die Vernunftprincipien auf die verschiedenen persönlichen und Eigenthumsverhältnisse der Bürger ein und desselben Staates untereinander an. Ueberall müssen jedoch, bey der Anwendung auf diese Verhältnisse die Vernunftprincipien sich im Allgemeinen halten; denn das Besondere im Rechte ist und bleibt stets der Gegenstand der positiven Vorschriften (§. 8.). Daher lässt sich von allen jenen philosophischen Hauptwissenschaften des Rechtsgelehrten kein genau durchgeführtes wissenschaftliches System aufstellen. Jedes System nämlich erhält erst durch das Besondere darin seine eigenthümliche Organisation, wird dadurch erst wahrhaft zum System. Mit Beziehung hierauf wird billig behauptet werden können, dass, so wie die Rechtswissenschaft überhaupt eine philosophische Grundlage für sich anerkennt, auch jeder einzelne Theil derselben philosophische Principien zu Stützpunkten habe. Allein zugleich muss zugestanden werden, dass diese philosophischen Principien wegen ihres innigen Zusammenhanges mit den positiven Grundsätzen, nicht getrennt von den letztern behandelt wer-

den dürfen, sondern vielmehr dem fraglichen Theile der positiven Rechtswissenschaft als allgemeine Einleitung vorzuschicken sind. Etwas anderes ist es jedoch, wenn man eine wissenschaftliche Vergleichung der philosophischen Rechtslehre mit dem positiven Rechte beabsichtigt; dann müssen allerdings die philosophischen Sätze, ganz losgetrennt von den positiven, diesen in ihrer Eigenthümlichkeit gegenüber gestellt werden. Bey dem encyclopädischen Unterrichte empfiehlt sich das Ausgehen von dem positiven Standpunkte rücksichtlich der Erläuterung der einzelnen Theile der Rechtswissenschaft vorzüglich dadurch, dass auf diese Art die Vereinfachung der Totalübersicht über das ganze Gebiet der Rechtswissenschaft, also der Hauptzweck der ganzen Encyclopädie, leichter durchgesetzt werden kann. Gerade durch die allzugrosse Ausdehnung der einzelnen Zweige einer Disciplin haben auch in der Jurisprudenz mehrere neuere Systematiker ihren Dispositionen selbst den Untergang bereitet. Sie legten die Grundsteine ihres Gebäudes zu weit auseinander, und so musste es eben da, wo die Erbauer es, der künstlichen Berechnung wegen, für gelungen hielten, in seinem Mittelpunkte, das Auge durch plötzlich entstandene Ruinen beleidigen.

Erste Abtheilung.

Hauptwissenschaften des Rechts- gelehrten.

Erster Abschnitt.

Theoretische Hauptwissenschaften.

Erstes Kapitel.

Theoretische Hauptwissenschaften, die das gegenseitig zwischen der höchsten Gewalt und den einzelnen Staatsbürgern sich aussprechende Verhältniss betreffen.

§. 14.

Das Staatsrecht.

Das Staatsrecht ist die Lehre von den Befugnissen und Verbindlichkeiten der höchsten Gewalt in einem Staate. Die Art und Weise der Ausübung der höchsten Gewalt, die durch das vorwaltende monarchische oder aristokratische Princip verschieden modificirt wird, muss hier ebensowohl bestimmt, als über die Mittel entschieden werden, die zur Erhaltung des rechtlichen Zustandes der Staatsbürger, den besondern Verhältnissen nach, am zweckmässigsten sind. Auf der Anwendung dieser Mittel beruht die Individualität der Regierung eines Staates. Daher pflegt man auch das Staatsrecht, insofern es sich mit jenen Mitteln beschäf-

tiget, das Regierungsrecht zu nennen. Uebrigens ist der Unterschied, den man zwischen Staatsrecht und Regierungsrecht dadurch zu machen pflegt, dass man jenes als Inbegriff der gesetzgebenden, dieses aber als Inbegriff der vollziehenden Gewalt bezeichnet, ohngeachtet allerdings jede dieser beyden Gewalten einen besondern Charakter an sich trägt, doch für die systematische Auffassung der Wissenschaft des Staatsrechts im Allgemeinen von keiner grossen Bedeutung. Das deutsche Staatsrecht hat bei dem Umsturze der Reichsverfassung, durch die rheinische Conföderation sowohl, als durch den deutschen Staatenbund so grosse Veränderungen erlitten, dass erst eine spätere Zeit als die unsrige die wissenschaftliche Ausbildung und Feststellung desselben wird herbeyführen können. In unserem sächsischen Vaterlande haben sich die früheren staatsrechtlichen Einrichtungen, sehr zum Vortheile für die, des Staatscredits wegen wichtigen, anderwärts leider zu sehr vernachlässigten Verhältnisse zwischen Regierung und Volk, mit einigen zeitgemässen Modifikationen, noch am bestimmtesten in Kraft erhalten.

§. 15.

Das Völkerrecht.

Streng genommen leistet die Gewalt allein für den Bestand der rechtlichen Verhältnisse unter den Völkern Gewähr. Um den Erfolgen dieser Gewalt rationelles Ansehn zu verleihen, werden zwar ihre Wirkungen auf gewisse Grundsätze zurückgeführt, und diese Grundsätze in besondern Verträgen ausgesprochen; daher ist das positive Völkerrecht der Inbegriff der, aus den, zwischen verschiedenen Völkern abgeschlossenen Verträgen hervor-

gehenden Resultate; allein die Garantie für diese Grundsätze ist immer wieder in der Willkühr des übermächtigen Theils zu suchen, insofern sie nur dem allgemeinen Gerechtigkeitsgeföhle nicht allzusehr Hohn spricht. Demnach mangelt es dem Völkerrechte an einem wissenschaftlichen Standpunkte. Ausser dem rein vertragsmässigen, muss man jedoch noch ein stillschweigend eingeföhrt und zur Anwendung gebrachtes Völkerrecht annehmen, welches sich auf das vorbenannte allgemeine Gerechtigkeitsgeföhle als höchste Appellationsinstanz beruft. Gerade diese letztere Gattung des Völkerrechts wird im wirklichen Leben noch am meisten beobachtet, wie die Geschichte, ohne deren genaue Kenntniss die Principien des positiven oder besondern Völkerrechts sich überhaupt gar nicht deutlich auffassen lassen, überall nachweist. Es beschäftigt sich aber das Völkerrecht namentlich mit solchen Verhältnissen, die wegen der örtlichen Lage der einzelnen Staaten zu Gränzstreitigkeiten, zu Differenzen über Handel und Schiffarth, über das gegenseitige Aus- und Einwandern der Unterthanen und dergl., besondere Veranlassung geben können.

§. 16.

Das Kirchenrecht.

Das Kirchenrecht ist die Lehre von den Befugnissen und Verbindlichkeiten, welche sich auf eine Gesellschaft von Staatsbürgern insofern beziehen, als sie den Zweck derselben, die Verehrung des höchsten Wesens nach einem gewissen Ritus, näher angehen. Die Kirchengesellschaft trägt die Merkmale eines *collegii liciti* an sich, und sollte daher eigentlich, wie jede

andere erlaubte Gesellschaft, den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen seyn. Allein da die christliche Kirche, von der hier allein die Rede seyn kann, in der Periode ihrer Entstehung von Seiten der, dem alten Nationalcultus noch ergebenden römischen Imperatoren als ein *collegium illicitum* betrachtet und verfolgt wurde, so trennte sie sich sehr bald vom Staate, und behauptete sich seitdem in der Eigenthümlichkeit eines abgeschlossenen Ganzen (*status in statu*). Der durch die Reformation geltend gemachte Satz, dass die Kirche wie jede andere *societas licita* den Staatsgesetzen unterworfen sey, musste in seinem Widerspruche mit der bisher vertheidigten Ansicht von dem kirchlichen *status in statu* zwischen den Rechtsgrundsätzen der katholischen und evangelischen Parthey gänzliche Divergenz herbeyführen. Demnach entstand auch in wissenschaftlicher Beziehung ein, von dem katholischen verschiedenes protestantisches Kirchenrecht. Dieses erhielt den Namen *Jus ecclesiasticum*; jenes aber, das seinen Ursprung den Verordnungen der Päbste und Kirchenversammlungen verdankt, ward nach den letztern (den sogenannten *canonibus conciliorum*) mit dem Ausdrucke *jus canonicum* bezeichnet.

§. 17.

Allgemeines und protestantisches Kirchenrecht.

Das Kirchenrecht überhaupt erscheint 1) als Kirchenstaatsrecht (*Jus publicum ecclesiae externum*) worin die Verhältnisse der kirchlichen Gesellschaft zum Staate erörtert werden; 2) als öffentliches Kirchenrecht (*Jus publicum ecclesiae internum*) worin die Lehre von der Kirchengewalt und ihrer Ausübung, sowie von

dem öffentlichen *Cultus* abgehandelt wird und endlich 3) als Kirchenprivatrecht, welches die Lehre von den Befugnissen und Verbindlichkeiten der Kirchenglieder untereinander und gegen die Kirche selbst umfasst. Besonders wichtig ist das öffentliche Kirchenrecht, wegen der Streitfrage über die Kirchengewalt, (*potestas ecclesiastica*). Unter der Kirchengewalt versteht man das, der kirchlichen Gesellschaft überhaupt zustehende Recht, ihre innern und äussern Angelegenheiten als *Corporation* zu reguliren. Dieses, dem öffentlichen Kirchenrechte angehörende Befugniss ist durchaus von dem Hoheitsrechte des Fürsten über die Kirche (*Jus circa sacra majestaticum*) zu unterscheiden, das aus dem Kirchenstaatsrechte fliesst. Das Hoheitsrecht steht dem Fürsten *ipso jure*, als Regenten des Staates zu. Die Kirchengewalt aber kann der Fürst nur insofern gesetzlich behaupten, als sie ihm von der kirchlichen Gesellschaft wirklich übertragen worden ist. Diese Uebertragung findet jedoch nach dem protestantischen Kirchenrechte immer mit der Beschränkung statt, dass das *jus reformandi* der Kirchengesellschaft selbst vorbehalten bleibt. Das *jus reformandi* bezeichnet nichts anders, als das Befugniss, über die Art und Weise der Religionsübungen Anordnungen zu treffen und gehört demnach zu dem *jus publicum ecclesiae internum*. Nur dadurch, dass man, der Natur der Sache und der historischen Wahrheit zuwider, aus Nachgiebigkeit gegen besondere Absichten, das *jus reformandi* für das Recht ausgab, die Religionsübung zu gestatten, zu verbieten oder einzuschränken, und überhaupt die Kirche durch gesetzliche Vorschriften dem Staate unschädlich zu machen, konnte man dahin kommen, es für

einen Bestandtheil des *juris circa sacra* zu erklären. Das *jus circa sacra majestaticum* enthält in der That nur folgende Befugnisse: 1) das *jus inspiciendi in res ecclesiasticas*, auf welches der oben angegebene, dem *jus reformandi* fälschlich beygelegte Begriff insofern passt, als er nicht durch die Natur der Oberaufsicht von selbst beschränkt wird. 2) Das Schutz- und Schirmrecht, (*jus advocatiae ecclesiasticae*) zum Besten der Vertheidigung der kirchlichen Gesellschaft gegen äussere Angriffe; da sie diese Vertheidigung in vielen Fällen schon nach dem Grundsatz: *ecclesia non silit sanguinem* nicht selbst übernehmen darf; und 3) das Recht des Obereigenthums über die Kirchengüter (*dominium eminens in bona ecclesiastica*) oder das Befugniss, im Fall der Noth sich der Kirchengüter zur Rettung des Staates zu bedienen.

Ist dem Fürsten die Kirchengewalt wirklich *per delegationem* übertragen worden, so darf er sie blos innerhalb der Gränzen der bereits bestehenden Formen ausüben, und hat ausserdem nur noch das Recht, bey der kirchlichen Gesellschaft auf nöthig gewordene Reformen des Cultus anzutragen.

1. Nach diesen, in der Natur der Sache und in dem Ausspruche der bestehenden Gesetze begründeten Bestimmungen des protestantischen Kirchenrechts möchte wohl auch der Streit über das *jus liturgicum principis* zu entscheiden seyn. Das *jus liturgicum*, oder das Recht, eine Ordnung für die Gebräuche der äussern Gottesverehrung vorzuschreiben, ist ein Theil der Kirchengewalt. Wie bereits bemerkt wurde, trägt die Kirchengesellschaft ihre *potestas ecclesiastica* mit Ausnahme und Vorbehalt

des *juris reformandi* auf den Fürsten über. Der Fürst hat daher bloß insofern ein *jus liturgicum*, als er befugt ist, die kirchlichen Gebräuche in ihrer bestehenden Form aufrecht zu erhalten. Sobald er an der bestehenden Liturgie etwas abändert, überschreitet er die Grenzen der ihm zukommenden Kirchengewalt, und masst sich das, zwar eigentlich zur *potestas ecclesiastica* gehörende, aber doch dem Fürsten nicht zugleich mit derselben übertragene, sondern ausnahmsweise der Kirchengesellschaft selbst vorbehaltene *jus reformandi* an. Dass nämlich das allgemeine *jus reformandi* auch das *jus reformandi liturgiam* in sich fasst, versteht sich von selbst.

2. Nicht ohne Grund lässt sich gegen die im §. aufgestellte Ansicht von den Bestandtheilen des *juris circa sacra majestatici* und von dem Charakter des *juris reformandi* einwenden, dass man doch dem Fürsten ein Recht einräumen müsse, aus politischen Gründen eine Kirchengesellschaft entweder in den Staat aufzunehmen, oder aus Ursachen, die sie nicht selbst verschuldete, aus dem Staate zu entfernen, dass aber dieses Recht in der *suprema inspectio secularis* nicht enthalten seyn könne; einmal, weil die *suprema inspectio* nur dann erst sich denken lasse, wenn die kirchliche Gesellschaft schon im Staate wirklich vorhanden sey, und dann, weil aus dem Rechte der Oberaufsicht über eine Gesellschaft, das Befugniss, sie aufzuheben und ihr den Schutz des Staates zu entziehen, rechtlich nur insofern sich ableiten lasse, als sie durch ihre eigene Schuld ein solches Verfahren veranlasst habe; dass folglich ein, von dem *jure supremæ inspectionis* verschiedenes Recht noch neben den angegebenen Bestandtheilen des *juris circa sacra majestatici* angenommen werden müsse, und dieses sehr wohl, wegen der daraus folgenden

Veränderungen des gesellschaftlichen *status*, mit dem Ausdrücke: *jus reformandi* bezeichnet werden, und dennoch als ein, von dem eigentlichen, aus dem öffentlichen Kirchenrechte fliessenden *jure reformandi* ganz verschiedenes, dem Kirchenstaatsrechte angehöriges Befugniss, sich selbstständig unter den Ingredienzien des *juris circa sacra majestatici* geltend machen dürfe. Gleichwohl kann gegen diese Einwendungen auch wieder Manches erinnert werden. Der Rechtsgrund zu dem Befugnisse, eine im Staate bestehende kirchliche Gesellschaft, wegen äusserer, nicht in ihrer eignen Verschuldung zu suchender Ursachen aufzuheben, oder aus dem Staate zu verweisen, lässt sich nur aus dem, in der Politik allerdings viel geltenden Nothrechte ableiten. Da nun bekanntlich das Nothrecht selbst bloß als Ausnahme von der gewöhnlichen Regel rechtlichen Einfluss verlangen darf, eine solche Ausnahme aber keineswegs einen selbstständigen und allgemeinen neuen Rechtsgrundsatz bildet, sondern nur die schon vorhandenen Rechtsgrundsätze im Bezug auf den fraglichen Fall modificirt; so ist es auch nicht rathsam, bloß zur Consolidirung jenes Befugnisses einen sonst unzulässigen Bestandtheil des *juris circa sacra majestatici* als wesentlich begründet zu vertheidigen. Einzig und allein das der höchsten Gewalt nicht abzustreitende Recht, eine bisher im Staate noch nicht vorhandene kirchliche Gesellschaft in denselben aufzunehmen, könnte jenen Einwendungen etwas Anerkennung verschaffen; denn in der That lässt sich dieses Recht, wegen des oben angeführten Grundes aus dem *jus supremæ inspectionis* nicht ableiten. Doch müssen die Urheber der Einwendungen jedenfalls zugestehen, dass es höchst unpassend sey, das Recht zur Aufnahme einer kirchlichen Gesellschaft in den Staat *jus refor-*

mandi zu nennen, und dass demgemäss dieses Befugniss wenigstens mit einem andern Ausdrucke bezeichnet werden sollte. Ja es fragt sich noch, ob man nicht lieber die Ausübung desselben, die äusserst selten Platz ergreifen wird, als eine ausnahmsweise eintretende Folge des allgemeinen *dominii eminentis* der höchsten Gewalt betrachten sollte; da dieses letztere ohnediess theilweise, als *dominium eminens in bona ecclesiastica* schon zu dem *jus circa sacra majestaticum* gehört? Sehr bemerkenswerthe Thatsachen rücksichtlich der Behutsamkeit, womit in früherer Zeit liturgische Veränderungen von den deutschen Regenten bewerkstelligt wurden, finden sich in der gründlichen Schrift von J. L. Funk: Historische Beleuchtung der Agenden in den märkischen Kirchenverordnungen vom Jahre 1540 u. 1572 u. s. w. Neue Ausgabe, Neustadt a. d. O. 1827. 8.; besonders Seite 43 u. ff.

§. 18.

Katholisches Kirchenrecht. Kirchenrechtsquellen.

Man sagt zwar gewöhnlich, auch das katholische Kirchenrecht gestehe dem Regenten ein vollkommenes *jus circa sacra* zu; allein diess ist nicht völlig richtig. Bloss das *jus advocatiae ecclesiasticae* gesteht die katholische Kirche dem Regenten unverweigerlich zu; vorzüglich deshalb, weil sie dieses Recht mehr als eine Verpflichtung betrachtet. Dagegen hat sie niemals die freye Ausübung eines *juris supremae inspectionis in ecclesiam* irgend einem Regenten wirklich und regelmässig gestattet. Ebensowenig ist von ihr die Anwendung der, aus dem Obereigenthumsrechte über die Kirchengüter fliessenden Befugnisse den Für-

sten jemals anders, als nach eingeholter päpstlicher Erlaubniss, eingeräumt worden. Denn ausserdem hätte sie indirect auf ihre völlige Unabhängigkeit vom Staate Verzicht geleistet; und diess konnte sie nicht, ohne ihr ganzes System umzustürzen. Diess in Beziehung auf das Kirchenstaatsrecht der Katholiken. Das öffentliche Kirchenrecht derselben stellt über die Kirchengewalt folgende Grundsätze auf. 1) An der Spitze der Kirchengewalt steht der Pabst, sichergestellt durch das Dogma von seiner Unfehlbarkeit. Ihm zunächst stehen 2) die Kardinäle, als seine geheimen Räthe. Unter ihnen stehen 3) die Erzbischöffe als Administratoren einer ganzen geistlichen Provinz. Diesen sind wieder 4) die Bischöffe untergeben, die in einer *Dioecö*s oder einem kleinern Distrikte, die *cura animorum* und die Kirchengewalt ausüben. Den Bischöffen endlich sind 5) die *Presbyteri* untergeordnet, diesen 6) die *Diaconi*, und letztern 7) die *Subdiaconi*. Die Qualität eines Geistlichen beruht auf dem sogenannten *Ordo*, oder auf dem Rechte, geistliche Ritus zu verrichten; dieses Recht wird *ex vi potestatis ecclesiasticae a Papa delegatae* von dem Bischoffe durch die Ordination ertheilt. Jeder ordinirte Geistliche heisst *clericus*, zum Unterschiede von den nicht ordinirten, zu denen unter andern die Mönche gehören. Die nicht ordinirten Geistlichen erhalten blos die Weihe und werden im Allgemeinen *regulares* genannt. Alle insgesamt aber sind seit Gregor dem VII. (1075) zum ehelosen Leben verpflichtet. Eine Verpflichtung, kraft welcher erst die katholische Kirche zu einem besondern *status in statu* (§. 16.) gelangte, während wieder durch diese Idee von einem *status in statu* der Grund zu dem besondern Kirchen-

privatrechte gelegt ward (§. 17.). Das Kirchenprivatrecht nämlich betrifft die besondern Rechte der geistlichen Personen, Sachen und Handlungen. Diese sollten eigentlich von den allgemeinen Gesetzen bestimmt werden; allein, da die Kirche im Mittelalter namentlich einen so grossen Einfluss auf alle Gesetze überhaupt hatte, so konnte sie ihr Streben nach Unabhängigkeit leicht durch eine besondere Gesetzgebung über die Verhältnisse der mit ihr verbundenen Personen, Sachen und Handlungen ebenso bestimmen, wie durch ihre besondern Vorschriften über die Kirchengewalt und das Kirchenstaatsrecht.

Als allgemeine Kirchenrechtsquellen sind vorzüglich bemerkenswerth: 1) die Sammlungen, die wir in dem sogenannten *Corpus juris Canonici* vorfinden, und deren Bekanntmachung in die Jahre 1152 bis 1453 fällt. (*Decretum Gratiani* — *Extravagantes communes*), 2) der Augsburger Religionsfriede von 1555 und 3) der westphälische Friede zwischen dem deutschen Kaiser, Frankreich und Schweden vom Jahre 1648. Als besondere Quellen des katholischen Kirchenrechts sind auszuzeichnen: 1) die im Jahre 1122 zwischen Kaiser Heinrich dem V. und Pabst *Calixtus* dem II. zu *Worms* geschlossenen *Concordate* über die Belehrung der deutschen Bischöffe und Aebte. 2) Die Wiener (nicht aber Aschaffenburg) *Concordate* von 1448 von Pabst *Nicolaus* dem V. durch *Aeneas Sylvius* mit Kaiser Friedrich dem III. abgeschlossen. 3) Die Beschlüsse des Tridentiner *Concilii* von 1546—1563. Merkwürdige Quellen des protestantischen Kirchenrechts vorzugsweise 1) die *Conclusa Corporis Evangelicorum* oder die Beschlüsse des protestantischen Theils der

Reichsstände unter dem Directorium von Chursachsen; seit dem westphälischen Frieden bis zu Ende des 18ten Jahrhunderts; 2) die Augsburgische Confession von 1530; 3) die Schmalkaldischen Artikel von 1537; 4) Specielle Kirchenordnungen; wie z.B. die sächsische von 1580. Auf das katholische Kirchenrecht haben übrigens auch die Synodalobservanzen, sowie auf das protestantische der Gerichtsbrauch der Consistorien vielen Einfluss.

§. 19.

Das Criminalrecht.

Jeder Staatsbürger macht sich bei seinem Eintritte in den Staat wenigstens stillschweigend verbindlich, den Staatsgesetzen Gehorsam zu leisten (§. 3.). Allein die, dem Menschen angeborne Neigung zur Freyheit und Unabhängigkeit sowohl, als die geistige Unmündigkeit des grössern Theiles der Staatsbürger sind Ursache, dass die Verpflichtung zum Gehorsam gegen die Staatsgesetze oft verletzt wird. Es ist demnach Sache des Staates, hiergegen dienliche Mittel anzuwenden. Die mittelbare Beförderung des Gehorsams gegen die Gesetze durch sittliche und religiöse Bildung der Staatsbürger ist wegen der, so eben erwähnten geistigen Unmündigkeit des grössern Theils derselben nicht hinreichend für die Sicherung des rechtlichen Zustandes. Es bedarf eines unmittelbaren Zwanges zur Erfüllung der Staatsgesetze, und die Anwendung dieses Zwanges ist um so natürlicher, da sie schon im Charakter der Staatsverwaltung überhaupt liegt (§. 3.). Diejenigen Handlungen, denen ein direkter Ungehorsam gegen die Staatsgesetze zum Grunde liegt, und die also zur Erhaltung der Staatsordnung geahn-

det werden müssen, nennt man Verbrechen (*crimina*) die Ahndung selbst aber, oder die, vermöge des Zwangsrechtes vom Staate wegen des Ungehorsams gegen die Staatsgesetze geltend gemachte, das ungehorsame Individuum treffende nachtheilige Folge heisst Strafe (*poena*). Es leuchtet aus dem hier Gesagten jedenfalls ein, dass der Begriff vom Verbrechen früher erkannt werden musste, als der von der Strafe, und dass also der bekannte Satz: *nullum crimen sine poena* unrichtig ist. Die Wissenschaft selbst, die sich mit der Bestimmung der Fälle beschäftigt, in welchen, zur Erhaltung des Staatswohls, Ahndungen an den Ungehorsam gegen die Staatsgesetze geknüpft sind, nennt man die Strafrechts- oder Criminalrechtswissenschaft. Erstere Bezeichnung verdient den Vorzug.

§. 20.

Besondere Bemerkungen über das Criminalrecht.

In Folge der bereits aufgestellten Sätze beruht die wissenschaftliche Begründung des Criminalrechts auf der Begründung des, dem Staate zukommenden Befugnisses, den Ungehorsam der Bürger gegen die Staatsgesetze mit nachtheiligen Folgen zu ahnden. Die grosse Verschiedenheit der Erklärung neuerer Rechtslehrer über dieses Strafrecht des Staates ist fast allein daraus abzuleiten, dass die beyden Fragen: 1) weshalb überhaupt gestraft werden müsse und 2) nach welchem Maasstabe das Strafübel für die einzelnen Fälle abzumessen sey? so oft verwechselt worden sind. Die erste Frage lässt sich im Allgemeinen dahin beantworten, dass die Strafe überhaupt eine logisch-nothwendige Folge des, gegen die Staatsgesetze begangenen, dem

Staatswohle verderblichen Ungehorsams sey, und sich hierbey nach der Individualität des verletzten Rechtes und des verursachten Schadens zu richten habe (objectiver Maasstab, der die Strafbarkeit der Handlung bestimmt). Die Entscheidung der zweyten Frage hängt von der genauen Kenntniss des einzelnen Falles, nach den dabey interessirten Personen und Sachen ab (subjectiver Maasstab, der die Strafwürdigkeit der handelnden Person bestimmt.) Jener Maasstab ist absolut, dieser nur relativ. Allein beyde müssen zugleich angelegt, und die daraus hervorgehenden Ergebnisse für die Entscheidung benutzt werden; denn, wird blos der absolute Maasstab angelegt, so artet das Criminalverfahren nur zu leicht in rigoristische Grausamkeit aus; wollte man aber nur den relativen Maasstab gebrauchen, so würde sich die ganze Criminalrechtstheorie gar nicht wissenschaftlich behandeln und auf gewisse Hauptgrundsätze zurückführen lassen, sondern sie erschiene dann blos als eine Sammlung schwankender, durch jeden concreten Fall umzustürzender Meinungen, und der Richter müsste jeden Augenblick Gesetzgeber seyn; wodurch nur die Willkühr begünstigt, und öfters mit eben dem Strafaktus, der zur Erhaltung der Gerechtigkeit von dem beurtheilenden Richter für die Ahndung eines besondern Falles bestimmt wäre, Rechtsverletzungen bewürkt werden würden. Alle criminalrechtlichen Grundsätze beruhen entweder auf rein positiven Gesetzen, oder lassen sich unabhängig von denselben erkennen. Auf diesen Unterschied bezieht sich die Einteilung des Criminalrechts in das positive und in das philosophische Criminalrecht. Hierdurch wird jedoch keine Trennung angedeutet, die aus einer Fremdartig-

keit beyder Theile gegen einander hervorgegangen seyn könnte. Da nicht nur das Recht überhaupt, sondern auch jede einzelne Disciplin desselben sich auf allgemeine Vernunftprincipien stützt, (§. 8. und 13.) so ist auch die Begründung der positiven Criminalgesetze in den philosophischen Principien über diesen Gegenstand zu suchen. Deshalb wird auch gewöhnlich das philosophische Criminalrecht als allgemeiner Theil der ganzen Wissenschaft, dem besondern positiven vorausgesendet; ein Verfahren, welches auch dadurch empfohlen wird, dass, dem wahren Verhältnisse des positiven Rechts zum Vernunftrechte zu Folge (§. 9.) beyde Klassen von Grundsätzen zwar sowohl in den Vorbereitungslehren als bey der Darstellung der einzelnen Verbrechen vorkommen, doch aber die Bestimmungen der positiven Gesetze für den besondern Theil viel zahlreicher vorhanden sind, als für den allgemeinen. Vergl. noch §. 4. und §. 10.

§. 21.

Stellung des Criminalrechts im System. Quellen des Criminalrechts.

Ueber die Frage, ob das Criminalrecht dem Staatsrechte oder dem Privatrechte angehöre, ist früherhin viel gestritten worden. Die neuern Criminalisten rechnen es grösstentheils zum öffentlichen Rechte, und diese Ansicht verdient allerdings den Vorzug vor der entgegengesetzten. Denn nach unserer heutigen Staatseinrichtung ist die höchste Gewalt im Staate selbst nicht nur verpflichtet, die, durch Verbrechen hervorgerufenen Rechtsverletzungen zu untersuchen und zu bestrafen, sondern diese Rechtsverletzungen werden

auch namentlich deshalb Verbrechen genannt, weil sie dem Staatszwecke, zu dessen Erhaltung die höchste Gewalt eingesetzt wurde, entgegenstreben. Die Entschädigungsforderungen, welche von Privatpersonen geltend gemacht werden, weil Rechtsverletzungen ihres Privatinteresses eingetreten sind, gehören nicht in das Criminalrecht, sondern in das Civilrecht.

Die Hauptquelle für das positive deutsche Criminalrecht ist eigentlich noch jetzt die peinliche Gerichtsordnung Karls des V. von 1532. Allein dieses, seiner Absicht und Zeit nach vortreffliche Gesetz musste natürlich bey fortschreitender Cultur mehrfach unbrauchbar, und durch die nothwendig gewordenen Territorialgesetze in den Hintergrund verdrängt werden; zumal da gleich bey seiner Einführung den Reichsständen das Recht vorbehalten wurde, besondere Veränderungen nach den örtlichen Bedürfnissen damit vorzunehmen. Für Sachsen gilt als Hauptcriminalgesetz der 4te Theil der Constitutionen Churfürst Augusts von 1572 und nächstdem die Generalien wegen des Verfahrens in Untersuchungssachen von 1770 und 1783; sowie wegen der Criminaljurisdiktion das Mandat vom 7ten Febr. 1820.

§. 22.

Das Polizeyrecht.

Da es die Pflicht der Staatsgewalt ist, zur Erhaltung des allgemeinen Besten jedes vernünftige Mittel anzuwenden, so muss es ihr auch erlaubt seyn, den Rechtszwang, (die Justiz) welcher der Willensfreyheit der Bürger Spielraum gestattet, noch durch physische Mittel, die vom Staate unmittelbar in Bewegung gesetzt werden, zu unterstützen (s. oben §. 4.). Das

Recht hierzu beruht auf der Notorietät der §. 19. erwähnten, geistigen Unmündigkeit des grössern Theils der Staatsbürger, welcher die vom Rechtszwange noch anerkannte Willensfreyheit zur Nichtbefolgung der Gesetze benutzt. Der Inbegriff der, über diese physischen Zwangsmittel in einem Staate vorhandenen Vorschriften wird das Polizeyrecht genannt. Diese physischen Mittel leisten theils dem Civil-, theils dem Criminalrechte Vorschub; auf jenes bezieht sich die sogenannte Wohlfahrtspolizey, auf dieses die Sicherheitspolizey. Die erstere soll den Wohlstand der Staatsbürger befördern, und sie unmittelbar, ihres eignen Vorthells wegen an den Staat anketten; weil hierdurch Einheit des Interesses befördert wird. Die Sicherheitspolizey hat namentlich die Zwecke der Criminaljustiz insofern zu unterstützen, als sie die Begehung von gewissen Verbrechen durch Zwangsanstalten theils abzuwenden, theils unschädlicher zu machen suchen muss. Ob nun gleich die Polizey, weil sie ihre physischen Zwangsmittel sogleich selbst zur Anwendung bringt, die freye Handlungsweise der Staatsbürger nicht bloß mittelbar wie die Justiz, sondern unmittelbar beschränken muss; so dürfen doch die Vorschriften eines vernunftgemässen Polizeyrechts die Rechte der einzelnen Staatsbürger niemals muthwillig verletzen. Denn durch diese Verletzung setzt sich die Polizeygewalt jenem so gewöhnlichen Volkshasse aus, der die Ausführung ihrer, auf das Staatswohl berechneten Zwecke entweder ganz verhindert, oder doch unkräftig macht.

Als Quellen des Polizeyrechts haben wir in Deutschland zwey allgemeine Polizeyordnungen. Die erste vom Jahre 1548 ist unter Karl dem V., die zweyte vom Jahre

1577 unter Rudolph dem II. bekannt gemacht; nächst-
dem giebt es eine neuere von 1661. Die beyden sächsi-
schen Polizeyordnungen sind von 1612 und von 1661.

Zweytes Kapitel.

Theoretische Hauptwissenschaften, welche die
besondern Verhältnisse der Staatsbürger
unter einander betreffen.

§. 23.

Das Privatrecht im Allgemeinen.

Die Verhältnisse der Staatsbürger unter einander sind
so mannfaltig und verschiedenartig, dass das Privatrecht,
als Inbegriff der, über jene Verhältnisse vorhande-
nen Rechtsnormen, nothwendig einen sehr bedeutenden
Umfang hat. Als Centralpunkt dieses grossen Umfangs
ist der Gebrauch der Sachen zu betrachten, weil
dieser die vielseitigsten Berührungspunkte zulässt.
Denn die wichtigsten Lehren des Privatrechts, die von
Besitz und Eigenthum, gehen aus den Vorschriften über
das Wesen der Sachen und ihren Gebrauch hervor.
Wegen der Mannfaltigkeit der hierhergehörigen Rechts-
principien ist in allen Gesetzbüchern nicht nur der
privatrechtliche Theil am genauesten ausgearbeitet, son-
dern man findet auch gewöhnlich ausser den Vorschrif-
ten über die, alle Staatsbürger überhaupt angehenden
privatrechtlichen Verhältnisse besondere privatrecht-
liche Bestimmungen für einzelne Classen von Staats-
bürgern. Deshalb pflegt man das Privatrecht in das
allgemeine und besondere einzutheilen. Die nothwen-
dige Berücksichtigung besonderer Stände bey der Fest-

stellung des Privatrechts machte es den Gesetzgebern zur Pflicht, den eigenthümlichen Sitten und Gebräuchen solcher Corporationen ihre Aufmerksamkeit zu widmen. So wie nun bey irgend einem Volke durch Kriege oder Einwanderungen fremde Sitten und Gewohnheiten verbreitet wurden, so mussten diese auch ihren Einfluss auf die Gestaltung des Privatrechts äussern. Hieraus ist die Thatsache zu erklären, dass unser in Deutschland geltendes Privatrecht so viel römische Rechtsinstitute in sich fasst. Deutschland entnahm die Cultur seiner bürgerlichen Verhältnisse aus dem feiner gebildeten Italien. Die grosse Aehnlichkeit der privatrechtlichen Verhältnisse bey allen Völkern überhaupt erleichterte die Annahme des ursprünglich fremden Rechtes sehr. Haben wir auch immer noch ein deutsches Privatrecht, so sind doch im Allgemeinen unsere privatrechtlichen Verhältnisse durch Gesetze geordnet, die wir den Römern verdanken. Nur im Bezug auf dasjenige, worin der Nationalcharakter der Deutschen zu sehr von dem der Römer abweicht, haben unsere ursprünglich deutschen privatrechtlichen Bestimmungen sich in geltendem Ansehn erhalten. Die scharfe, wissenschaftliche Sonderung der einzelnen Theile des Privatrechts, wodurch das römische System sich auszeichnet, verschaffte demselben bey den meisten europäischen Völkern Eingang und Anerkennung. Sehr zweckmässig finden wir an die Spitze des römischen Privatrechts die Lehre von den persönlichen Verhältnissen der Staatsbürger als solcher gestellt; dann erst folgt die wichtige Lehre von den Sachen, als den Grundlagen von Rechten, die jeder Staatsbürger wegen seiner erwerbenden Thätigkeit geltend macht. Hieran

schliesst sich die Lehre von den besondern Rechten und Verbindlichkeiten, die aus irgend einem Vertrage für die dabey interessirten Personen hervorgehen; es mag nun ein solcher Vertrag wirklich statt gefunden haben oder nur angenommen werden. Endlich wird nach römischen Principien auch die Lehre von den Mitteln, wodurch wir unsern Rechten wirkliche Anerkennung verschaffen können, im Privatrechte abgehandelt. Als Quellen des römischen Privatrechts, in so weit es noch bey uns zur Anwendung kommt, sind die, in dem sogenannten *Corpore Juris Civilis* enthaltenen Justinianeischen Rechtsbücher — die Institutionen, die Pandekten, der *Code x* und die Novellen — deren officielle Bekanntmachung in die Jahre 532—565. *n. Ch.* fällt, zu betrachten. Für das eigenthümlich-deutsche allgemeine Privatrecht gelten als Quellen 1) der sogenannte Sachsenspiegel. den Eike von Repgov (wahrscheinlich im Jahre 1218) nach den Rechtsgewohnheiten der altdeutschen Schöppenstühle zusammentrug. Eine seiner vielen Umarbeitungen ward der Schwabenspiegel genannt, da man sie den süddeutschen Rechtsgewohnheiten mehr anzupassen suchte. 2) Das Magdeburgische Schöppenrecht aus den Jahren 1294—1320. 3) die goldne Bulle von 1356 von Kaiser Karl dem IV. 4) Die Reichskammergerichtsordnung von 1495. 5) Die Notariatsordnung Maximilian des I. von 1512 und 6) der neueste Reichsabschied von 1654. Doch ward an diesen allgemeinen Reichsgesetzen von den einzelnen Reichsständen für ihre Territorien vieles abgeändert; so dass zur genauern Kenntniss des allgemeinen deutschen Privatrechts auch Bekanntschaft mit dem Partikularprivatrechte nothwendig wird.

Eine vortreffliche philosophische Entwicklung des, für das Privatrecht so wichtigen Begriffs vom Eigenthume findet sich in Fichte's Grundsätzen des Naturrechts nach den Principien der Wissenschaftslehre, Jena und Leipzig 1796. 8. Band 2. S. 10. u. ff. Auch kann verglichen werden, was K. S. Zahariä in seinen Anfangsgründen des philosophischen Privatrechts, Leipzig 1804. 8. §. 59. u. ff. über die Natur des Eigenthumsrechts gesagt hat. Ganz neuerlich hat hierüber A. O. Krug in seiner Abhandl. *de natura domini directi et utilis feudorum ex principiis juris philosophici recte aestimanda* Lips. 1828. 8. ebenso passende als einfache Grundsätze aufgestellt.

§. 24.

Besonderes Privatrecht. Das Adelsrecht.

Das besondere, der deutschen Nation eigenthümliche Privatrecht war eine Folge der strengen Absonderung der einzelnen Stände und der damaligen Hineigung zum Corporationswesen; daher finden auch die fremden Gesetze am wenigsten Anwendung auf das besondere Privatrecht. Zunächst haben wir als eine Gattung des besondern Privatrechts das sogenannte Adelsrecht zu nennen. Bey der grossen Begünstigung, deren sich ehemals der Adel in Deutschland erfreute, bildete sich sehr bald für seine privatrechtlichen Verhältnisse ein Herkommen, das durch Familienverträge gesetzliche Kraft erhielt. Ob nun gleich in neuerer Zeit viele herkömmliche Rechte des Adels theils aufgegeben wurden, theils in Folge der Staatsveränderungen verloren gingen, so haben doch namentlich unter dem höheren Adel die Familienverträge immer ihre Gültigkeit behalten. Paraleel mit diesen Fa-

milienverträgen des höhern Adels laufen die Familienverträge fürstlicher Personen, die viele rechtliche Eigenthümlichkeiten an sich tragen; ebenso hat das Herkommen unter fürstlichen Personen manche specielle Rechtsbestimmungen hervorgebracht. Wenn man hieraus ein besonderes Privatrecht der Fürsten bilden zu müssen geglaubt hat, so scheint man vergessen zu haben, dass, deutschem Rechte nach, die Fürsten selbst zum höhern Adel zu rechnen sind. Die Quellen des Adelsrechts sind entweder in ihrer Beziehung auf das Gewohnheitsrecht und Herkommen, ungeschrieben, oder sie bestehen in besondern, nur für einzelne Geschlechter geltenden Familienverträgen.

§. 25.

Das Lehnrecht.

Mit den besondern, dem deutschen Adel herkömmlich gestatteten Begünstigungen steht das Lehnswesen, und das hieraus folgende Lehnrecht in genauester Verbindung. Die kriegerische Eigenthümlichkeit der germanischen Nationen gab dem Lehnswesen seinen Ursprung. Schon bey Tacitus (*German. cap. 13.*) finden wir ein Lehnverhältniss in den *Comitaten* der einzelnen Volksstämme begründet. Ausgezeichnete Krieger, die durch den Ruf ihrerr Thaten einen kriegslustigen Haufen um sich sammelten, und mit ihm Eroberungen in Feindes Lande machten, konnten, dem Culturzustande der damaligen Zeit gemäss, ihren Genossen für die bewiesene Ausdauer nur dadurch eine Belohnung gewähren, dass sie ihnen den Grundbesitz und Gebrauch des eroberten Landes gegen Vorbehalt ihrer oberherrlichen Rechte, und gegen Leistung des Eides

der Treue, für ihre Person auf Lebenslang gestatteten. Diese Belohnungen durch Grundbesitz nannte man anfangs *beneficia*, weil ihre Gewährung von Seiten des Oberherrn als eine Handlung der wohlwollenden Güte, zu der sie keineswegs verpflichtet seyen, betrachtet wurde. Späterhin, als die *beneficiarii* den ihnen für die Person verliehenen Grundbesitz auf ihre Erben auszudehnen anfangen, nannte man die *beneficia* Lehen, weil der Besitzer sie gleichsam nur geliehen bekommen hatte, oder *feuda*, von dem altnordischen Worte *Foedom*, (*Dreyers* vermischte Abhandlungen, Rostock 1754. 8. Bd. 1. Seite 377.) und dem plattdeutschen *Foe-ding*, welches ein Grundstück bedeutet, das Lebensunterhalt gewährt. Die Nutzniesser wurden *Vassi*, *Vassalli*, die Gefesteten, durch einen Vertrag Gebundenen genannt. Ohngeachtet des allgemeinen deutschen Ursprungs des Lehnverhältnisses ward es doch erst von den Longobarden in Italien rechtlich ausgebildet. Die Longobarden gaben wahrscheinlich auch die erste Veranlassung dazu, dass nicht militärische Beamten, besonders Geistliche, statt der Besoldung, *beneficia* zugetheilt bekamen; wo dann natürlich der Genuss derselben erlosch, sobald sie das Amt aufgaben oder verloren. Die Lehngüter der Geistlichen behielten späterhin den Namen *beneficia* selbst dann bey, als für alle andre Arten von Lehen die Bezeichnung *feuda* schon längst herrschend geworden war. Die Quellen des in Deutschland geltenden Lehnrechts sind theils longobardische, theils ursprünglich deutsche. Das longobardische Lehnrecht ist in dem sogenannten *consuetudinibus feudorum* enthalten, die einen Anhang des *Corpus juris civilis* bilden. Als Verfasser dieser Samm-

lung wird *Hugolinus a Porta Ravenale* genannt, der um das Jahr 1160 lebte; er war jedoch nur Commentator und Glossator derselben. Die Veranlassung zur Sammlung dieser *Consuetudines* haben die lehnrechtlichen Briefe und Aufsätze der beyden Mayländer *Gerhard Niger* und *Obertus ab Orto* gegeben, die zu eben der Zeit lebten. Ursprünglich bildeten die *Consuetudines* nur ein einziges Buch, wie auch die Aufschrift: *Liber feudorum* andeutet; späterhin machte man 2 Bücher daraus; durch die Zugaben der Glossatoren entstanden endlich fünf *Libri feudorum*. Zu Anfang des 16ten Jahrhunderts ward dieses longobardische Lehnrecht in Deutschland aufgenommen. Das deutsche Lehnrecht finden wir seiner Reinheit nach in dem sogenannten *Vetus auctor de Beneficiis*, zuerst herausgegeben Cöln 1569. 8., sodann in dem sächs. Lehnrechte, herausgegeben von *Ludovici*. Halle 1721. 8. und in dem sogenannten Kaiserrechte, in Senckenbergs *Corpus Juris Germanici* T. I. S. 3—124. Doch hat das longobardische Lehnrecht durchaus den Vorrang vor dem ursprünglich deutschen. Für Sachsen sind zu benutzen der 2te Theil der chursächs. Constitutionen von 1572 und das chursächs. Lehnsmandat vom 30sten April 1764.

§. 26.

Das Stadt- und Bürgerrecht.

Sobald als die fortschreitende Cultur, und der Verfall des Ritterwesens das Aufblühen der Städte in Deutschland beförderte, mussten ihre Bewohner sich auch zur Erhaltung der Selbstständigkeit eigene Gesetze geben. Da die Beschäftigungen der Bürger sich meist auf Handel und Gewerbe bezogen, so finden wir auch

in den besondern Stadt- und Bürgerrechten gerade hierüber die eigenthümlichsten Vorschriften, die sich besonders in den sogenannten Handwerks- oder Innungsrechten charakterisiren. Hierauf beruht das Institut der Zünfte. Das eigenthümlich deutsche Handelsrecht gab auch Veranlassung, die privatrechtlichen Verhältnisse der Juden in Deutschland zu beschränken; da ihre Lebensweise ausserdem nachtheilige Folgen für die Cultur der Städte gehabt haben würde. Nicht weniger zeichnen sich die deutschen Stadtrechte durch ihre Bestimmungen über Erbschaftsangelegenheiten aus; so wie die darin bestimmte Verwaltung der Stadtgemeinden die Wirkungen der, im Mittelalter für jede Corporation bewilligten Autonomie in einem eignen Lichte zeigt. Die Quellen des deutschen Stadtrechts sind die *Leges statutariae* der einzelnen Städte. Vorzüglich bemerkenswerth sind: das Stadtrecht von Freyburg im Breisgau vom Jahre 1120, die Statuten von Soest in Friesland von 1170 und das Lübische Recht vom Jahre 1209. Unter den sächs. Stadtrechten verdient das Dresdner, Leipziger und Freyberger besondere Erwähnung. Das als das älteste gewöhnlich angeführte Stadtrecht von Weida im Voigtland ist unächt.

Es ist neuerlich sehr viel gegen das Institut der Zünfte geschrieben und gesprochen worden. Allerdings ist die Zunft Einrichtung nach altem Schrot und Korne dem Geiste unsrer Zeit nicht mehr ganz angemessen; allein es war gewiss ein Verkennen der, diesem Institute eigenthümlichen Natur und Bestimmung und seiner wohlthuenden Wirkungen, wenn sich hier und da die Gesetzgeber es recht angelegen seyn liessen, statt zweckmässiger Re-

formen, den Umsturz dieser, mit dem bürgerlichen Thun und Treiben in Deutschland so eng verwachsenen Einrichtung zu verfügen. Man vergleiche hierüber, ausser der praktischen Schrift: Kurze Darstellung einiger Handwerksmissbräuche und Vorschläge, wie solche zu verbessern seyen, nebst einer gekrönten Preisschrift über das Wandern der Handwerksgesellen. Halle 1800. 8., die trefflichen Bemerkungen von G. A. Däzl in der Vorrede zu seiner Anleitung zur Taxirung der Gewerbe. Landshut 1824. 8. Dass namentlich in Preussen die Vernichtung des Zunftwesens eine Menge trauriger Folgen nach sich gezogen hat, ist von J. F. Ziegler in seiner Schrift über Gewerbefreyheit. Berlin 1819. 8. sehr überzeugend dargethan worden.

§. 12.

Das Handels-, Wechsel- und Seerecht.

Aus den bürgerlichen Gewerben entwickelte sich bey fortschreitender Cultur der Handel: seine besondern Entwicklungen führten auf die Erfindung des Wechsels, und seine Ausdehnung auf die Produkte entlegenen Länder machte die Verbindung derselben durch Schiffahrt nothwendig. Wegen des vielseitigen Interesse, was dabey in Betrachtung kam, bedurfte es bald eigenthümlicher Vorschriften hierüber und so bildete sich nach und nach ein besonderes Handels-, Wechsel- und Seerecht. Durch den Handel wurden mehrere privatrechtliche Verhältnisse, z. B. die auf gegenseitiger Verbindlichkeit beruhenden, sehr fein ausgebildet. Das deutsche Handelsrecht trägt übrigens den Stempel der Nationalität um so mehr an sich, je genauer es sich auf die bürgerlichen Gewerbe und die

deutschen Stadtordnungen stützt. Selbst das Wechselrecht ist in Deutschland nationalisirt worden, obgleich die Wechsel zuerst in Italien eingeführt wurden und in Venedig und Genua längst in Gebrauch waren, ehe sie vom deutschen Handelsstande angenommen wurden. Die Nationalisirung geschahe namentlich durch die besondern Wechselordnungen ausgezeichneter deutscher Handelsstädte, wie z. B. Hamburg, Lübeck, Frankfurt a. M., Leipzig u. a. m. Ebenso verhält es sich mit dem Seerechte. Denn obgleich Deutschland kein Seestaat ist, so wurden doch auch über das Seerecht eigenthümlich deutsche Vorschriften vorzüglich durch den berühmten Hansabund festgestellt.

§. 13.

Das Dorf- und Bauernrecht.

Die besondere Art und Weise, wie in Deutschland der Bauernstand nach und nach zur Freyheit gelangte, gab Gelegenheit dazu, dass sich ein eigenes Dorf- und Bauernrecht bildete. Ausgezeichnete Vergünstigungen liessen sogar eigene Reichsdörfer entstehen, die von der vorerwähnten Autonomie aller deutschen Corporationen sehr gern Gebrauch machten. Mochte auch die durch den Untergang der Reichsverfassung herbeygeführte provinzielle Souvränität diese Eigenthümlichkeiten in die Schranken der allgemeinen Gesetze zurückdrängen, so haben sich doch in vielen Gegenden Deutschlands, z. B. in Sachsen, Rechtsbestimmungen genug erhalten, die noch heutiges Tages als Ueberreste eines besondern Dorf- und Bauernrechts zur Anwendung kommen. Das Charakteristische der Landwirthschaft spricht sich dabey besonders deut-

lich aus. Als Quellen des Dorf- und Bauernrechts sind die hier und da noch vorhandenen Dorfstatuten zu betrachten; obgleich ein, durch herkömmliche Sitte begründetes Gewohnheitsrecht beynahe noch grössern Einfluss darauf behauptet.

Der Charakter des deutschen Dorf- und Bauernrechts würde richtiger gewürdigt werden, wenn es alle unsere Rechtsgelehrten der Mühe werth hielten, die Geschichte der deutschen Landwirthschaft zu studiren. Nicht nur das gediegene Werk von K. G. Anton über diesen Gegenstand, sondern auch Eugen Montags Geschichte der staatsbürgerlichen Freyheit in Deutschland, Bamberg und Würzburg 1812 u. 1814. 2 Bde 8. verdienen die Aufmerksamkeit aller deutschen Juristen, die nach wahrhafter Brauchbarkeit in ihrem Berufe streben.

Zweyter Abschnitt.

Praktische Hauptwissenschaften.

Erstes Kapitel.

Praktische Hauptwissenschaften, die mit der Staatsverwaltung in näherer Verbindung stehen.

§. 29.

Die Staats- und Canzleypraxis.

Die von staatsrechtlichen Principien ausgehende Leitung der Staatsgeschäfte nach einer besondern Form

welche in den Händen der sogenannten Canzleyen zu seyn pflegt, stützt sich auf die Vorschriften der Staats- und Canzleypraxis. Diese Vorschriften beziehen sich nicht nur auf den Gang der Staatsgeschäfte überhaupt, auf die dafür angeordneten Collegien und Personen, sondern auch auf die Arbeiten, Vorträge und Mittheilungen, die durch die Staatsverwaltung herbeygeführt werden. Sobald eine Totalübersicht über die ganze Staatsorganisation gewonnen ist, lässt sich das Eigenthümliche der, für die Verwaltung zu leistenden Arbeiten ohne Schwierigkeit erkennen. Ueber die äussere Form dieser Arbeiten lassen sich freylich um so weniger specielle Vorschriften geben, je mehr die in den einzelnen souverainen Staaten hierüber geltenden Maximen von einander abweichen. Uebrigens ist selbst für diejenigen Juristen, die sich nicht für den höhern Staatsdienst bestimmt haben, die Bekanntschaft mit der Staatsorganisation und ihrer Leitung höchst empfehlungswerth, da namentlich eine klare Ansicht über die Individualität der zur Anwendung kommenden Gesetze ohne jene Bekanntschaft nicht zu erlangen ist. Auch hat ja die Justiz auf alle Fächer der Staatsverwaltung den bedeutendsten Einfluss. Als Quellen erkennt die Staatspraxis nicht sowohl eigentliche Gesetze an, als vielmehr das Herkommen, aus dem die wirklich vorhandenen Instruktionen öfters hervorgegangen zu seyn scheinen, die sich an die Organisationsgesetze anschliessen. Ueberhaupt giebt hier die eigene Erfahrung den besten Unterricht: was besonders in Bezug aaf Sachsen gilt.

§. 30.

Die Völkerrechtspraxis oder Diplomatie.

Nicht nur die innern Angelegenheiten des Staates, sondern auch seine Verhältnisse mit andern Staaten müssen nach gewissen Regeln begründet und aufrecht erhalten werden. So wie dort das Staatsrecht die Grundlage bildet, so entlehnt man hier die Vorschriften aus dem Völkerrechte. Deshalb begreift man den wissenschaftlich aufgefassten Umfang der, über die Leitung der auswärtigen Verhältnisse eines Staates vorhandenen Regeln unter dem Ausdrucke: Völkerrechtspraxis. Insofern diese Leitung besonders durch politische Unterhandlungen befördert wird, nennt man die Völkerrechtspraxis auch Diplomatie oder politische Unterhandlungskunst, und die Gesandten oder Geschäftsträger, die solche Angelegenheiten betreiben, Diplomaten. Da die völkerrechtlichen Verbindungen vorzüglich durch Gesandte gesichert werden, so bildet das sogenannte Gesandtschaftsrecht eine eigne Abtheilung der Völkerrechtspraxis. Die Formen für politische Unterhandlungen hängen einerseits von der hergebrachten Convenienz, andererseits aber von der, durch historische Kenntniss gebildeten Beurtheilungskraft derer ab, die damit beauftragt sind. Die besondern Begünstigungen fremder Gesandten in einem Staate sind durch die neuere Politik, meistens mit Recht, sehr beschränkt worden.

§. 31.

Das Cameral- und Finanzrecht.

Der zur Erhaltung der Staatsordnung nothwendige Aufwand wird dadurch bestritten, dass der höchsten

Gewalt deshalb theils gewisse Fälle oder Regalien, theils die Nutzungen von gewissen Gütern, theils besondere Abgaben der Staatsbürger von ihrem Privatvermögen zugewiesen sind. Angewiesene Güter nennt man Kammergüter, angewiesene Regalien, Kammergefälle; die Beyträge der Staatsbürger aber Steuern. Den Ertrag von jenen nennt man Staatsrenten, von diesen aber Finanzen. Den Inbegriff der auf die Staatsrenten Bezug habenden Rechtsgrundsätze bezeichnet man, mit Rücksicht auf den Ausdruck Kammergüter und Kammergefälle, durch das Wort: Cameralrecht: so wie man die über die Finanzen bestehenden Rechtsgrundsätze in dem Ausdrucke Finanzrecht zusammenfasst. Das Cameralrecht enthält nun Bestimmungen über die Sicherung der Staatsrenten, 1) von den eigentlichen Kammergütern, die man zum Unterschiede von den, für den Privatgebrauch des Fürsten bestimmten Chautoullengütern, mit dem besondern Ausdrucke Domainen zu bezeichnen pflegt; 2) von den Regalien oder Nutzungen, die des grössern Vortheils wegen von der Staatsbehörde unmittelbar bezogen werden. Dergleichen gewähren die Jagd, die Posten, Bergwerke u. s. w. Die Verhältnisse der Unterthanen zur Staatsbehörde in diesen Beziehungen werden besonders durch das Cameralrecht regulirt, um gegenseitige Beeinträchtigungen zu vermeiden. Es stützt sich aber das Cameralrecht auf die Cameralwissenschaft, als den Inbegriff der politisch-ökonomischen Regeln, nach denen die möglichste Einträglichkeit der Staatsrenten zu erreichen ist. Das Finanzrecht umfasst die Rechtsgrundsätze über die aus den Abgaben fliessenden Staatseinnahmen. Diese Staatseinnahmen sind 1) Steuern, die

von den Unterthanen insgesamt geleistet werden, und diese theilt man wieder nach der Verschiedenheit des Privatvermögens in Grundsteuern, Gewerbesteuern und Personensteuern. 2) Imposten, die nur unter gewissen Umständen erhoben werden, jedoch auch von den im Lande sich aufhaltenden Fremden gefordert werden können. Sie sind theils Straf- und Confiscationsgelder, theils werden sie dann geleistet, wenn ein Unterthan als Privatmann aussergewöhnliche Vorthelle genießt; wie z. B. die Accise- und Stempelpost. Das Finanzrecht bestimmt nun sowohl die Art und Weise der Erhebung dieser Abgaben, als auch die Grundsätze für ihre Verwaltung, und stützt sich dabey auf die Finanzwissenschaft, als den Inbegriff der Regeln über die, für das Staatswohl unschädliche, möglichste Erhöhung der Finanzen. Der gemeinsame Zweck der Cameral- und Finanzwissenschaft, als Grundlagen für das Cameral- und Finanzrecht, geht dahin, die Staatsbedürfnisse, ohne Beeinträchtigung des Privatwohlstandes, zu decken. Um diesen Zweck zu erreichen, müssen hierbey höhere Grundsätze festgehalten werden, so wie sie die Nationalökonomie oder Staatswirthschaftslehre aufstellt. Diese Wissenschaft betrachtet das Gesamtvermögen der Staatsbürger als ein zur Bewirthschaftung gegebenes Ganze, nämlich als Nationalreichthum, und beschäftigt sich mit den Mitteln, wodurch dieser Reichthum erhöht, und für das Beste der Staatsordnung benutzt werden kann.

§. 32.

Der Criminalprocess.

Die nachtheiligen Folgen des Ungehorsams gegen

die Staatsgesetze, welche man Strafe nennt (§. 19.) können gegen die Ungehorsamen nicht früher geltend gemacht werden, als bis das Daseyn einer Verletzung der Strafgesetze durch den Ungehorsam ausser Zweifel gesetzt, und nicht nur die Strafbarkeit der vorliegenden Handlung bestimmt, sondern auch die Strafwürdigkeit des handelnden Individuums ausgemittelt ist (§. 20.). Dazu ist ein bestimmtes Verfahren (*procedere*) von Seiten einer richterlichen Behörde im Staate nöthig. Denn da die oberste Gewalt im Staate nicht allein die vielfachen Verletzungen der Staatsordnung zu untersuchen und bestrafen vermag, so bedarf es dazu besonderer Behörden, die in einem kleinern Kreise wirksam sind. Dies Verfahren der bestimmten Behörde zur Ausmittlung der Verbrechen und Strafen nennt man den Criminalprocess. Die Vorschriften hierüber beziehen sich theils auf die Berechtigung einer Behörde zur Criminalprocedur, und betreffen dann die Lehre von der peinlichen Gerichtsbarkeit, theils bestimmen sie die Form für das Verfahren selbst, und werden dann in der Lehre von der peinlichen Gerichtsordnung begriffen. Ohngeachtet die Criminalgerichtsbarkeit jetzt meistens von den Civilgerichtsbehörden mit ausgeübt wird, so unterscheidet sich doch der peinliche Processgang wesentlich von dem des Civilprocesses; besonders deshalb, weil die alterthümliche Form des vom Civilprocesse entlehnten Anklageverfahrens durch den Einfluss des kanonischen Rechts auf Deutschland von dem Inquisitionsverfahren verdrängt wurde. Dieses Verfahren, dessen erster Keim in den von Karl dem Grossen begünstigten bischöflichen Sendgerichten aufzusuchen ist, beruht namentlich auf der, dem Richter

ertheilten Erlaubniss, auf die erste Nachricht von einer gesetzwidrigen Handlung, darüber *ex officio*, ohne besondere Anzeige oder Anklage, eine Untersuchung anzustellen; welche Erlaubniss der neuern Ausbildung dieses Verfahrens zu Folge sogar zur Verpflichtung erhoben worden ist. Der Criminalprozess erkennt übrigens die oben erwähnten Quellen des Criminalrechts (§. 21.) auch als die seinigen an. Zu bemerken ist noch, dass die Criminalprocessgesetze insbesondere, so wie alle Bestimmungen über das Criminalrecht überhaupt, weit mehr als andre gesetzliche Verfügungen, die Beurtheilungskraft des Richters auffordern, die Eigenthümlichkeit des concreten Falles bey seiner Thätigkeit im Auge zu behalten, und so die, in der Natur der Sache begründete, unabänderliche Allgemeinheit criminalrechtlicher Vorschriften vorsichtig zu ergänzen. Die Erörterung des sogenannten *Corpus delicti* oder sorgfältige Beantwortung der Frage, ob überhaupt ein Verbrechen und welches begangen worden sey? so wie die Darlegung der Umstände, unter welchen ein Individuum das fragliche Verbrechen begangen hat, machen hierbey das Grundmaterial aus. Im Bezug auf das Individuum kann namentlich bey Untersuchungen über lebensgefährliche Verbrechen, nähere Kenntniss der sogenannten gerichtlichen Arzneywissenschaft höchst nützlich für den inquirenden Richter werden. Diese Disciplin ist ein Aggregat von medicinischen, den menschlichen Körper- und Gemüthszustand betreffenden Kenntnissen, im Bezug auf die durch aktive oder passive Verbrechen darin bewirkbaren Veränderungen. Freylich aber sind die Hauptgrundsätze hierüber noch ziemlich unbestimmt, und die Schrankenlosigkeit der

medizinischen Systeme lässt auch nicht sobald ein unbestrittenes Resultat hierüber zum Besten des nach näherem Unterrichte für die praktische Anwendung begierigen Juristen hoffen und erwarten.

Zweytes Kapitel.

Praktische Hauptwissenschaften, welche die Privatverhältnisse der Staatsbürger unter einander betreffen:

§. 33.

Der Civilprozess.

Nicht allein gegen die Handlungen, welche die Staatsorganisation unmittelbar verletzen, müssen Untersuchungen angestellt und Strafmittel angewendet werden, sondern es bedarf auch eines besondern Verfahrens, wonach die Privatverhältnisse der Bürger unter einander in streitigen Fällen regulirt, und bey Verletzungen ausgeglichen werden. Dieses Verfahren wird zwar auch von einer, im Auftrage des Staates handelnden Behörde geleitet, allein es concurrirt dabey der Gesamtzweck des Staates nicht unmittelbar, sondern nur das Interesse des bürgerlichen Besitzthums oder des sogenannten Mein und Dein ist hier vorherrschend und der Richter untersucht nicht *ex officio*, sondern leitet nur die Verhandlungen der streitenden Partheyen. Deshalb bekommt auch dieses Verfahren den eigenthümlichen Namen des Civilprozesses. Die Form des

Civilprozesses ist darauf berechnet, die Selbsthülfe zu verhüten; und durch einen festen Gang die Entscheidung allmählig vorzubereiten. Wissenschaftlich aufgefasst, lässt sich das Ganze des Civilprozesses unter folgende Rubriken ordnen: 1) Bestimmung der Sachen, die Gegenstände der Civilprozessverhandlung seyn können. 2) Angabe der Personen, welche die Behörden bilden, und für bürgerliche Prozessverhandlungen die Civilgerichtsbarkeit haben. Ihre Pflichten und Verhältnisse zu den streitenden Partheyen. 3) Bestimmung der, beim Civilprozessverfahren vorkommenden Haupt- und Nebenpersonen. 4) Erläuterungen über die, im Civilprozesse vorkommenden Gegenstände, wie Klagen, Einreden, Rechtsmittel, Beweis und Gegenbeweis, Entscheidung; im Einzelnen betrachtet, nach den Hauptgrundsätzen. 5) Darstellung der Aufeinanderfolge der einzelnen Prozesshandlungen. 6) Erörterungen über die Art und Weise nach welcher gewisse Prozesssachen in einem schnellern Verfahren abgethan werden als andere, worauf der Unterschied des summarischen von dem ordinarischen Prozesse beruht, und 7) die Lehre von den zufälligen Nebenverhandlungen im Prozessgange oder den sogenannten Incidentpunkten. Das Fundament des deutschen Prozesses besteht in den schriftlichen Verhandlungen der Partheyen vor dem Richter, der nach den, hierdurch in gewissen Terminen oder sogenannten Fatalien erhaltenen Auseinandersetzungen, die endliche Entscheidung der Sache abfasst, oder, nach der in den deutschen Gerichten üblichen Weise, besonders bey wichtigern Fällen, durch Entscheidungsbehörden oder sogenannte Dikasterien abfassen lässt. Als Quellen des Civilprozesses in Deutschland sind das

römische Recht, das kanonische Recht, mehrere allgemeine Reichsgesetze und besonders der neueste Reichsabschied von 1654 zu betrachten. Doch hat hier die Territorialgesetzgebung besonders viel Einfluss gehabt. Für Sachsen gelten als Prozessquellen der erste Theil der sächs. Coustitutionen von 1622 und die sogenannte erläuterte Processordnung von 1724. Ebenso wie der Criminalprocess als unterstützende Nebendisciplin die gerichtliche Arzneywissenschaft anerkennt, stützt sich der Civilprozess öfters auf die Nebenwissenschaft der gerichtlichen Mathematik oder *mathesis forensis*. Besonders geben die Streitigkeiten über Servituten und Flurbegränzungen, so wie über Bausachen Gelegenheit, den wohlthätigen Einfluss mathematischer Kenntnisse, ja vielleicht ihre Unentbehrlichkeit, während des Verfahrens sowohl als bey der Entscheidung zu erkennen. Obgleich übrigens die *mathesis forensis* ebensowenig als die *medicina forensis* den Namen einer ausgebildeten Wissenschaft verdient, so beruht doch die erstere auf weit festern Hauptgrundsätzen, als die letztere.

§. 34.

Das Verfahren bey willkührlichen Gerichtshandlungen.

Die manchfaltigen Verzweigungen der bürgerlichen Verhältnisse und Geschäfte machen oft die Begründung neuer Rechte in *concreto* nothwendig. Da hier von keinem Rechtsstreite die Rede ist, so bezeichnet man die Lehre von dem hierbey üblichen Verfahren gewöhnlich mit dem Ausdrücke *doctrina de actibus jurisdictionis non contentiosae*. Man rechnet dahin vorzüg-

lich sowohl Handlungen, welche nothwendig vor Gericht, und daher auch vor einem competenten Richter geschehen müssen, z. B. Kaufsbestätigungen, (*actus necessariae jurisdictionis*) als auch Handlungen, deren gerichtliche Vollziehung nicht durchaus nothwendig ist, und daher vor jedem beliebigen, ausserdem gültigen Richter geschehen kann, z. B. Niederlegung eines Testaments (*actus voluntariae jurisdictionis*). Man kann die *actus non contentiosae jurisdictionis* deshalb überhaupt willkührliche Gerichtshandlungen nennen, weil die Willkühr, oder die freye Disposition der dabey interessirten Personen dem Richter hier die Grundlage für seine Thätigkeit darbietet, und, trotz der äusserlichen, festgesetzten Form, der Stoff dieser Handlung bey weitem nicht den speciellen Vorschriften unterliegt, welche auf die Materie der, durch Rechtsstreit zu verhandelnden Gegenstände zu Folge unsrer Gesetzgebung durchgehends einwirken. Als Quelle für das Verfahren bey diesen Handlungen ist besonders der Gerichtsbrauch zu betrachten; er verdient desto grössere Aufmerksamkeit, je specieller er sich in der hier zu berücksichtigenden Beziehung fast überall in den deutschen Ländern aus der Allgemeinheit heraus nach den Localverhältnissen gebildet hat.

§. 35.

Aussergerichtliche Praxis und Notariatskunst.

Da ein grosser Theil der bey uns in gesetzlicher Kraft geltenden Rechtsnormen in fremder Sprache abgefasst ist, so sind die Staatsbürger überhaupt nicht im Stande, ihre Angelegenheiten vor Gericht selbst zu vertreten; demnach müssen sie die Führung dersel-

ben den ausschliesslich damit beschäftigten Rechtsgelehrten (*juris consultis pragmaticis*) überlassen. Die Geschäfte derselben, welche nach Verschiedenheit der Gegenstände sich auf alle *Actus* der *jurisdictio contentiosa* und *non contentiosa* beziehen, werden unter dem Namen der aussergerichtlichen Praxis zusammengefasst. Nicht nur Kenntnisse der Rechte überhaupt, und der in den Gesetzen für jede Art von Geschäften vorgeschriebenen äussern Formen, welche letztere durch fleissiges Lesen von Gerichtsakten am sichersten sich einprägen, sondern auch Gewandtheit im schriftlichen Vortrage sind nothwendige Erfordernisse zur glücklichen Betreibung der juristischen Praxis. Früherhin, ehe noch für die Verwaltung des Richteramtes und den Umkreis der dahin gehörigen Thätigkeit so specielle Vorschriften als wir jetzt haben, vorhanden waren, wurde auch in Deutschland gewissen privilegirten Personen, den sogenannten Notaren, in vielen Fällen die Ausübung der *jurisdictio quoad negotia non contentiosa* verstattet, und obgleich ihre Amtsthätigkeit in neuern Zeiten, fast überall, z. B. in Sachsen durch das Mandat vom 1sten März 1804 sehr beschränkt worden ist, so gelten sie doch noch jetzt als Beamte, die gewisse gesetzliche Förmlichkeiten, z. B. Contracte und Verlassenschaftsspecifikationen, sowie Wechselproteste, zu vollziehen besonders berechtigt sind. Den Inbegriff der für ihren Geschäftskreis nöthigen Kenntnisse bezeichnete man besonders früherhin mit dem Ausdrücke Notariatskunst. Wie gross das Ansehn der Notare ehemals war, lässt sich schon daraus erkennen, dass Kaiser Maximilian der I. im Jahre 1512 eine eigene umständliche Notariatsordnung auf dem

dem Reichstage zu Cölln ausfertigen liess. In wie fern die Fertigung der Contracte ein Geschäft der Notare ist, steht mit der Notariatskunst die Cautelarjurisprudenz in sehr naher Verbindung. Diese belehrt über die Vorsichtsmaasregeln, welche bei einem aussergerichtlichen Geschäfte anzuwenden sind, wenn den nachtheiligen Wirkungen desselben nicht nur vorgebeugt, sondern auch der gewünschte, damit verbundene Vortheil erreicht werden soll.

A n h a n g.

Wissenschaften zur Erleichterung der gerichtlichen Praxis.

§. 36.

Die Referir- und Dekretirkunst.

Ursprünglich hatte der competente Richter selbst nicht nur die peinlichen und bürgerlichen Prozesssachen zu leiten, sondern auch das Erkenntniss darüber aus den vorliegenden Akten den Gesetzen gemäss abzufassen. Seit längerer Zeit jedoch ist die Versendung der Akten an ein aus Rechtsgelehrten bestehendes Collegium zur Abfassung eines Erkenntnisses in Deutschland so gewöhnlich geworden, dass die besondern Behörden nur in Sachen von geringerer Wichtigkeit die Erkenntnisse oder richterlichen Bescheide selbst abzufassen pflegen. Die Einrichtung dieser Collegien oder sogenannten Dikasterien ist fast immer von der Art, dass jedesmal ein Mitglied derselben die fragliche

Rechtssache den übrigen vorträgt, um dadurch die collegialische Berathung, welche die Entscheidung einleitet, möglich zu machen. Man nennt dies referiren. Mit dem Worte dekretiren dagegen bezeichnet man die Abfassung des richterlichen Urtheils selbst, das sich auf die vorhergegangene Relation und collegialische Berathung gründet. In den Collegien geschehen die Relationen mündlich, gestützt auf einen schriftlichen Extrakt. Es giebt aber auch schriftliche Relationen, als Probestücke der Gelehrsamkeit und praktischen Brauchbarkeit eines Juristen, bey seiner Zulassung zur Advocatur oder zu einem Collegium; deshalb verbreiten sich auch die schriftlichen Relationen weit mehr über die in Frage kommenden Rechtssätze; die mündlichen aber haben blos das, zur Vorbereitung auf das zu fassende Erkenntniss Nothwendige zu berücksichtigen. Den Inbegriff der Regeln, nach denen eine genaue Uebersicht über einen Rechtsfall aus den gerichtlichen Akten aufgefasst und gegeben werden muss, um ein Erkenntniss, das entweder die Hauptsache selbst oder einen Nebenpunkt betrifft, gehörig einzuleiten, wird als Resultat einer besondern, durch Uebung erlangten Fertigkeit mit dem Worte Referirkunst bezeichnet. Dekretirkunst aber ist die Lehre von den, bey Abfassung gerichtlicher Urtheile üblichen, der Genauigkeit und Feyerlichkeit wegen noch aus ältern Zeiten beybehaltenen Formeln; in deren Anwendung durch Uebung allein Sicherheit erlangt wird. Bey der Dekretirkunst namentlich ist der Einfluss des herrschenden Gerichtsbrauches von grösster Wichtigkeit.

§. 37.

Die Archiv- und Registraturwissenschaft.

Die Schriften, welche in Bezug auf eine streitige oder nicht streitige Rechtssache vor Gericht angebracht worden sind, werden *Acta* genannt, insofern sie das, was verhandelt worden ist, umfassen. Da diese Akten nach Verhältniss ihres Inhaltes sehr verschiedenartig sind, so können sie nicht so leicht übersehen werden, und die Auffindung eines besondern, vorzüglich eines nicht mehr gangbaren, abgethane Sachen betreffenden Aktenstückes ist bey der Menge derselben mit Schwierigkeiten verbunden. Um diese Schwierigkeiten zu erleichtern, werden die einzelnen Aktenstücke gesammelt, in sogenannten Archiven aufbewahrt, und zweckmässig geordnet. Nächst dem werden, um sie für die Zukunft zu erhalten, die nöthigen Vorsichtsmaasregeln bey ihrer Aufbewahrung beobachtet. Den Inbegriff der dafür vorhandenen, aus der Erfahrung entlehnten Regeln bezeichnet man mit dem Ausdrücke: Archiv- und Registraturwissenschaft. In einem engern Sinne werden jedoch nicht alle zur Aufbewahrung von Akten und Urkunden bestimmten Orte Archive genannt, sondern nur diejenigen, welche zur Erhaltung wichtiger Staatsschriften dienen.

Zweyte Abtheilung.

Hülfswissenschaften des Rechtsgelehrten.

§. 38.

V o r b e m e r k u n g e n.

Es giebt eine Menge ausserjuristischer Kenntnisse, ohne deren Unterstützung die Rechtswissenschaft weder theoretisch, noch praktisch mit Erfolg betrieben werden kann. Da sie sich in ihrem ganzen Umfange vor Anfang der akademisch-juristischen Laufbahn durchaus nicht auffassen lassen, so ist es die Pflicht des Studirenden, ihnen zugleich mit den eigentlich juristischen Wissenschaften seine Aufmerksamkeit zu widmen. Man nennt diese Kenntnisse, insofern sie die Erwerbung des streng-juristischen Wissens erleichtern, Hülfswissenschaften des Rechtsgelehrten. Im System nehmen sie deshalb die zweyte Stelle ein, weil sich erst aus der Charakterisirung der rein-juristischen Disciplinen deutlich ergibt, was für Hülfswissenschaften der Rechtsgelehrte zur Förderung und Vervollkommnung seines Studiums ins Auge zu fassen hat. Ihrer Eintheilung nach sind diese Hülfswissenschaften theils philologische, theils physicalisch-mathematische, theils historische, theils philosophische. Die philologischen stehen an der Spitze; denn zuerst muss von der Erwerbung der Erkenntniss, und dem grossen Hauptmittel dazu, der Sprache, die Rede seyn. Sodann beschäf-

tigen uns zunächst die natürlichen, physischen Erkenntnisse, theils ihrer innern Natur, theils ihrer äussern Erscheinung nach die Dinge überhaupt auffassend; die eben deshalb die Wissenschaft der Wissenschaften, oder ihre erste Grundlage (*μαθησις*) bilden. Hierauf verdient die Erkenntniss der Dinge nach ihrer Erscheinung und gegenseitigen Einwirkung in der Zeitfolge, also die Geschichte unsre Aufmerksamkeit; und endlich muss uns die Erkenntniss des Verhältnisses der äussern Gegenstände zur innern geistigen Natur des Menschen über die höchsten Gründe unseres Wissens in der Philosophie möglichsten Aufschluss geben; weil die Philosophie mit Recht der Schlussstein aller Wissenschaften überhaupt genannt wird.

Erstes Kapitel.

Philologische Hilfswissenschaften des Rechtsgelehrten.

§. 39.

Natur der Sprachkenntnisse im Allgemeinen.

Die Sprache ist der Ausdruck unserer Vorstellungen durch vernehmliche Töne der Stimme. Die Verbindung zwischen unsern Vorstellungen und diesen vernehmlichen Tönen, oder den Wörtern ist weder ganz nothwendig, noch ganz willkürlich, sondern conventi-
nell; das heisst, sie beruht auf dem Charakter des gesellschaftlichen Lebens. Je einfacher dieses ist, desto einfacher wird das Resultat jener Verbindung, d. h. die

Sprache selbst seyn. Daher finden wir bey den einfach nomadisch lebenden Völkern der ältesten Zeit, z. B. bey den Hebräern, die einfachsten Sprachen. Je weiter das gesellschaftliche Leben fortschritt, desto nothwendiger ward es, für die sich neu darbietenden Gegenstände neue Bezeichnungen zu schaffen. Daher vervielfältigte man die Wörter; jedoch so, dass man zur Sicherung der Einheit nur die Grundtöne veränderte. Aus diesen Veränderungen entstanden die vielfachen Wortverzweigungen, welche zusammengenommen gleichsam die Architektur des Sprachgebäudes bilden. Die Mehrheit der Sprachen gründet sich auf den Einfluss des Klima's und der Lebensart hinsichtlich des bey der Wortbildung thätigen Empfindungsvermögens. Da sich alle Geistesbildung überhaupt auf Kenntniss der Sprache stützt, so bedarf die letztere gar keiner weitem Empfehlung. Je mehrere Fächer des menschlichen Wissens wir uns eröffnen, je genauer wir sie erforschen wollen, desto mehrere Sprachen müssen wir studiren. Sehr erleichtert wird uns dieses Studium, wenn wir dabey möglichst auf die ältesten Sprachen als die einfachsten zurückgehen.

§. 40.

Die lateinische Sprache.

Für den Juristen ist unter den ältesten Sprachen keine wichtiger, als die römische oder lateinische; denn in dieser Sprache ist nicht nur ein grosser Theil unserer noch geltenden Gesetze abgefasst, sondern sie ist auch fast ganz allein die Sprache derjenigen klassischen Schriftsteller, die ihrer Denkart zu Folge unserer Zeit wirklich nahe liegen, und also noch immer

direkt auf die Jetztwelt einwirken; endlich ist diese Sprache auch die der Gelehrten, durch welche diese, wie ein neuerer Schriftsteller sehr richtig sagt, über die Schranken eines, die Bewohner der einzelnen Staaten trennenden Idiom's erhaben, eine einzige, durch geistige Bande vereinigte, ungehindert sich mittheilende Nation ausmachen. Demnach liegt am Tage, dass genauere Kenntniss der lateinischen Sprache, sowie die Fähigkeit, sich darin nationell auszudrücken, billig von dem Juristen verlangt werde. Es lässt sich aber diese Kenntniss und Fähigkeit nicht erlangen, ohne dass zugleich andere grosse Vortheile erworben werden, nämlich die nähere Einsicht in das klassische Alterthum überhaupt, Schärfung der Denkkraft und Vereinfachung des Geschmacks. Unter den zahlreichen lateinischen Klassikern sind vorzüglich Livius und Tacitus, Cicero und Quinctilian der Aufmerksamkeit des Juristen werth; sie enthalten in sich selbst so viel unwiderstehlich Anziehendes, dass, wer sie einmal mit geistiger Freyheit und Beurtheilungskraft zu lesen begann, gewiss für immer an sie gefesselt ist. Am gehaltreichsten und geschmackvollsten unter ihnen ist Cicero, den man fast als den Repräsentanten des gesammten klassischen Alterthums ansehen kann, und der schon allein als Redner so wichtig für den nach wahrhafter Ausbildung strebenden Juristen ist. Erscheint er hier und da fast allzureich an glänzender Wortfülle, so giebt dagegen Tacitus ein ächtes Bild jener edeln Simplicität, welche den Grundcharakter der lateinischen Sprache ausmacht.

§. 41.

Die griechische Sprache.

Obgleich die Kenntniss der griechischen Sprache nicht so durchaus unerlässlich für jeden Juristen scheint, als die der lateinischen, weil nur in letzterer, nicht aber in ersterer die für uns verbindlichen römischen Gesetze abgefasst sind, so leidet es doch keinen Zweifel, dass schon wegen der, auch von den Juristen zu verlangenden allgemeinen Bildung, Kenntniss der griechischen Sprache höchst ungern an ihm vermisst werden wird. Denn die innere Ausbildung und Vollen- dung, und die daraus hervorgehende Harmonie dieser Sprache gestattet den in ihr vorgetragenen Schriften einen eigenthümlichen Einfluss auf die geistige Vervoll- kommnung ihrer Leser, der mit der Uebertragung in eine andere Sprache durchaus verloren geht. Die Originalität der griechischen Klassiker ist weit manch- faltiger, als die der lateinischen; vielleicht schon des- halb, weil in Griechenland die geistige Individualität des Orients mit der des Occidents in ein reichhaltiges Ganze verschmolz, das selbständig sich eine besondere Bahn brach. Diese Selbstständigkeit ergiebt sich aus einer Vergleichung der orientalischen Schriftsteller mit den griechischen sehr deutlich. Schon das milde, ätherisch-reine Klima Griechenland war der geistigen besondern Ausbildung seiner Bewohner mehr als jedes andere förderlich. Und diese, aus Lebendigkeit und Fülle des Geistes hervorgegangene Originalität ist und bleibt für alle spätere Nationen die schönste Fundgrube der Vervollkommnung. Nur verächtliche Geistesträg- heit kann den Juristen abhalten, das frühere Studium

der griechischen Sprache auf der Akademie fortzusetzen. Von Homer und Herodot an eröffnet sich dem Forschbegierigen eine Reihe griechischer Klassiker, sowohl in der Philosophie, wie Aristoteles und Plato, als in der Geschichte, wie Dionys von Hali-carnass, Plutarch und Diocassius, deren Studium ausser der allgemeinen Bildung, mit deren Entbehrung der Jurist zum Handwerker herabsinkt, selbst das juristische Studium kräftigst befördert, und dem Rechtsgelehrten eine Gründlichkeit des Wissens verleiht, die sich durch das darauf beruhende Habituellseyn in der Wissenschaft herrlich belohnt.

§. 42.

Die deutsche Sprache.

Wir erwerben zwar die Kenntniss unserer deutschen Muttersprache vorzüglich durch das Umgangsleben selbst; allein wer durch die Bekanntschaft mit den Sprachen des Alterthums auf den eigenthümlichen Reiz und grossen Nutzen des freyern und gründlichern Sprachstudiums aufmerksam geworden ist, der wird sich unmöglich mit der oberflächlichen Kenntniss seiner Muttersprache begnügen, die aus dem Umgangsleben sich herschreibt. Das tiefere Eindringen in den Geist der deutschen Sprache lehrt erst den Reichthum und die kräftige Harmonie derselben genauer kennen und schätzen. So vorbereitet wird auch das Studium der deutschen Klassiker wahrhaften Nutzen und dauerndes Vergnügen gewähren; und ist dieses der Fall, so wird, bey der nothwendig damit, verbundenen Rücksicht auf die Bildungsgeschichte des deutschen Volkes, der Patriotismus dadurch dauernder, als auf

jede andere Art, befestiget werden. Gewiss ein überaus bedeutender Vorthail, sobald von der unerlässlichen Verbindung der Wissenschaft mit der Wirksamkeit des praktischen Lebens die Rede ist. Die Auswahl unter den deutschen Klassikern muss namentlich diejenigen treffen, die durch Gediegenheit und Abrundung ihres Vortrags sich besonders empfehlen. Denn gerade durch diese Eigenthümlichkeiten des Styls soll sich der deutsche Rechtsgelehrte auszeichnen suchen, um endlich einmal den Vorwurf in Vergessenheit zu bringen, dass die Ausdrücke: „juristischer Vortrag“ und „schleppende geistlose Diktion“ gleichbedeutend seyen. Bey aller Ueberzeugung, wie nothwendig es sey, gewisse juristische Formeln im Gerichtsstyl beyzubehalten, kann ein, durch vielseitige Kenntnisse würdig vorbereiteter Jurist als praktischer Arbeiter sich den Ruhm einer geschmackvollen Diktion jedenfalls verschaffen und erhalten. Freylich aber ist dabey eine eigene, zeitige und unausgesetzte Uebung in schriftlichen Aufsätzen aller Art durchaus unerlässlich. Hierdurch allein wird Sicherheit, Gelenkigkeit und Geschmack im Vortrage erreicht, und nur durch diese Eigenschaften kann der Schriftsteller seiner Darstellung dauernden Einfluss sichern: einen Einfluss, von dem der Werth aller Schriftäusserung im höhern Sinne abhängt.

§. 43.

Andere neuere Sprachen.

Der geistige Verkehr der deutschen Nation mit andern Völkern ist von jeher so lebhaft gewesen und so sorgfältig zur Erhöhung der wissenschaftlichen Cul-

tur, unter den Deutschen benutzt worden, dass die Kenntniss der ausländischen modernen Sprachen fast in ganz Deutschland einheimisch geworden ist. Kein wissenschaftlich Gebildeter darf in diesem Felde des Wissens ganz unerfahren seyn. Vorzüglich ist die Bekanntschaft mit der französischen Sprache schon seit längerer Zeit, seitdem die französische Sittenverfeinerung auf Deutschland überging, immer gewöhnlicher geworden. Und allerdings empfiehlt sich die französische Sprache nicht nur als Umgangs-, Hof- und Ceremoniell-Sprache, sondern der grosse Einfluss, den mehrere französische Schriftsteller, z. B. Voltaire und Rousseau durch ihren, für Leser aller Art verständlichen und anziehenden Vortrag sich auch auf die geistige Bildung der Deutschen verschafft haben, hat selbst in wissenschaftlicher Hinsicht das Studium der französischen Sprache werthvoll gemacht. Die besondere Klarheit, Politur und Eleganz der bessern französischen Schriftsteller ist den Deutschen um so mehr zur Nachahmung zu empfehlen, je weniger diese sich noch jetzt hier und da von pedantischer Schwerfälligkeit bey der Behandlung wissenschaftlicher Gegenstände, völlig haben freymachen können; ob sie gleich sehr oft gerade die Fehler der Franzosen, Seichtigkeit und Nachlässigkeit, mit Hintansetzung deutscher Gründlichkeit und Genauigkeit, annahmen. Nächst der französischen Sprache verdient namentlich die englische Aufmerksamkeit. Sie ist nicht nur unsrer deutschen Muttersprache in vieler Rücksicht nahe verwandt, sondern die Originalität der in ihr vorhandenen Schriftsteller ist auch der tiefern Geistesbildung sehr förderlich, und die Bekanntschaft damit belohnt sich durch

eine Neigung zur Simplicität, die ausserdem nur Folge des Studiums der altklassischen Sprachen zu seyn pflegt. Die Kenntniss der italienischen Sprache ist für die allgemeine Bildung nur im Bezug auf die älteren in ihr vorhandenen Meisterwerke vortheilhaft; denn die jetzige wissenschaftliche Kultur der Italiener ist zu Hervorbringung ausgezeichneter wissenschaftlicher Leistungen nicht mehr geeignet.

Zweytes Kapitel.

Mathematisch-physikalische Hülfswissenschaften des Rechtsgelehrten.

§. 44.

Allgemeine Bemerkungen.

Die innere Natur und äussere Beschaffenheit der uns umgebenden Dinge hat so viel Einfluss auf unsere eigene Individualität, dass schon deshalb das Streben nach näherer Erkenntniss derselben sehr zeitig in uns erwacht. Allein die erste Befriedigung desselben ist bey der grossen Menge jener Gegenstände so oberflächlich, dass wir, als Unterlage für die allgemeine Bildung überhaupt, recht bald genaueren Unterricht hierüber uns zu verschaffen suchen müssen. Das wesentlichste Merkmal aller Körper ist ihre Grösse. Wir lernen daher die Natur und Beschaffenheit der uns umgebenden Dinge zunächst durch das Studium der Mathematik oder Grössenlehre erkennen. Hier fassen wir

zunächst blos die Grösse der Körper an sich, ohne Beziehung auf ihre übrigen Eigenschaften ins Auge; dies geschieht in der reinen Mathematik. Nachher lernen wir die Lehrsätze der Grösse auf bestimmte Gegenstände, mit Rücksicht auf deren übrigen Eigenschaften anwenden; dies geschieht in der angewandten Mathematik. Dadurch werden wir vorbereitet zur Erkenntniss der Naturkräfte an sich durch die Physik. Es ist in dieser Wissenschaft nicht nur von den Gesetzen dieser Kräfte im Allgemeinen die Rede, (reine Physik) sondern auch von der Art und Weise, wie sich die Existenz und Wahrheit jener Gesetze aus den sinnlichen Erscheinungen selbst entwickeln lässt (Experimentalphysik). Haben wir die Gesetze der Naturkräfte an den wirklich vorhandenen Körpern selbst geprüft, so werden wir im Stande seyn, die specifische Verschiedenheit der gesammten Naturkörper überhaupt mit Hülfe der Naturlehre nach gewissen Gesetzen zu klassificiren, und zugleich die Entstehung und Entwicklung dieser Körper aus der Naturgeschichte kennen zu lernen. Alle diese Wissenschaften hängen so genau mit einander zusammen, dass es nur einer ernstesten Anregung bedarf, um den wissenschaftlich empfänglichen Geist zur genauern Auffassung derselben zu veranlassen.

§. 45.

Die mathematischen Wissenschaften.

Der bedeutende Umfang der Mathematik oder Grössenlehre hat die Absonderung ihrer beyden oben erwähnten Haupttheile in mehrere Unterabtheilungen nothwendig gemacht. Sonach erscheint die reine Ma-

thematik als Arithmetik oder Zahlenlehre, insofern sie die eigentliche, quantitative Grösse der Dinge behandelt; als Geometrie aber, insofern sie sich auf die qualitative Grösse der Körper bezieht, d. h. von der Ausmessung derselben in die Länge, Breite und Höhe handelt. In genauer Verbindung mit der Arithmetik und Geometrie stehen die unter dem Namen der höhern Mathematik begriffenen Wissenschaften: nämlich die Analysis oder Lehre von der höhern Rechenkunst, wodurch, mittelst bekannter Grössen, unbekannte Verhältnisse oder sogenannte Probleme durch Schlussfolgen zur Evidenz gebracht werden, wegen der quantitativen Grössen; (man nennt sie auch Algebra) und die Trigonometrie, oder die Wissenschaft, welche aus einigen bekannten Theilen eines Triangels die übrigen durch Rechnung finden lehrt, rücksichtlich der qualitativen Grössen. Die Trigonometrie zerfällt in die ebene Trigonometrie, welche von der Ausrechnung gradliniger Dreyecke handelt, und in die sphärische Trigonometrie, die solche Dreyecke ausrechnen lehrt, deren Seiten die Bögen von grössern Zirkeln auf der Oberfläche einer Kugel bilden; letztere ist eine wichtige Hülfswissenschaft der Astronomen. Der zweyte Haupttheil der Mathematik, die angewandte Mathematik, erscheint als Mechanik, in wiefern von der Bewegung fester Körper, und als Statik, inwiefern von dem Gleichgewichte derselben die Rede ist; als Hydraulik im Bezug auf die Bewegung flüssiger Körper, und als Hydrostatik rücksichtlich des Gleichgewichts derselben: ausserdem noch unter vielfachen Bezeichnungen, die blos von der Verschiedenartigkeit der Gegenstände abhängen; z. B. als mathematische Geographie

und als Chronologie. Der wohlthätige Einfluss mathematischer Wissenschaften auf das gründliche Studium der Jurisprudenz bedarf für den keines weitem Beweises, der Schärfe des Urtheils und genaue Würdigung verschiedenartiger Gegenstände nach ihrer Eigenthümlichkeit, besonders aber Consequenz, als die schönsten Zierden und erfolgreichsten Attribute eines wissenschaftlich gebildeten Rechtsgelehrten anerkennt.

§. 46.

Die physikalischen Wissenschaften.

Die Physik oder die Lehre von den Naturkräften umfasst ein so grosses Gebiet der menschlichen Erkenntniss, dass eine strenge, systematische Sonderung aller ihrer einzelnen Theile sich im encyclopädischen Grundrisse durchaus nicht durchführen lässt. Ihrem Grundcharakter nach erscheint diese Wissenschaft als ein, mit Combinationsgeist geordnetes Resultat fortgesetzter und wiederholter Beobachtungen. Demgemäss scheint es rathsam, die Physik nicht, gleich der Mathematik, in reine und angewandte abzutheilen, wie es jetzt gewöhnlich geschieht, sondern vielmehr die früherhin übliche Eintheilung beyzubehalten. Nach derselben bildet, systematisch betrachtet, den ersten Theil die Experimentalphysik, worin diejenigen Eigenschaften und Wirkungen der Körper auseinandergesetzt und durch Versuche erläutert werden, die sich unmittelbar durch Hülfe der Sinne erkennen lassen. Auf die Resultate dieser Erläuterungen stützt sich sodann der zweyte Theil: die sogenannte dogmatische Physik; worin gezeigt wird, wie man aus den früher bestimmten Erfahrungssätzen die Erscheinungen in der Kör-

perwelt erklären, und selbst die verborgenen Eigenschaften der Körper ordnungsmässig beurtheilen könne. Unter den einzelnen physikalischen Wissenschaften ist die Lehre vom Licht, oder die Optik besonders interessant. Sie zerfällt in die eigentliche Optik, welche die, in gerader Linie in unser Auge kommenden Lichtstrahlen betrifft; in die Katoptrik, welche von den, durch polirte Flächen zurückgeworfenen Lichtstrahlen handelt, und in die Dioptrik, welche sich mit den Lichtstrahlen beschäftigt, die uns in durchsichtigen Materien als gebrochen erscheinen. In nächster Verbindung damit steht die Lehre vom Feuer und von der Elektricität. Als besonders wichtige Hülfswissenschaft für die Physik erscheint die Chemie, welche die Anweisung ertheilt, selbst die zusammengesetztesten Bestandtheile der Körper auf die bekannten vier Elemente zurückzuführen, und dem gemäss ihre Eigenschaften und Wirkungen wissenschaftlich zu bestimmen. Auch abgesehen von dem besondern Interesse der physikalischen Wissenschaften, empfehlen sie sich dem Juristen; selbst sein Fach erfordert hier und da, z. B. bey einzelnen Polizeygegenständen, Bekanntschaft mit den Grundsätzen der Physik. Deshalb verdient diese Wissenschaft auch noch weit grössere Aufmerksamkeit, als die angewandte Mathematik.

§. 47.

Die Naturlehre und Naturgeschichte.

Mag auch der Ausdruck: „Naturlehre“ sehr oft als gleichbedeutend mit der Bezeichnung: Physik gebraucht werden: immer lässt sich doch das deutsche Wort in einer weitem Bedeutung, als verschieden von dem grie-

chischen, vertheidigen. Diess ist der Fall, sobald man unter der Physik die Lehre von den Naturkräften, unter der Naturlehre aber die wissenschaftliche Betrachtung und Klassificirung der gesammten Naturkörper versteht. In dieser weitern Bedeutung umschliesst die Naturlehre zugleich die Naturgeschichte, weil die Charakterisirung der Naturkörper ohne Rücksicht auf ihre allmähliche Entwicklung ungründlich ausfallen würde. Die Naturlehre erläutert theils organische, theils nicht organische, oder anorgische Körper. In ersterer Rücksicht zerfällt sie in die Zoologie und Botanik; in letzterer Rücksicht nennt man sie Oryctognosie. Betrachten wir das Weltgebäude überhaupt, so beschäftigt uns theils die Lehre von den Himmelskörpern (Astrognosie und Astronomie) theils die Lehre vom Erdkörper selbst, nach seiner Entwicklung und Entstehung (Geognosie), theils die Lehre von der alles umgebenden Luft und den in ihr vorkommenden Erscheinungen (Atmosphärologie). Als ein Theil der Naturlehre und Naturgeschichte überhaupt erscheint unter andern die Lehre vom Organismus der lebenden Wesen, besonders des Menschen, oder die Physiologie, besonderer Aufmerksamkeit werth. Ueber den Nutzen der Naturlehre und Naturgeschichte im Allgemeinen gilt das so eben bey Gelegenheit der Physik Gesagte.

Drittes Kapitel.

Historische Hülfswissenschaften des Rechts- gelehrten.

§. 48.

Begriff und Eintheilung der Geschichte.

Jedem Menschen ist der Wunsch angeboren, von der Art und Weise, wie die Gegenwart das wurde, was sie ist, sich zu unterrichten. Dadurch wird schon von selbst der Blick von der Gegenwart auf die Vergangenheit zurückgelenkt und der Wunsch rege gemacht, nähere Kenntniss von letzterer zu erwerben. Das Mittel dazu ist das Studium der Geschichte. Die Geschichte nämlich betrachtet die Handlungen der Menschen in ihrer Verbindung mit den merkwürdigen Veränderungen, die sich seit längerer oder kürzerer Zeit auf dem Erdboden zugetragen und aus der Vergangenheit eine Menge uns näher liegender Erscheinungen herbeygeführt haben. Der Mittelpunkt der Geschichte ist also der Mensch; wenn gleich die Einwirkungen der Naturereignisse auch in der Geschichte berührt, und nach den durch sie entstandenen Veränderungen charakterisirt werden müssen. Es giebt aber eine doppelte Thätigkeit des Menschen; eine äussere, durch Handlungen, und eine innere, durch Ideen. Obgleich beyde Thätigkeiten in einer immerwährenden Wechselwirkung stehen, und keine ohne die andere richtig erklärt werden kann; so lässt sich doch in der geschichtlichen Darstellung merkwürdiger Ereignisse entweder die äussere oder die innere darauf einwirkende Thätigkeit des Menschen in den Vorgrund bringen. Je nach-

dem entweder das eine oder das andere geschieht, entsteht daraus eine politische oder nichtpolitische Geschichte. Die politische Geschichte ist wieder theils Universal-, theils Specialgeschichte. Die Universalgeschichte betrachtet entweder das Menschengeschlecht in seiner Entwicklung vom ersten Ursprunge an bis zu dem gegenwärtigen Standpunkte; — allgemeine Völkergeschichte — oder sie charakterisirt das Menschengeschlecht in einem gewissen Zeitraume — Geschichte der ältern, der mittlern, der neuern Zeit. Die Specialgeschichte behandelt die, auf ein einzelnes Volk und Land Bezug habenden merkwürdigen Ereignisse. Die nichtpolitische Geschichte, welche sich mit der innern Thätigkeit des Menschen beschäftigt, entwickelt den Stufengang der in jeder Periode vorherrschenden Ideen. Man nennt sie im Allgemeinen Kulturgeschichte, oder richtiger, philosophische Geschichte der Menschheit. In besonderer Beziehung erscheint sie als Geschichte der Wissenschaften. Als der interessanteste Theil der Kulturgeschichte gilt für den Juristen ohne Zweifel die Rechtsgeschichte; die jedoch wegen ihres Umfangs fast niemals als die Geschichte aller auf dem Erdboden oder auch nur unter den ausgezeichnetsten Völkern herrschenden Rechte behandelt wird, sondern sich auf die Geschichte der, einem besondern Volke eigenthümlichen Rechte beschränkt. Mit der Geschichte der Wissenschaften steht die Literaturgeschichte in genauer Verbindung, welche die Resultate derjenigen äussern Thätigkeit charakterisirt, welche die Hervorbringung neuer Ideen beabsichtigt. Sie verbindet deshalb gleichsam die beyden Haupttheile der Geschichte mit einander.

§. 49.

Universalgeschichte.

Die Aufgabe der Universalgeschichte, die Entwicklung des Menschengeschlechts von seinem ersten Ursprunge an bis zur Gegenwart aufzufassen, macht es nothwendig, dass bey universalhistorischen Darstellungen nur diejenigen Ereignisse festgehalten werden, in denen sich die Veränderungen des Grundcharakters der Menschheit am treuesten abspiegeln. Diess kann nur geschehen, sobald der Geschichtsschreiber pragmatisch verfährt, d. h. sobald er die Ursachen und Triebfedern der vorzüglichsten Begebenheiten genau untersucht, und ihre innige Verkettung mit der Folgezeit an den Tag legt. Durch diesen Pragmatismus unterscheidet sich der wahre Historiker von dem Chronikenschreiber, der die Begebenheiten der Zeitfolge nach ohne weitere Abwägung aufzählt. Dass der Pragmatismus ohne Enthüllung des subjectiven Urtheils nicht mit Freyheit geübt werden könne, leuchtet von selbst ein. Durch die reine Erzählung der Facta, ohne deren Beurtheilung, beraubt der Historiker sich selbst des, für den Nutzen der Geschichte wichtigen Vorrechts, seine Leser auf die Hauptpunkte der Begebenheiten aufmerksam zu machen, und zum Selbstdenken zu veranlassen. Der aus einer falschen Ansicht des Geschichtsschreibers vielleicht hervorgehende Nachtheil kommt gegen diesen Gewinn nicht in Betrachtung. Ob übrigens die Darstellung synchronistisch, durch Nebeneinanderstellung der gleichzeitigen Begebenheiten unter verschiedenen Völkern, oder ethnographisch, durch besondere Entwicklung der Geschichte jedes einzelnen Volkes von

seinem Ursprunge bis zu den neuesten Zeiten, oder bis zu seinem Untergange aufgefasst sey, diess wird im Ganzen, bey übriger Consequenz des Vortrags, zwar keinen bedeutenden Unterschied machen; jedoch ist nicht zu läugnen, dass die synchronistische Methode grosse Vorzüge vor der ethnographischen rücksichtlich der Universalgeschichte hat, sobald nur der Historiker die gleichzeitigen Völker nach einer gewissen, aus der Natur der jedesmaligen Begebenheiten in einer Hauptperiode fliessenden Rangordnung an einander reihet.

Kein Unbefangener wird wohl Anstand nehmen, das Urtheil über den Werth der sich unverholen aussprechenden subjectiven Ansicht des Geschichtschreibers zu vertheidigen, welches der Recensent von Manso's Gesch. des ostgothischen Reichs in der Leipz. Litt. Zeitung (1826. No. 39.) beyläufig abgegeben hat: „Geschichtschreiber mit einer bestimmten Eigenthümlichkeit, die empfänglich für alles Gute und Schöne ist, sollten nie dieselbe geflissentlich zurückdrängen; sie würden noch weit anziehender schreiben, wenn sie sich, offen gesagt, mehr gehen, und ihrem lebhaften Geiste mehr Spielraum liessen. Verlangen wir doch keine Geschichte ohne Persönlichkeit des Gebers, die, erscheint er nicht theilnehmend, uns kalt lässt. Die Alten schweben hier vor; sie sprechen für diese Ansicht, und wir fühlen mit ihnen, wir gewinnen sie lieb, weil sie uns zu sich hinauf ziehen.“

§. 50.

Geschichte der älteren Zeit.

Die Auffassung des Menschengeschlechts während der ersten uns bekannten Zeit seines Waltens auf der Erde hat einen so unwiderstehlichen Reiz für jeden gut

organisirten Kopf, dass der Werth dieser Erkenntniss keiner weitem Auseinandersetzung bedarf. Der Stützpunkt derselben ist in einer richtigen Ansicht von der Einfachheit des Menschengeschlechts im Kindesalter zu suchen. Sobald wir nämlich diese Einfachheit als die Bewahrerin der für die Folgezeit nothwendigen Kraft anerkennen, wird uns nie der richtige Maasstab für die Beurtheilung des Alterthums fehlen. Der Grundcharakter dieser älteren Zeit ist das isolirte Verhältniss der einzelnen Nationen. Der Anfang zu ihrer nähern Verbindung ward durch die grosse Völkerwanderung (seit 450) gemacht. Daher schliesst sich mit dem Eintritte dieses welthistorischen Ereignisses die Geschichte der ältern Zeit.

§. 51.

Geschichte der mittlern Zeit.

Die, aus dem Durcheinanderdrängen der Nationen allmählig hervorgehende Abrundung ihrer scharf normirten Individualität, und die Vorbereitung der Geister auf eine weltbürgerliche Thätigkeit erscheinen als faktische Resultate der Entwicklungsperiode des Mittelalters, das übrigens als eine höchst unruhige Zeit die frühere Kultur unmöglich sich bewahren konnte, sondern die Folgen der leidenschaftlichen Rohheit im Sittenverfall empfinden musste. Die allgemeine Gährung unter den Völkern jener Zeit verstattete der offenen Gewalt den freyesten Spielraum; selbst die christliche Religion vermochte sich ihren Einfluss auf die Fortbildung der Menschheit nur dadurch zu sichern, dass sie, kraft des kühn begründeten Instituts der Hierarchie, eine allgemeine Weltherrschaft usurpirte.

Das Studium der Geschichte des Mittelalters ist zwar mit eigenthümlichen Schwierigkeiten verbunden, hat aber nicht nur wegen des geistigen Genusses, der mit der nähern Betrachtung seiner energischen Kraft verbunden ist, und sich als wahrer Gewinn äussert, allgemeines Interesse, sondern ist auch namentlich dem Juristen deshalb dringend zu empfehlen, weil es allein zur nähern Kenntniss so vieler, noch jetzt juristisch wichtigen Institute führt, die der damaligen Zeit ihren Ursprung verdanken.

§. 52.

Geschichte der neuern Zeit.

Die Geschichte der neuern Zeit, als deren passender Anfangspunkt sich die Entdeckung von Amerika (1495) darbietet, hat das immer regsamer hervortretende Leben der Völker vorzüglich insofern zu entwickeln, als es, vermöge seiner religiös-politischen Tendenz, immer mehr in Allgemeinheit überging. Denn obgleich seit jener Zeit vorzugsweise Europa der Sammelplatz welthistorischer Ereignisse ist, so greift doch die Geschichte dieses Welttheils deshalb auch in die Ereignisse der aussereuropäischen Staaten ein, weil diese, in Folge mannfaltiger Handels- und Colonialverbindungen, ihren Einfluss auf das Gleichgewicht der Hauptstaaten Europa's, im Fortgange der Zeit immer stärker und eigenthümlicher geltend machten. Dieses Gleichgewicht nämlich ist die politische Idee, für deren Verwirklichung die Kräfte der Staaten in neuerer Zeit vorzüglich in Bewegung gesetzt worden sind. Daher bildet sie auch mit Recht den Vereinigungspunkt für die Ansichten, nach denen eine consequente

Darstellung der neuern Geschichte entwickelt werden muss.

§. 53.

Specialgeschichte. Römische und deutsche Geschichte.

Die, durch die Universalgeschichte gewonnene Uebersicht über das Leben und Wirken der Völker bedarf einer Befestigung durch die Specialgeschichte; weil die Individualität der ausgezeichnetern Völker nur für sich allein betrachtet in ihrer Bedeutsamkeit für wissenschaftliche Kultur und Vervollkommnung richtig erkannt werden kann. Unter den ältern Nationen verdienen, rücksichtlich des juristischen Interesses, namentlich die Römer, wegen ihrer politisch und wissenschaftlich behaupteten Weltherrschaft sowohl, als wegen der römischen Grundlagen unsrer vorzüglichsten juristischen Institute diese besondere Aufmerksamkeit. Im Bezug auf die neuere Zeit aber eignet sich die Geschichte Deutschlands, des Herzens von Europa, vorzugsweise für specielle Auffassung. Auch juristisch ist sie interessant, weil die Rechtsideen der deutschen Völker, die durch ganz Europa sich verbreitet haben, nur mittelst genauer Kenntniss des deutschen Nationalgeistes richtig gewürdigt werden können, und weil dieser Nationalgeist selbst durch das ganze Gebiet der deutschen Geschichte mit solcher Kraft und Gediegenheit waltet, dass seine nähere Anschauung zu dem, allen Juristen so wünschenswerthen, thatkräftigen Patriotismus ganz vorzüglich ermuthiget.

§. 54.

Provinzialgeschichte. Sächsische Geschichte.

Die Garantie für ein erfolgreiches Geschäftsleben wird nur durch eine gewisse Sicherheit in der Erfüllung der besondern Berufspflichten geleistet, für welche selbst Gelehrsamkeit keinen genügenden Ersatz darbietet. Erreicht wird sie allein durch eine genaue Erwägung der Umstände, aus denen sich die Individualität des, durch den jedesmaligen Beruf bedingten bürgerlichen Wirkungskreises faktisch entwickelte. Aus diesen, von der Erfahrung bestätigten Gründen ist das einzige Mittel dazu das Studium der Provinzialgeschichte. Nehmen wir auf deutsche Provinzialgeschichte Rücksicht, so verdient in dieser Beziehung unter allen Territorien Deutschlands — auch abgesehen von dem besondern vaterländischen Interesse — Sachsen unsere vorzüglichste Aufmerksamkeit. Der ausgezeichnete wissenschaftliche Standpunkt Sachsens enthält den vorzüglichsten Grund der allgemeinen Wichtigkeit seiner Geschichte. In besonderer Beziehung aber kann wegen der alterthümlichen, nur auf historischem Wege erklärbaren Grundlagen der sächsischen Rechtsinstitute, deren Wirksamkeit weit über die Landesgränzen hinausgeht, kein sächsischer, oder in Sachsens Nähe thätiger Jurist; der die obenerwähnte Sicherheit in seinen Berufsgeschäften als etwas wesentlich Nothwendiges anerkennt, der genauern Bekanntschaft mit der sächsischen Geschichte entbehren.

§. 55.

Kulturgeschichte. Rechtsgeschichte.

Die allmähliche, im Fortgange der Zeiten vielfach

modificirte Ausbildung des menschlichen Geistes muss durchaus von dem, der, wie der Jurist, wegen seines vielbewegten Wirkens unter Menschen verschiedener Art, ohne Kenntniss der menschlichen Natur nicht vollständig wirken kann, besonderer Aufmerksamkeit gewürdigt werden. Diess geschieht durch das Studium der Kulturgeschichte. Wegen ihres grossen Umfangs lässt sich dieselbe nur nach ihren allgemeineren Beziehungen vollständig auffassen. Die genauere Beschäftigung damit kann, wo sie nicht Hauptgeschäft des Lebens ist, blos partiell seyn. Für den Juristen hat namentlich derjenige Theil besonderes Interesse, welcher sich mit der Entstehung und Fortbildung der Rechtsideen unter den Völkern beschäftigt; also die sogenannte Rechtsgeschichte. Auch sie kann, wie schon §. 48. bemerkt wurde, nur speciell, im Bezug auf ein besonderes Volk und Land aufgefasst werden. Die Grundlage für eine systematische Rechtsgeschichte ist die beständige Rücksicht auf die, aus der Nothwendigkeit hervorgegangene Bildung des Staates und seiner Regierung, deren Principien, als Gesetze unter einen Begriff gebracht, das Recht des Staates bilden. Hieraus ergiebt sich der Begriff der Rechtsgeschichte. Sie ist nämlich die Erörterung der Veränderungen und Umgestaltungen, welche das Recht im Staate, d. h. die, vom Staatsoberhaupt als solchem bestimmten Vorschriften für die Handlungsweise der Staatsbürger, theils durch die äussern Verhältnisse des Staates an sich, theils durch die geistige Fortbildung der Staatsbürger und die dadurch umgeschaffenen Sitten, bis zu einem gewissen Zeitpunkte erfahren hat. Es leuchtet aus dieser Definition von selbst ein, dass eine vollkommene Rechts-

geschichte die Entwicklung der Rechtsideen aus den politischen Ereignissen vorzüglich berücksichtigen muss; wie denn überhaupt die Kulturgeschichte nur dadurch einen festen Charakter erhält, dass sie die Beweise für ihre Behauptungen aus der Individualität der, auf die Geisteskultur einwirkenden politischen Erscheinungen entlehnt.

Viertes Kapitel.

Philosophische Hilfswissenschaften des Rechtsgelehrten.

§. 56.

Begriff und Eintheilung der Philosophie.

Die Philosophie ist der Inbegriff der Vernunftwahrheiten, welche, aus dem Selbstbewusstseyn abgeleitet, die Grundlage für alles menschliche Wissen und Handeln enthalten. Diese Ansicht weicht bedeutend ab von der gewöhnlichen Erklärung der neuern Philosophen: die Philosophie sey die Wissenschaft von den ersten Gründen alles unseres Wissens. Und zwar darum, weil 1) bey der letztern Erklärung der Aufschluss der Philosophie über das menschliche Handeln unberührt bleibt, und 2) die Behauptung, die Philosophie entdecke wirklich die ersten Gründe des menschlichen Wissens zu apodictisch ist; denn der menschliche Geist ist gar nicht fähig, diese ersten Gründe unzweifelhaft auseinanderzusetzen. Aus der oben angegebenen Definition fließt die Bestimmung des Entzwecks der Philosophie.

Diesem nach soll die Philosophie den Menschen und die Aussenwelt in ihren gegenseitigen Verhältnissen zu einander darstellen und erkennen lehren. Ihrer Einteilung nach erscheint uns die Philosophie theils als theoretische, theils als praktische Philosophie. Die theoretische Philosophie sucht das erwähnte gegenseitige Verhältniss zwischen dem Menschen und der Aussenwelt aus der eigenthümlichen Natur des menschlichen Verstandes zu erklären; die praktische Philosophie hingegen sucht die Rückwirkungen jenes Verhältnisses auf den menschlichen Willen zu bestimmen, und zugleich die Richtung anzugeben, welche der Wille des Menschen, als eines vernünftig-sinnlichen Wesens, bey seiner Thätigkeit in den verschiedenen Lebensverhältnissen zur Sicherung der Menschenwürde erhalten muss. Verbunden sind beyde Theile insofern mit einander, als erst aus der Erläuterung der Natur der Verstandeskräfte die Mittel erkannt werden können, welche geeignet sind, dem Verstande die für die Erhaltung der Menschenwürde nothwendige Herrschaft über den Willen zu verschaffen.

§. 57.

Bemerkungen über die theoretisch-philosophischen Wissenschaften.

Die Aufgabe der theoretischen Philosophie, das Verhältniss des Menschen zur Aussenwelt aus der eigenthümlichen Beschaffenheit des menschlichen Denk- und Erkenntnissvermögens zu erklären, macht eine nähere Betrachtung dieses Denk- und Erkenntnissvermögens nothwendig. Beyde Vermögen sind von einander verschieden; deshalb zerfällt die theoretische Philosophie in zwey Theile, deren erster, un-

ter dem Namen der Logik sich mit dem Denkvermögen beschäftigt, während der zweyte, unter dem Namen Metaphysik, das Erkenntnissvermögen zergliedert. Die Logik beschäftigt sich zunächst mit den Gesetzen des Denkens; um diese genau auffassen zu können, werden sie nach den sogenannten drey Wirkungen des menschlichen Verstandes zergliedert. Wir betrachten nämlich unsere Gedanken theils als Begriffe, insofern wir uns Vorstellungen vergegenwärtigen, theils als Urtheile, inwiefern wir verschiedene Vorstellungen unter einander vergleichen, theils endlich als Schlüsse, insofern wir wieder eine Vergleichung verschiedener Urtheile anstellen, um aus denselben neue Sätze herzuleiten. Da jede geistige Wirksamkeit abhängt von der Klarheit der Vorstellungen, so liegt es am Tage, wie wichtig die Logik, die man auch Analysis des Verstandes genannt hat, für den Rechtsgelehrten ist. Der zweyte Theil der theoretischen Philosophie oder die Metaphysik beschäftigt sich mit dem Erkenntnissvermögen; hierbey kommt es zunächst darauf an, die Aeusserungen dieses Vermögens nach den Hauptgegenständen der Erkenntniss zu klassificiren. Deshalb theilt man die Metaphysik in die Ontologie, oder die Lehre von der Natur und Wirklichkeit der Dinge überhaupt, in die Pneumatologie oder die Lehre von der Natur des denkenden Wesens in uns und in die natürliche Theologie, oder die Lehre von einem höheren Wesen, als dem Urheber der äussern Erscheinungen sowohl als des denkenden Geistes in uns. Man nennt diese Wissenschaften zusammen genommen die kontemplative Metaphysik, und pflegt ihr die sogenannte kritische Metaphysik vorauszu-

schicken, welche sich mit der Untersuchung und Prüfung der geistigen Kräfte im Allgemeinen beschäftigen.

§. 58.

Bemerkungen über die praktisch-philosophischen Wissenschaften.

Die praktische Philosophie hat sich mit den Bedingungen zu beschäftigen, unter welchen die Thätigkeit des Menschen durch die Willensbestimmung eine, seiner Würde gemässe Richtung erhalten kann. Diese Bedingungen beruhen aber sowohl auf der vernünftigen, als auf der sinnlichen Existenz des Menschen. Aus dem Gesichtspunkte der vernünftigen Existenz betrachtet concentriren sie sich in dem Begriffe der innern Freyheit, welche aus dem, nach Gründen der Vernunft sich selbst bestimmenden Willen hervorgeht. Die dahin gehörigen Grundsätze bilden zusammen genommen das Gebiet der Moral. Denn die Moral ist eben die Lehre von den Vernunftgründen, die den Willen bestimmen sollen (§. 7.). Sie beschäftigt sich theils mit der Beantwortung der Frage, ob sich überhaupt eine innere Freyheit des Menschen nach seiner Natur und seinem Verhältnisse zu den Aussendingen als möglich denken lasse? — diess hat Kant die Metaphysik der Sitten genannt — theils mit der Darstellung der, aus der Existenz der innern Freyheit des Menschen für ihn fliessenden Verbindlichkeiten — diess ist die eigenthümliche Pflichtenlehre. In beyderley Beziehung ist stets darauf Rücksicht zu nehmen, dass sich nur eine bedingte innere Freyheit nachweisen lässt. Aus dem Gesichtspunkte der sinnlichen Existenz betrachtet,

concentriren sich die Bedingungen für die würdige Richtung des menschlichen Willens in der äusseren Freyheit, welche nur durch den Staat gesichert werden kann (§. 3.), weil nicht alle Menschen sich innere Freyheit genug erworben haben, um ihre Thätigkeit nach Aussen hin dem Vernunftgesetze stets zu unterwerfen. Die auf die äussere Freyheit des Menschen, und auf die nothwendige Beschränkung derselben durch die Staatsgesellschaft Bezug habenden Grundsätze bilden das Gebiet der philosophischen Rechtslehre, oder des sogenannten Naturrechts. Ueber die Natur desselben und sein Verhältniss zum positiven Rechte ist schon oben §. 8. und 9. das Nöthige bemerkt worden. Als Theil der praktischen Philosophie betrachtet, hat die philosophische Rechtslehre besonders die Vernunftgemässheit der Principien zu untersuchen, auf welchen die faktisch nothwendige Beschränkung der äussern Freyheit des Menschen durch das Staatsverhältniss beruht. Das Verhältniss dieser Principien zu der sinnlichen Natur des Menschen giebt den praktischen Maasstab für die Resultate dieser Untersuchung ab; die Resultate selbst aber bilden den Stoff für die folgerechten Gesetze der philosophen Rechtslehre. Es leuchtet hieraus ein, wie wahr die Behauptung sey, dass sich die Rechtslehre auf Moralprincipien stütze (§. 7.); wie wesentlich also diejenigen irren, welche eine Trennung des Rechtsprinzips von dem Moralprincipe in soweit behaupten, als sie die Berücksichtigung der Moral in Bezug auf das Rechtsgebiet für ganz unstatthaft erklären.

§. 59.

Bemerkungen über den Einfluss der sinnlichen Wahrnehmung auf die Grundsätze der Philosophie.

Es ist wohl noch niemals im Ernst geläugnet worden, dass die innere Empfindung, mittelst welcher wir unsere Begriffe erhalten, durch die äussere sinnliche Wahrnehmung hervorgebracht wird. Daher ist die Wichtigkeit des Einflusses der sinnlichen Wahrnehmung auf die Grundsätze der Philosophie an und für sich unbestreitbar. Allerdings wird die Allgemeinheit der Entstehung unsrer ersten Begriffe aus der sinnlichen Wahrnehmung von den Kantischen Philosophen insofern bestritten, als sie das Daseyn solcher Begriffe behaupten, die nicht aus einer, auf die sinnliche Wahrnehmung gegründeten innern Empfindung hervorgegangen sind. Diese Philosophen theilen daher auch die Begriffe in empirische und reine. Unter empirischen Begriffen verstehen sie diejenigen, welche Merkmale enthalten, die sich äusserlich oder innerlich empfinden lassen; reine Begriffe aber nennen sie diejenigen, welche nichts Empfindbares enthalten und nicht aus der Erfahrung hergeleitet sind. Allein bey genauerem Nachdenken zeigt es sich deutlich, dass die Annahme solcher reinen Begriffe auf einer Selbsttäuschung beruht; dass sich *a priori* in uns selbst keine Begriffe bilden können, und dass folglich die sinnliche Wahrnehmung und innere Empfindung die allgemeinen Grundlagen unserer Begriffe, und demnach von höchster Wichtigkeit sind. Um uns vor einer solchen, oft dem vorgefassten System zu Liebe in dieser Qualität nicht anerkannten Selbsttäuschung zu bewahren, müssen wir

uns so zeitig als möglich mit der Einwirkung unsrer Sinne auf den Geist genau bekannt zu machen suchen. Dies geschieht, indem wir die Kräfte untersuchen und prüfen, welche dem Menschen zur Erkenntniss gegeben worden sind. Denn dadurch, dass wir hier die Sinne selbst als die zunächst liegenden Kräfte zur Erkenntniss anerkennen müssen, werden wir auch genöthigt, den direkten Einfluss derselben auf alle Geistesoperationen — also auch auf das Denken — zuzugestehen. Bloss die Sucht, die Grenzen des gesunden Menschenverstandes in zügelloser Speculation zu überschreiten, welche aus der irrigen Idee von der gänzlichen Ungebundenheit des menschlichen Geistes hervorging, konnte neuere Philosophen dazu verleiten, das Daseyn jener sogenannten reinen — von aller Empfindung und Wahrnehmung unabhängigen — Begriffe zu behaupten. Ist nun aber die allgemeine Grundlage unsrer Begriffe wirklich und jedenfalls in der, auf sinnlicher Wahrnehmung beruhenden innern Empfindung zu suchen, so ist es auch nothwendig, die niedere oder kritische Metaphysik, das heisst, die Lehre von den Erkenntnisskräften des Menschen und ihren Aeusserungen, als die, der Logik vorauszusendende, Grundlage aller Philosophie zu behandeln. Diese niedere Metaphysik muss daher von der höhern oder kontemplativen getrennt werden. Sie ist es eigentlich, welche die wahre Fundamentalphilosophie liefert. Die Elemente dieser allgemeinen Lehre von den Erkenntnisskräften dürften vielleicht nach diesen Ansichten eine mehr physiologische als psychologische Natur annehmen und diess würde wenigstens der Deutlichkeit der darauf gebauten Philosophie zuträglich seyn. Die An

näherung an die materialistische Philosophie wäre deshalb noch nicht zu befürchten; denn der Einfluss der sinnlichen Wahrnehmung auf alle Geistesoperationen, lässt sich auch ohne Nachtheil für die Würde des, den Endpunkt aller Philosophie bildenden moralischen Bewusstseyns, und die darauf sich stützende, dem Materialismus entgegenstehende Realität der Willensfreyheit recht gut vertheidigen.

1. Der Einfluss der skeptischen Philosophie hat sich seit Hume's und Berkeley's Auftreten besonders in dem Eifer ausgesprochen, womit die Evidenz der sinnlichen Wahrnehmung bekämpft worden ist. Dass aber auch diese philosophische Tendenz nur eine Wiederholung älterer Ideen ist, dafür liefert das, was Cicero im vierten Buche seiner *Quaest. Acad.* über den Einfluss der Sinne auf die Urtheilskraft gesagt hat, den besten Beweiss. Zugleich sprechen sich die Hauptstellen dieser Abhandlung sehr kräftig gegen die hier zu berücksichtigenden Demonstrationen der Skeptiker aus. So heisst es unter andern daselbst: *Qui omnem sensibus denegant fidem, in Deos vel contumeliosissimi existunt; quasi rebus intelligendis vel dispensandis fallaces ac mendaces internuntios praefecerint.* Unter den Neuern hat über diesen Punkt besonders Jacob Beattie in seinem herrlichen Werke über die Natur und Unveränderlichkeit der Wahrheit (Seite 49 sqq. der deutschen Uebersetzung v. 1772.) viele vortreffliche Bemerkungen niedergelegt.

2. Fast allgemein wird geglaubt, Kant habe die, in sein ganzes System verflochtene Terminologie des *a priori* und *a posteriori* zuerst auf die Metaphysik angewendet; ja es hat Kantianer gegeben, die das Hauptverdienst ihres Meisters in diese Di-

stinction setzten. Und doch findet sie sich schon in einigen, vor Kants Kritik der reinen Vernunft, wo er sich ihrer zuerst bediente, erschienenen Schriften in derselben Beziehung; unter andern in dem, auch jetzt noch lesenswerthen Werke von Justus Christian Hennings: Geschichte von den Seelen der Menschen und Thiere. Halle 1774. 8. Seite 202 und ff. Sollte diess nicht auch für den Satz zeugen, dass keineswegs so viel wahrhaft Neues im Kantischen System enthalten sey, als seine Anhänger darin gefunden haben? Dann hätte vielleicht der verehrungswürdige Garve Recht, welcher einst an Weisse schrieb: „Ich bewundere viel in dem so fein und mühsam zusammengeketteten Kantischen Systeme, ich vergnüge mich zuweilen daran; aber (nur ganz unter uns gesagt) ich lerne wenig daraus. Es scheint mir eine neue, sehr künstliche Sprache, eine Art Hieroglyphen zu seyn, in welche man anderswoher erworbene Kenntnisse einkleidet, indess man sich und andere bereden will, dass man sie erst durch diese Hieroglyphen gefunden habe.“ (S. Garve's Briefe an Weisse und einige andere Freunde. Bresslau 1803. 8. Bd. 1. S. 259.)

Zweytes Buch.

Methodologie der Rechtswissenschaft.

Erstes Kapitel.

Allgemeine Grundsätze.

§. 60.

Gesichtspunkte für die nähere Betrachtung der Methodologie überhaupt.

Die Anleitung zum geordneten Studium einer Wissenschaft, oder die Methodologie derselben, lässt sich, nach der verschiedenartigen Absicht dieses Studiums aus einem objectiven und einem subjectiven Gesichtspunkte betrachten. Objectiv genommen, ist die Absicht des Studiums rein wissenschaftlich, und geht bloß auf wahre, gründliche und vollständige Erkenntniss an sich, und deren allgemeine Anwendung für das Leben; subjectiv aber betrachtet, hängt diese Absicht von der besondern Anwendung ab, welche ein Individuum von der fraglichen Wissenschaft zu machen gedenkt. Um einen richtigen Centralpunkt der Thätigkeit zu bekommen, ist es durchaus nothwendig, sich der subjectiven Absicht des Studiums deutlich bewusst zu werden. Freylich aber darf die objective Absicht deshalb niemals aufgeopfert werden. Wer diess thäte, würde nur geistloser Beschränktheit huldigen.

§. 61.

Folgerungen aus dem Vorhergehenden mit Rücksicht auf die Rechtswissenschaft.

Die Grundsätze der Methodologie nehmen natürlich eine doppelte Richtung, jenachdem sie sich auf die objective oder subjective Absicht des Studiums beziehen; weil die letztere Absicht immer grössere oder geringere Modifikationen hervorbringt. Doch ist es durchaus rathsam, die objective Beziehung bey den methodologischen Regeln zunächst im Auge zu haben; da keiner von denen, für welche sie gegeben werden, seine künftige Stellung im Staate mit völliger Bestimmtheit vorauswissen kann, und, wenn wir hier auf das juristische Studium besonders Rücksicht nehmen, der Jurist vorzüglich bereit seyn muss, in den verschiedensten Fächern zu arbeiten. Deshalb wird auch mit Recht die allgemeine Brauchbarkeit zum juristischen Geschäftsmanne als der Hauptmaassstab für eine wohlbenutzte juristische Studirzeit angesehen. Ueberdiess giebt das Bewusstseyn selbst, etwas mehr gelernt zu haben, als gerade für das besondere Geschäft durchaus nothwendig ist, uns erst die wohlthätige Herrschaft über jede specielle Aeusserung unsrer Thätigkeit in die Hände.

§. 62.

Zwey Hauptregeln für das juristische Studium.

Da, wie aus dem bisher Gesagten einleuchtet, die allgemeine Erkenntniss der Rechtswissenschaft und ihre Anwendung im Leben überhaupt zunächst festgehalten werden muss, so ergeben sich für das juristische Studium folgende zwey Grundregeln: 1) die Rechte müs-

sen ihrer heutigen Anwendung wegen studirt werden und 2) man muss die Rechte gründlich studiren, also die Ursachen derselben bis zu den Gränzen des menschlichen Wissens hinauf verfolgen und erforschen lernen; um über ihre Gültigkeit und Anwendbarkeit ein durchdachtes Urtheil abgeben zu können. Dieses Urtheil ist nicht nur für den theoretischen Standpunkt wichtig, sondern auch für die Praxis; denn die Anwendung der Rechte auf das Leben bleibt unsicher, so lange der Praktiker nicht im Stande ist, über die Gültigkeit und Anwendbarkeit derselben sich selbst und andern stets Rechenschaft abzulegen: diese Fähigkeit aber lässt sich nur durch genaues Studium der Grundlagen des Rechtes erwerben.

Zweytes Kapitel.

Gesetze für die Anordnung des juristischen Studiums.

§. 63.

Bestimmung der nothwendigen Vorkenntnisse.

Die Zwecke des juristischen Studiums können nach den dafür eben angegebenen Grundregeln ohne besondern Plan durchaus nicht erreicht werden; die richtige Anordnung dieses Planes aber macht mehrere Forderungen nothwendig. Folgende ist hier zuerst zu erwähnen: Die allgemeinen wissenschaftlichen Vorkenntnisse muss der angehende Rechtsgelehrte jedenfalls zum Studium seiner Wissenschaft mitbringen. Wir nehmen

immer nur auf das wirklich Nothwendige Rücksicht, wenn wir unter diesen Vorkenntnissen verstehen:

1) Wissenschaftliche Kenntniss der deutschen und lateinischen, sowie der griechischen Sprache. 2) Bekanntschaft mit der allgemeinen Geschichte und Geographie. 3) Kenntniss des Alterthums durch die Lektüre der vorzüglichsten klassischen Schriftsteller; Homer, Herodot, Xenophon und Plato unter den Griechen, und Cicero, Tacitus, Livius und Quinctilinn, so wie Virgil, Ovid und Horaz unter den Lateinern. 4) Einige Kenntniss der ersten Principien der Mathematik, der Physik und der Logik. Dieser Bereich von Kenntnissen umfasst das Minimum der, zur Vorbereitung auf das akademisch-juristische Studium erforderlichen geistigen Bildung. Wird das hier Verlangte von einem angehenden Zöglinge der Rechtswissenschaft nicht geleistet, so fehlt ihm die geistige Empfänglichkeit für die complicirten juristischen Wissenschaften. Entweder schrecken ihn dann schon die ersten Schritte auf der neuen Bahn ganz von derselben zurück, oder er fängt wenigstens bald an, die Jurisprudenz bloß als Brodwissenschaft zu betrachten und zu behandeln; so dass endlich alle seine geistige Wärme, und mit ihr die schönste Thatkraft in der Kälte des mechanisch angelernten Systems untergeht.

§. 64.

Bestimmungen über die Rangordnung der akademischen Vorlesungen.

Sobald als mit Hülfe der erlangten Vorkenntnisse das juristische Studium wirklich begonnen wird, bieten sich dafür auch sogleich zwey Mittel dar, durch deren

geschickte Vereinigung die Erreichung eines erfreulichen Zieles möglich wird: das Besuchen der akademischen Vorlesungen und das Privatstudium. Im Bezug auf die akademischen Vorlesungen schliesst sich an die Voraussetzung der vorhin schon bestimmten wissenschaftlichen Vorkenntnisse die Forderung an: dass kein Haupttheil der Jurisprudenz früher gehört werde, als die Vorwissenschaften dazu, welche die Erkenntnissgründe für den Haupttheil enthalten. Also muss z. B. das philosophische Criminalrecht nicht erst nach dem positiven, sondern vor demselben gehört werden. Ebenso wird billig verlangt, dass die Erläuterungswissenschaften erst nach den Hauptwissenschaften, mit welchen sie verbunden sind, gehört werden. Demnach wird z. B. das sächs. Privatrecht billig erst nach dem deutschen Privatrechte gehört. Noch speciellere Vorschriften über diesen Punkt lassen sich jedoch nicht ertheilen, weil die verschiedenartige Gestaltung des akademischen Vortrags im Bezug auf den Inbegriff und die Anordnung der Materie, hierüber allein die besten Winke und Belehrungen ertheilen kann.

§. 65.

F o r t s e t z u n g.

Da die theoretischen Rechtswissenschaften als Darstellungen des juristischen Dogmatismus die Erkenntnissgründe für die Vorschriften der praktischen enthalten, (§. 11.) so leuchtet die Forderung ein, dass die theoretischen Rechtswissenschaften vor den praktischen gehört werden; z. B. das Civilrecht vor dem Civilprocess. Auch gilt diess in Bezug auf einzelne Theile ganzer Hauptwissenschaften. So muss z. B. das römische

Civilrecht vor dem deutschen Civilrechte gehört werden. Je zusammengesetzter ein praktischer Rechtstheil ist, desto mehrere theoretische Wissenschaften müssen aufgefasst worden seyn, ehe sich der Studirende mit voller Kraft zu ihm wenden kann. Das sogenannte Relatorium zum Beyspiel, oder die Vorlesung über die Kunst, aus gerichtlichen Akten einen regelmässigen Vortrag zu machen, um durch ihn die damit zu verbindende Entscheidung über eine Streitfrage vorzubereiten (§. 36.), darf niemals früher gehört werden, als bis nicht nur das Civil- und Criminalrecht, und der Civil- und Criminalprocess, sondern auch das deutsche Privatrecht, das Lehnrecht und das Kirchenrecht aufgefasst worden sind. Daher werden die Vorlesungen über die Referrirkunst mit Recht erst gegen das Ende der akademischen Laufbahn besucht.

§. 66.

Privatstudium auf der Universität.

Wie wir §. 64. sahen, giebt es ausser dem Besuche der akademischen Vorlesungen noch ein Mittel zur wissenschaftlichen Auffassung der Rechtsgelehrsamkeit, welches mit jenem nothwendig verbunden werden muss: das Privatstudium. Der wahre Werth der akademischen, so oft unrecht verstandenen Freyheit, und ihr Unterschied von dem vorhergegangenen Schulzwange beruht darauf, dass die Anordnung des akademischen Privatstudiums der Individualität eines jeden Studirenden ganz überlassen bleibt. Es ist nicht mehr der Knabe, welcher auf einem genau abgegränzten Wege vorschriftsmässig einherschreitet; der Jüngling, welcher die Akademie bezieht, muss durch die bisherige

Leitung so viel geistige Stärke erlangt haben, dass er die Winke, welche ihm der akademische Lehrer über die Einrichtung seines Studiums im Allgemeinen ertheilt, zu benutzen, und für sich selbst weiter auszuführen versteht. Begleitend und nachfolgend wird er, der Richtung und Ausbildung seines Geistes gemäss, das Privatstudium an die allmähliche Auffassung der Rechtstheile in den Vorlesungen sich anknüpfen lassen. Er wird auch dieses Privatstudium nicht ängstlich und gleichsam portionenweise den einzelnen Zeitabschnitten zumessen, sondern sich vielmehr von Zeit zu Zeit etwas grössere Ruhe gönnen, damit der Geist sich selbst wieder gewinnen könne, und sodann mit erneueter Kraft ohne Ueberdruß das Doppelte leisten. Natürlich muss eine vernünftige Eintheilung der Zeit dabey zu Folge des: *Dic, cur hic?* immer Statt finden. Aber sie darf niemals abgezirkelt seyn. Daher ist es auch unnöthig, dass der akademische Lehrer bey Angabe des Studienplanes auf das Privatstudium in seinen einzelnen Theilen Rücksicht nehme. Allgemeine Andeutungen hierüber schliessen sich jedoch zweckmässig an die genaue Erörterung des Studienplanes an und werden mit ihr in ein Ganzes verbunden. Denn das akademische Privatstudium muss ohnediess, wenigstens in der ersten Zeit, der Wiederschein dessen seyn, was in den Vorlesungen gehört worden ist. Nur durch das Privatstudium verwandelt der Studirende die gehörten Vorträge in sein Eigenthum, und wird einheimisch in den Gebieten der Wissenschaft. Und diess ist nicht nur heilsam, sondern sogar nothwendig zur wirksamen Anwendung der Wissenschaft auf das Leben selbst; unter dessen vielgestaltigen Ereignissen, so wie sie be-

sonders den Juristen näher angehen, nur ein fester praktischer Takt aufrecht erhält. Die Beantwortung der Frage: ob des Privatstudium Vorzüge habe vor dem Besuche der akademischen Vorlesungen, muss mit Hinweisung auf das bekannte: *Viva vox docet* im Ganzen zum Nachtheile des Privatstudiums beantwortet werden. Namentlich wird bey einem Studirenden, der blos durch Privatstudium seine Ausbildung zu bewirken sucht, Einseitigkeit und Sonderbarkeit nur zu leicht sich festsetzen. Das gemeinsame Vernehmen eines und desselben Vortrags wird dagegen den, nie genug zu empfehlenden Ideenaustausch befördern, und die lebendige Erinnerung daran wird manchen neuen Gedanken erwecken. Ohne diese Anregung zieht sich der Geist zu sehr in sich selbst zurück, verliert gleichsam seine Elasticität, bleibt selbst mit den Kräften, die in ihm schlummern, ganz unbekannt, und leistet nicht das, was er seiner Anlage nach leisten könnte, und der höhern Verpflichtung gemäss, leisten soll.

Drittes Kapitel.

Entwurf eines akademischen Studienplanes.

§. 77.

Erstes Halbjahr.

Die Aufgabe für das erste Halbjahr ist es, einen Ueberblick über das ganze Gebiet der Rechtswissenschaft zu gewinnen und das römische Recht, als die Grundlage unseres gesammten *juris positivi*, in seiner

rein-nationellen Individualität aufzufassen. Nächst dem ist es nothwendig, sich die Erscheinungen der Gegenwart und Vergangenheit sowohl als die nähern Umgebungen im Leben im Allgemeinen zu vergegenwärtigen, um gleich jetzt einen festen Standpunkt zu gewinnen. Hieraus folgt für das erste Halbjahr nachstehende Studienordnung:

I. Hauptwissenschaften.

- 1) Encyclopädie und Methodologie der Rechtswissenschaft.
- 2) Institutionen des römischen Rechts.

II. Hülfswissenschaften.

- 1) Universalgeschichte.
- 2) Mathematik und Physik.

§. 68.

Zweytes Halbjahr.

Nach der Auffassung der ersten Elemente des römischen Rechts, ist es nothwendig, sich mit der Entstehung und Fortbildung dieses Rechts bekannt zu machen. Dogmatische Bekanntschaft muss jedoch dem historischen Studium derselben deshalb vorausgehen, weil ausserdem der pragmatische Zusammenhang und die Einheit dieses letztern durch eine Menge Erläuterungen gestört werden würde, die für den, mit dem römischen Rechte noch ganz Unbekannten unentbehrlich wären. Die specielle Dogmatik des römischen Rechts, welche jetzt an die ersten Elemente angeknüpft werden muss, wird auf der historischen Basis desto sicherer ruhen. Da übrigens die dogmatische Fortbildung des römischen Rechts bis zu unserer Zeit ohne

Kenntniss der Staatsverhältnisse nicht richtig begriffen werden kann, und nächst dem die Bekanntschaft mit dem Verhältnisse zwischen der Aussenwelt und dem menschlichen Geiste so zeitig wie möglich erworben werden muss, so verlangt das zweyte Halbjahr schon das Studium der neuern Geschichte, und der ersten philosophischen Grundbegriffe. Die ersten Elemente des römischen Rechts werden zugleich billig einer prüfenden Repetition unterworfen. Hieraus ergiebt sich für dieses Halbjahr folgende Ordnung:

I. Hauptwissenschaften.

- 1) Geschichte des römischen Rechts.
- 2) Pandektenrecht.
- 3) Examinatorium über die Institutionen.

II. Hülfswissenschaften.

- 1) Neuere Geschichte Europa's.
- 2) Fundamentalphilosophie.

§. 69.

Drittes Halbjahr.

Durch das Pandektenrecht ist der Studirende bereits so genau in die juristischen Verhältnisse der Gegenwart eingeführt worden, dass er jetzt vorbereitet genug ist, um seine Aufmerksamkeit dem eigenthümlich deutschen Rechte zuzuwenden. Als verwandt damit schliesst sich zugleich das Lehnrecht passend an, und das Studium dieser Disciplinen macht auch zur Erkenntniss der Grundlagen des Criminalrechts fähig, da letzteres unter uns seinem nationell deutschen Charakter stets treu geblieben ist. Damit die Kenntniss des noch jetzt für die Praxis zu benutzenden Rechts-

gebiets gleich nach einander und vollständig gewonnen werde, ist auch das kanonische Recht schon in diesem Halbjahre zu berücksichtigen. Als Hülfswissenschaften verdienen zur Ausbildung der, durch das Studium der Fundamentalphilosophie erlangten Kenntnisse Logik und Metaphysik Aufmerksamkeit. Vorzüglich eifrig aber muss das Studium der deutschen Geschichte in diesem Halbjahre betrieben werden; weil die eigenthümliche Tendenz des deutschen Privat-, Lehn- und Criminalrechts ohne historische Forschungen niemals richtig erkannt und beurtheilt werden kann. Hierauf beruht für dieses Halbjahr folgende Ordnung:

I. Hauptwissenschaften.

- 1) Deutsches Privatrecht.
- 2) Lehnrecht.
- 3) Philosophisches Criminalrecht.
- 4) Kanonisches Recht.

II. Hülfswissenschaften.

- 1) Logik und Metaphysik.
- 2) Deutsche Geschichte.

§. 70.

Viertes Halbjahr.

Die bisher betriebenen Disciplinen machen den Studirenden fähig, im vierten Halbjahre zu den sogenannten praktischen Rechtswissenschaften überzugehen. Unter ihnen verdienen zunächst das Verfahren vor Gericht oder der Process, und für Sachsen die praktische Modification des deutschen Rechts, nämlich das sächsische Privatrecht, sodann das positive Criminalrecht hier einen Platz. Auch muss die praktische Ansicht

von den Pandekten durch prüfende Repetition befestiget werden. Als das beste Erleichterungsmittel für die Auffassung dieser praktischen Wissenschaften dient das Studium der praktischen Philosophie überhaupt, und der Anthropologie insbesondere, weil sich das praktische Recht vorzüglich mit der Handlungsweise des Menschen im Leben selbst zu beschäftigen hat. Hieraus entsteht für das vierte Halbjahr folgende Ordnung:

I. Hauptwissenschaften.

- 1) Civilprocess.
- 2) Sächsisches Privatrecht.
- 3) Positives Criminalrecht und Criminalprocess.
- 4) Examinatorium über die Pandekten.

II. Hülfswissenschaften.

- 1) Praktische Philosophie.
- 2) Anthropologie.

§. 71.

Fünftes Halbjahr.

Im fünften Halbjahre ist zunächst das Studium des Processes fortzusetzen. Ausserdem wird der erste Eintritt in die Praxis billig durch ein paar theoretisch-praktische Uebungskollegien, als Vorbereitungen auf das eigentliche Relatorium, erleichtert. Auch muss jetzt das in den frühern Vorträgen über praktische Philosophie gewöhnlich nur allgemein angedeutete Natur- und Völkerrecht, zur fruchtbaren Vergleichung mit den positiven Principien, genauer betrachtet werden und ebenso ist für die praktisch-juristische Topographie einige Kenntniss der Staats- und Cameralwissenschaften nothwendig. Für das fünfte Halbjahr besteht daher folgende Ordnung:

I. Hauptwissenschaften.

- 1) Civilprocess.
- 2) Disputatorium über processualische Gegenstände.
- 3) Ein praktisches Uebungscollegium.

I. Hülfswissenschaften.

- 1) Natur- und Völkerrecht.
- 2) Staatswissenschaften.

§. 72.

Sechstes Halbjahr.

Das sechste Halbjahr macht gewöhnlich den Beschluss des akademischen Cursus; daher muss es vorzüglich auf die Vorbereitung für das juristische Geschäftsleben selbst verwendet werden. Also müssen jetzt die Kräfte zu praktischen Arbeiten im Relatorio geübt, und die gesammten Theile der Rechtswissenschaft einer genau prüfenden, das Examenbedürfniss im Auge behaltenden Repetition unterworfen werden. Nächst dem ist auch die Auffassung der historisch-praktischen Specialitäten des künftigen Wirkungskreises sehr empfehlungswerth. Nach dieser Ansicht, welche auch hier die praktische Nutzbarkeit des akademischen Studiums festgehalten wissen will, ist die Studienordnung im sechsten Halbjahre folgende:

I. Hauptwissenschaften.

- 1) Relatorium.
- 2) Examinatorium über das gesammte positive Recht.

II. Hülfswissenschaften.

- 1) Sächsische Geschichte.
 - 2) Deutsches und sächs. Staatsrecht.
-

Viertes Kapitel.

Erläuterung des Studienplanes für das erste Halbjahr.

§. 73.

Studium der juristischen Encyclopädie und Methodologie.

Der Nutzen dieses Studiums bedarf nach den, §. 1. und 2. gemachten Bemerkungen keiner weitem Auseinandersetzung; sein Zweck aber — das Auffassen der Hauptbegriffe der einzelnen Wissenschaftstheile der Jurisprudenz, der dadurch gewonnene Ueberblick über das ganze Gebiet derselben, und die Bekanntschaft mit den besten Wegen des juristischen Studiums — wird durch besondere Vorträge hierüber am besten befördert. Jedoch ist die Benutzung litterarischer Hülfsmittel zur Vergleichung der verschiedenen Ansichten über juristische Wissenschaftskunde und Methodologie, der allgemeinen juristischen Bildung wegen nicht ganz zu vernachlässigen. Besonders empfehlungswerthe Schriften sind in dieser Rücksicht: Unterholzner's allgemeine Einleitung in das juristische Studium, Landshut 1812. 8. im Bezug auf die Elementarbegriffe; Falks juristische Encyclopädie 2te Ausg. Kiel 1825. 8. im Bezug auf historische und litterarische Notizen; Thibauts juristische Encyclopädie und Methodologie, Altona 1797. 8., wegen der trefflichen Charakteristik der einzelnen Disciplinen und ihrer Quellen, und Wencks Lehrbuch der Encyclopädie und Methodologie der Rechtswissenschaft, Leipzig 1810. 8., wegen der ächt-philosophischen Behandlung des Stoffes.

§. 74.

Studium der Institutionen des römischen Rechts.

Da wir den grössten Theil unseres Privatrechts aus römischen Quellen schöpfen (§. 23.), so kommt alles darauf an, das Studium dieses Privatrechts gleich anfangs der besondern Natur dieser Quellen genau anzupassen. Um diesen Zweck zu erreichen, wird hierbey das System den Vorzug verdienen, welches die processualischen Eigenthümlichkeiten des römischen Nationalrechts, wodurch letzteres seine charakteristische Form erhalten hat, vorzüglich berücksichtigt. Dies Verständniss des systematischen Vortrags wird übrigens sehr erleichtert werden, sobald man sich entschliesst, die Repetition desselben, mit der Lektüre des Grundtextes der Institutionen zu verbinden. Es wird sich dann desto deutlicher zeigen, dass die jetzt gewöhnlichen systematischen Vorträge des Institutionenrechts nur durch Hinweisungen auf die historische Ausbildung der Grundbegriffe des römischen Privatrechts der dogmatischen Erläuterung desselben Nachdruck verleihen können. Diess ist besonders im Bezug auf das Verhältniss der Fundamente des ältesten römischen Rechts zu den Justinianeischen Institutionen von Wichtigkeit; um so mehr, da über röm. jurist. Antiquitäten auf Universitäten jetzt selten vollständige besondere Vorlesungen gehalten werden. Als Hülfsmittel bey der Lektüre des Grundtextes wird man mit Nutzen den gründlichen und vorzüglich deutlichen Höpfnerschen Commentar zu dem noch jetzt sehr lesenswerthen Institutionencompendium des Heineccius gebrauchen; neueste Ausgabe Frankfurt a. M. 1818. 4.,

so wie die Institutionen des römischen Rechts von Theod. Max. Zachariä, Bresslau 1816, 2 Bde. 8. Als systematisches Hülfsmittel zur Uebersicht des rein römischen Systems in seinen processualischen Grundlagen empfiehlt sich vor allen übrigen: Schmalz Handbuch des römischen Privatrechts, 2te verb. Ausg. Königsberg 1801. 8. Ausserdem sind Konopacks Institutionen des römischen Rechts, 2te verb. Ausg. Jena 1824. 8., Hofackers vortreffliche *Institut. Juris Romani. Gottingae* 1773. 8. und die Hauboldischen *Lineamenta Institutionum, ed. 2da cur. Otto. Lips.* 1825. 8. empfehlenswerth; letztere namentlich wegen ihrer logischen Anordnung und reichhaltigen Litteratur. Auch Mackeldey's Lehrbuch des heutigen römischen Rechts 7te Ausg. Giessen 1827. 8. 2 Thle, gehört hierher, und nicht zum Pandektenrechte. Es zeichnet sich vorzüglich durch den leichtfasslichen Vortrag aus.

Sehr zum Nachtheile für die, beym wissenschaftlichen Elementarunterrichte doppelt unentbehrliche Deutlichkeit der Darstellung hat man bis jetzt bey der compendiarischen Auffassung des rein-römischen Rechts unterlassen, seine processualische Eigenthümlichkeit gleich im Vorgrunde möglichst bemerkbar zu machen. Denn gewiss ist vollkommen richtig, was Schmalz in seinem eben angeführten Handbuche des römischen Privatrechts S. VII. der Vorrede zur 2ten Ausgabe erinnert hat: „Jedes Rechtsverhältniss im römischen Recht muss vornehmlich aus dem Gesichtspunkt der Klage, die aus ihm entspringt, angesehen werden. Und wie diese erläutern, ohne die Lehre vom Process? — Also kann der Process, als etwas Allgemeines, wohl ohne Details der einzelnen Verhältnisse, nicht

aber diese ohne jenen verstanden werden. Ueberdem sind die Gesetzgebungen aller Nationen von der Form des richterlichen Verfahrens ausgegangen. Denn man sahe bald, dass das Materiale der Entscheidungen mit weniger Gefahr dem Ermessen des Richters und seiner Schöffen (welche die Römer in ihren *judicibus pedaneis* nebst dem Prätor hatten) überlassen werden konnte, als die Art, wie er untersuchen wollte.“ Der Grund davon, dass diese Ansicht bisher so selten festgehalten worden ist, möchte darin zu suchen seyn, dass die Mehrzahl der Theoretiker sich nicht entschliessen konnte, die Legalordnung der Institutionen durchaus zu verlassen, nach welcher das Aktionenrecht den Schluss des römischen Systems bildete, und einige Hauptsätze vom Process in sich aufnahm, während die übrigen processualischen Lehren ganz übergangen wurden. In der That ist der römische Process derjenige Rechtstheil, der noch der meisten Aufklärung bedarf. Das eifrige Studium desselben belohnt sich jedoch jedenfalls in sofern, als seine Resultate ausschliesslich den richtigen Standpunkt zur Beurtheilung der eigenthümlichen Natur des römischen Rechts gewähren. Die ältern Juristen haben diess noch lebhafter gefühlt, als die neuern; es hat sich in der That in neuerer Zeit kein Ueberfluss an Männern offenbart, welche geneigt gewesen wären, auf dem Wege weiter fortzugehen, den Franz Pollet in seiner *Historia fori Romani*, Frankfurt 1676. 8. und vor ihm schon Georg Obrecht in seinem *Exercitium juris Romani*, Strassburg 1585. 8., mit so viel Glück betreten hatten. Allerdings ist durch die Beschäftigung mit den Commentarien des Gajus die Lust zu Forschungen über den römischen Process wieder einigermaßen rege gemacht worden; wofür unter andern das vor Kurzem erschienene Werk:

Gaji, juris consulti Institutionum commentarius quartus, sive de actionibus. Recensuit, restituere conatus est, adnotationem perpetuam librumque observationum adjecit Aug. Guil. Heffter, Antecess. Bonnensis. Berolin. 1827. 4. und die gründliche Schrift von F. L. Keller: Ueber Litiscontestation und Urtheil nach klassischem römischem Rechte, Zürich 1827. 8., einen ausgezeichneten Beweiss liefern. Gleichwohl wäre immer noch zu wünschen, dass es ein, mit gründlicher Alterthumskenntniss ausgestatteter Rechtsgelehrter unternehmen möchte, für den römischen Process eben das zu leisten, was Otto für das griechische Gerichtswesen durch seine *commentatio grammatica et historica de Atheniensium actionibus forensibus* (bis jetzt 3 Abtheilungen, Leipzig 1820—27.) geleistet hat.

§. 75.

Studium der Universalgeschichte.

Die allgemeinen historischen Kenntnisse, welche mit zur Universität gebracht werden, beschränken sich gewöhnlich auf die ältere, durch die Lektüre der klassischen Schriftsteller unterstützte Geschichte, so dass die weitere Ausbildung des menschlichen Geschlechts seit der Zerstörung des römischen Reichs bis auf die Gegenwart, in ihrer welthistorischen Bedeutung gar nicht aufgefasst und überschaut worden ist. Es ist daher die Pflicht des Studirenden, vorzüglich solche Vorlesungen über die allgemeine Geschichte zu besuchen, welche eine Totalvorstellung, nicht nur der politischen Begebenheiten, sondern auch vorzüglich des Culturanges der Menschheit bey ihm zurücklassen. Diess wird geschehen, sobald ihnen die, §. 48. 49. u. 55. erörterten Hauptgesichtspunkte der allgemeinen histori-

schen Erkenntniss nicht fremd geblieben sind. Die noch etwa vorhandene Undeutlichkeit jener Totalvorstellung muss der Studirende durch fleissige Benutzung der besten historischen Hilfsmittel zu entfernen suchen. In dieser Rücksicht dürfen besonders empfohlen werden: Remers Handbücher der ältern, der mittlern und der neuern Geschichte; am neuesten sämmtlich in der 4ten Ausgabe, Braunschweig 1804, zusammen 4 Bde. 8., wegen sorgfältiger Benutzung der Quellen, scharfsinnigen Urtheils, und vorzüglich gut bearbeiteter Kulturgeschichte; K. v. Rottek allgem. Geschichte. Freyburg im Breisgau 1813—1826. 9 Bde. 8., wegen geistvoller Klarheit und vorzüglich kräftiger Darstellung; und J. v. Müller vier und zwanzig Bücher allgemeiner Geschichten. Tübingen 1810. u. 11. 3 Bde. 8. wegen der epigrammatischen Gedrungenheit des Vortrags und meisterhaften Auswahl des Stoffes.

§. 76.

Studium der Mathematik und Physik.

Nicht nur die daraus für die allgemeine Bildung erwachsenden Vortheile, sondern auch der Erfahrungssatz, dass nichts dem geregelten Denken so förderlich ist, als eine mathematische Grundlage desselben (§. 45.) machen das Studium der Mathematik und Physik auf der Universität sehr empfehlungswerth; wenn es anders nicht, wie allerdings sehr rathsam ist, früher schon besonders aufmerksam betrieben wurde. Die Wahl eines mit sich selbst einigen, und deshalb deutlich vortragenden Lehrers ist hier um so nothwendiger, da der mündliche Unterricht in diesen Wissenschaften, durch Versuche veranschaulicht, der Lektüre von Schriften

darüber unbedingt vorzuziehen ist. Die Lehrbücher von Vieth und Kriess können hier namentlich zur Ergänzung der Elementarbegriffe benutzt werden.

Fünftes Kapitel.

Erläuterung des Studienplanes für das zweyte Halbjahr.

§. 77.

Studium der römischen Rechtsgeschichte.

Nachdem sich der Studirende im ersten Halbjahre durch das Studium der Institutionen des römischen Rechts mit der Individualität und Terminologie desselben bekannt gemacht, und die, im Laufe der Zeit rücksichtlich der einzelnen Rechtslehren eingetretenen Modificationen näherer Aufmerksamkeit gewürdigt hat, ist es zum vollkommenen Verständniss der über letztere erhaltenen Aufschlüsse durchaus nothwendig, wenigstens zugleich mit dem Beginnen des Pandektenrechtsstudiums, die Geschichte des römischen Rechts nach den Hauptperioden seiner Ausbildung in das Auge zu fassen. Es hat sich aber das Studium derselben mehr an die Einwirkungen der politischen Ereignisse auf die Rechtsinstitute und Gesetze, als an die Ausbildung der einzelnen Rechtslehren anzuschliessen; denn letztere ist, wie wir bereits erwähnten (§. 74.) schon bey der Darstellung des rein römischen Rechts zu berücksichtigen; da ausserdem die historische Darstellung durch zu viele dogmatische Specialitäten verdunkelt,

und namentlich die Zergliederung des Einflusses der politischen Ereignisse auf die Veränderungen des Rechts in den Hintergrund zurückgedrängt werden würde.

Zur Befestigung der rechtshistorischen Ansichten lassen als Hilfsmittel sich empfehlen: *Bachii historia juris romani*, ed. 6ta cur. Stockmann. Lips. 1806. 8., und Schweppe's römische Rechtsgeschichte und Rechtsalterthümer, 2tel, um das Doppelte vermehrte Ausgabe, Göttingen 1826. 8. Eine gute Uebersicht gewährt: *Güntheri historia juris romani*. Helmst. 1798. 8. Hugo's Geschichte des römischen Rechts, 10te Ausg. Göttingen 1826. 8., wird erst nach Vollendung des akademischen Cursus mit wahrem Nutzen studirt werden. Für das tiefere Studium der römischen Rechtsquellen sind die beyden rechtshistorischen Werke von Dabelow vorzüglich brauchbar.

§. 78.

Studium des Pandektenrechts.

Wenn die Institutionenvorträge dazu bestimmt sind, die Nationalität des rein römischen Rechts aus seinen Elementen zu entwickeln, so ist es dagegen die Aufgabe der Pandektenvorlesungen, die Anwendung der römischen Rechtsprincipien in den deutschen Gerichten dogmatisch zu erläutern, und zugleich die Grundlinien der Casuistik des Civilrechts anzudeuten. Diess kann, wegen der Verschiedenheit des deutschen Nationalcharakters von dem römischen, nur durch vermittelnde Benutzung des kanonischen Rechts und derjenigen eigenthümlich deutschen Gesetze geschehen, die sich an

die Principien des römischen Civilrechts anschliessen. Desshalb gelten als Quellen des Pandektenrechts nicht nur die römisch-justinianeischen Rechtsbücher, sondern auch die *libri juris Canonici* und die sogenannten deutschen Reichsgesetze; wenigstens subsidiarisch, zur Vervollständigung des Ganzen (§. 23.). Als Hilfsmittel für das Studium des Pandektenrechts sind folgende Schriften empfehlungswerth: *Ort w. Westenberg Principia juris secund. Ord. Digestorum. Lips. 1744. 8.* und *ed. noviss. Berol. 1823. 8. 2 Bde*, nach der Legalordnung; genau und mit sehr verständiger Auswahl aus den Quellen geschöpft; *H. Vultej i Jurisprud. Romanae libri duo ed. noviss. cur. Estor. Marburg 1748. 8. 2 Bde*; das erste systematische Compendium für rein römisches Pandektenrecht, mit klarem geistvollen Vortrage. *D a b e l o w's System des gesammten heutigen Civilrechts, Halle 1796. 8. 2 Bde*, enthält auch zugleich das Lehnrecht und zeichnet sich durch die Deutlichkeit der Darstellung besonders aus. *Thibauts System des Pandektenrechts, 7te Ausgabe. Jena 1828. 2 Bde. 8.*; voll philosoph. Scharfsinns. *G ü n t h e r i Principia juris Romani privati novissimi. Jena 1804—1809. 2 Bde. 8.*; durch logische Anordnung, gute Latinität und zweckmässige Darstellung gleich sehr ausgezeichnet. Das Werk von *Schweppe: Das römische Privatrecht in seiner Anwendung auf die deutschen Gerichte, 3te Ausg. Altona 1822. 8.*, ist wegen der Berücksichtigung der Praxis sehr brauchbar. [Durch die eben begonnene 4te Ausgabe, (1ster Band Göttingen 1828. 8.) ist es aus dem Kreise der Lehrbücher herausgetreten]. Bekanntschaft mit den *Hauboldischen Lineamentis Pandectarum. Lips. 1820. 8.* wird für das syste-

matische Studium dieser Doktrin von grösstem Nutzen seyn.

§. 79.

Besondere Bemerkungen über das Pandektenrecht.

Die im vorigen Paragraph angegebene Verschiedenheit des Pandektenrechts von dem Institutionenrechte beruht auf der Verschiedenheit der beyderseitigen Hauptquellen selbst. Die Institutionen sind nämlich wenigstens einigermaassen systematisch geordnet, (*Jus personarum, jus rerum, jus obligationum, jus actionum*) und es wird in diesem Rechtsbuche bey der Entwicklung der Elementarlehren ein historisch-dogmatischer Faden meistens festgehalten. Die Pandekten aber sind nichts, als eine Sammlung einzelner Stellen aus 2000 besondern Abhandlungen von 40 der berühmtesten römischen Rechtsgelehrten; die meistens nicht sowohl über allgemeine Dogmen, als über einzelne Rechtsfragen entscheiden. An eine logische Aneinanderreihung der besondern Titel und Fragmente, wie sie in den Institutionen stattfindet, ist in den Pandekten höchst selten gedacht. Daher kann auch von einer zusammenhängenden Lektüre des Rechtsbuchs der Pandekten, so wie sie oben §. 74. rücksichtlich des Institutionentextes empfohlen wurde, nicht die Rede seyn, sondern jene weitläufige Sammlung dient blos zum Nachlesen einzelner Abschnitte und Stellen; um, nachdem vorher der Geist des römischen Civilrechts aus den Institutionen erkannt worden ist, die genauere Ausführung einzelner Dogmen besonders aufzufassen, und das juristische Urtheil durch das Nachdenken über die vor Augen

liegenden *casus practicos* zu schärfen. Eben wegen dieser praktischen Tendenz bilden die Pandekten das vereinigende Band zwischen der Theorie des ausgestorbenen Rechts und der Praxis des lebendigen Rechts, das tagtäglich zur Anwendung kommt. Gerade hierin liegt ihre Wichtigkeit für den ganzen juristischen Cursus, aber auch zugleich die dringendste Aufforderung für jeden, dem es ein Ernst damit ist, im praktischen Geschäftsleben etwas Tüchtiges zu leisten, dass er alle Aufmerksamkeit, allen Fleiss auf das Studium des Pandektenrechts wende,

Treffliche Bemerkungen über den Geist des römischen Rechts und seine praktische Anwendung in Deutschland finden sich in Thibauts juristischer Encyclopädie und Methodologie, Altona 1797. 8. §. 102. und 132. Am letztern Orte spricht sich der Verfasser über die casuistische Tendenz dieses Rechts besonders eindringlich aus:

„Die Pandekten“ sagt er „enthalten fast durchgehends nichts weiter, als ein Raisonnement der römischen Rechtsgelehrten über ihnen bekannte Rechtsgrundsätze; möglichst genaue Erörterungen über die Fälle, welche unter ein Gesetz subsumirt werden müssen; Entscheidungen, was in diesem oder jenem Falle Rechtens sey: aber schlechterdings keine Sammlung allgemeiner Regeln. Es scheint, als ob die römischen Rechtsgelehrten die Kunst, Grundsätze zu abstrahiren und auf deutliche Begriffe zu bringen, durchaus gar nicht gekannt und geübt haben. Sie sind sich ihrer Grundsätze mit möglichster Klarheit und Lebhaftigkeit bewusst, und schliessen eben deswegen mit einer Sicherheit, Bündigkeit und Leichtigkeit, worüber man oft unwillkührlich in ein bewunderndes Er-

staunen ausbricht; aber in eben dem Augenblick, wo man glaubt, dass sie die Noth zur Aufstellung eines allgemeinen Satzes zwingen werde, ziehen sie sich mit einem Beyspiel aus der Sache und man ist über die Angabe grade in eben der Verlegenheit, in der man sich vorher befand.“

Vielleicht dürfte der Hauptgrund der Fehlerhaftigkeit, womit in so vielen Compendien die Fragmente der Quellen als Belege citirt werden, in dem Verkennen der casuistischen Tendenz des römischen Rechts zu suchen seyn. Man nahm für allgemeine Sätze, was doch nur Beyspiele waren, und construirte auf diese Art die Grundregeln für das angenommene System aus einem unrichtigen Gesichtspunkte; natürlich mussten dann die *relata* den *referentibus* widersprechen. Wenigstens scheint die Hinneigung vieler neuern Civilisten zu einer, von allen bisherigen Resultaten abweichenden Systematik jedenfalls aus der Uebereilung erklärt werden zu müssen, womit sie, in dem irrigen Glauben an die Möglichkeit eines rein quellenmässigen Dogmatismus, einzelne, in der That casuistische Rechtssätze, als allgemeine Regeln behandelten, und ihren Lehrgebäuden zu Grunde legten.

§. 80.

Studium der neuern europäischen Geschichte.

Die besondern, zwischen Politik und Rechtswissenschaft obwaltenden Beziehungen machen das genauere Studium der neuern Geschichte der europäischen Staaten, welche durch die verschiedenartigste Politik nüancirt wird, für den Juristen als Staatsdiener unentbehrlich. Er erhält durch dasselbe erst eine untrügliche Basis für seine allgemeine Rechtskenntniss, und für jene Vergleichung der einzelnen Gesetzgebungen, welche soviel

zur Ausbildung des juristischen Urtheils beyträgt. Hierbey sind nicht nur die, §. 52. berührten Gesichtspunkte festzuhalten, sondern auch einzelne Parthieen in der neuern Kulturgeschichte, z. B. die Fortschritte der Handelssysteme und Finanzeinrichtungen, besonders zu berücksichtigen. Vor allen übrigen Hilfsmitteln verdient Heeren's Handbuch der Geschichte des europäischen Staatensystems und seiner Kolonien, Göttingen 1815. 8., Empfehlung; doch kann auch Eichhorn's Geschichte der drey letzten Jahrhunderte, Göttingen 1806. 8., 6 Bde, verglichen werden.

Oefters hat man in neuester Zeit darüber geklagt, dass die constitutionellen Staatsbürger Deutschlands in ihrer Accommodation an diese neue Verfassungsform, noch so weit hinter den Engländern und Franzosen zurück wären, denen sie doch in mancher andern Beziehung den Vorrang streitig machten. Abgesehen davon, dass jene Form ihnen eben als neu noch ungewohnt seyn muss, lässt sich wohl mit Grund behaupten, dass nur durch einen regeren Eifer für das Studium der neuern Geschichte die aufwachsende Generation sich selbst auf die richtige Würdigung des constitutionellen Staatslebens genügend vorbereiten kann. Die Engländer und Franzosen aller Stände sind im Durchschnitt mit den Begebenheiten, welchen ihr dermaliger politischer Zustand sein Entstehen verdankt, weit besser bekannt, als die Deutschen, unter welchen selbst ein grosser Theil der Gebildeten die politische Geschichte der neuern Zeit kaum einmal einer flüchtigen Neugierde werth hält; und hierin liegt der Grund des kräftigern politischen Lebens jener Nationen. Wie kann ernsthafter Patriotismus da vorhanden seyn, wo die

rationelle Grundlage für die Schätzung der Gegenwart nicht durch geschichtliche, allgemein erkannte Beweise vertheidiget wird? Und wie kann ohne ernsthaften Patriotismus die Begünstigung des constitutionellen Staatslebens mehr seyn, als renommistisches Strohfeuer?

§. 81.

Studium der Fundamentalphilosophie.

Nach den bisherigen historischen Studien darf nun ohne Nachtheil das Studium der Philosophie mit den Elementen derselben, welche die sogenannte niedere, der Logik vor auszuschickende Metaphysik umfassen, begonnen werden. Die Berücksichtigung der §. 59. gemachten Bemerkungen wird bey diesem Studium vor der Gefahr sichern, in den Logomachieen der philosophischen Systematik durch Grübeley unterzugehen. Denn sobald die Evidenz der sinnlichen Wahrnehmung als Stützpunkt unsrer Philosophie festgehalten wird, bleibt uns auch immer die geistige Herrschaft über die Grundlinien aller, *a priori* construirten Theorien gesichert. Diess ist um so nothwendiger, je grössere Anziehungskraft metaphysische Gegenstände für jedes nach geistiger Ausbildung strebende Individuum haben. Die Vertheidigung der Rechte des gesunden Menschenverstandes gegen leere Wortgrübeleyen belohnt sich ohnediess schon durch sich selbst. Treffliche Winke hierüber enthält die Schrift des Schottländers Jacob Beattie: Versuch über die Natur und Unveränderlichkeit der Wahrheit. Aus dem Englischen. Kopenhagen 1772. 8. Ausserdem kann als systematisches

Hilfsmittel Krugs Fundamentalphilosophie, Züllichau 1819. 8., verglichen werden.

Sechstes Kapitel.

Erläuterung des Studienplanes für das dritte Halbjahr.

§. 82.

Studium des deutschen Privatrechts.

Nur diejenigen Institute des in Deutschland geltenden Rechtes haben aus den Vorlesungen über das Pandektenrecht erkannt werden können, die sich ihrem Geiste nach unmittelbar an das römische Recht anschliessen; alle übrigen, reindeutschen Institute müssen in besondern Vorträgen über das eigentlich deutsche Privatrecht näher betrachtet werden. Dadurch wird die für die Praxis so schädliche, falsche Anwendung römischer Rechtsprincipien auf deutsche Nationaleinrichtungen vermieden. Der Dogmatismus des deutschen Privatrechts ist gewöhnlich so einfach, dass man den Schlüssel zu demselben ohne Rücksicht auf Doktrinalmeinungen schon in der Geschichte der Quellen auffindet.

Deshalb sind denn auch diejenigen Hilfsmittel hier vorzugsweise zu empfehlen, in welchen die historische Begründung ihrer Ansichten vorherrscht, und die Anordnung des Systems geleitet hat. In dieser Rücksicht zeichnen sich aus: Runde's Grundsätze des gemeinen deutschen Privatrechts, neueste Ausgabe, Göttingen

1824. 8.; wegen des vorzüglich deutlichen Vortrags empfehlungswerth; Mittermayer's Grundsätze des deutschen Privatrechts 3te Ausgabe, Landshut 1827. 8., sehr reichhaltig an litterarischen Nachweisungen, und Göde *jus Germanicum privatum*. Göttingen 1806. 8., in klassischem Latein geschrieben.

§. 83.

Besondere Bemerkungen über das deutsche Privatrecht.

Es ist in neuerer Zeit öfters an der wahrhaften Existenz eines gemeinen deutschen Privatrechts gezweifelt worden. Man hat sich hierbey namentlich darauf berufen, dass die Allgemeinheit desselben in Deutschland weit mehr auf dem ausgebreiteten Gewohnheitsrechte, als auf allgemeinen, durch ganz Deutschland anerkannt gültigen Gesetzen beruhe; vorzüglich aber hat man nach Aufhebung der deutschen Reichsverfassung das gemeine deutsche Privatrecht als erloschen betrachtet wissen wollen. Allein es lässt sich mit Grund hierauf Folgendes erwiedern: 1. Die von Kaiser und Reich während des Bestandes der deutschen Reichsverfassung gegebenen, auf das Privatrecht sich beziehenden Gesetze mussten von den Ständen, in sofern diese nicht durch ein *Privilegium speciale* oder eine sogenannte *clausula salvatoria* dagegen geschützt wurden, an sich schon erkannt werden, und also in die Gesetzgebung aller deutschen Landestheile übergehen. 2. Die Autonomie der vielen ritterschaftlichen und städtischen Korporationen in Deutschland, oder das Recht derselben, sich selbst die, auf ihre Korporation Bezug habenden Gesetze zu geben, nahm, der Eigenthümlichkeit des

deutschen Nationalcharakters zu Folge, sehr bald die Richtung, dass die Hauptprincipien nachgeahmt wurden, also auch hier eine Gleichartigkeit entstand. Das auf diese Art sich bildende Gewohnheitsrecht verbreitete sich also, so speciell es auch seiner Entstehung nach seyn mochte, doch meistens über ganz Deutschland aus. 3. Durch die Aufhebung der deutschen Reichsverfassung wurden nur die staatsrechtlichen Reichsgesetze ganz aufgehoben; hinsichtlich der privatrechtlichen aber den souverain gewordenen Fürsten blos das Recht ertheilt, die Nichtgültigkeit derselben aussprechen zu können. Ueberdiess waren bis dahin die Principien der deutschen Reichsgesetze mit dem Gewohnheitsrechte so innig verwachsen, dass, weil letzteres sich unabhängig von der Gesetzgebung bildet und erhält, auch die erstern in ihrem Fortbestehen gesichert wurden.

Die von Hufeland in seinen Beyträgen zur Berichtigung der positiven Rechtswissenschaften, Jena 1792. ff. 8. St. 1. No. 3. und St. 5. No. 15. und von Posse in seinen Abhandlungen über einige vorzügliche Gegenstände des deutschen Staats- und Privatrechts, Rostock 1802 ff. 8. Hft. 1. No. 1. gegen die wahrhafte Existenz eines gemeinen deutschen Privatrechts vorgebrachten Einwendungen stützen sich ihrem Wesen nach auf eine *petitio principii*, wie schon Weisse in seiner Einleitung in das gemeine deutsche Privatrecht, Leipzig 1817. 8. §. 42. S. 59. u. f. mit Recht bemerkt hat.

§. 84.

Studium des Lehnrechts.

Die oben §. 25. nachgewiesene Art und Weise der

Entstehung des Lehnwesens, verlangt durchaus, dass das Studium der, auf dieses römische Nationalinstitut gegründeten Rechte mit dem des deutschen Privatrechts verbunden, und durch die historischen Grundlagen des letztern befestiget werde. Hierdurch wird man auch am besten dagegen gesichert, den Ursprung der Lehne in römischen Instituten (*Beneficarii milites*, vergl. *Caesar de bello Gallico* I. 74. und *fundi limitanei*, vergl. *Lampridius in Vita Alexandri Severi* cap. 58.) auffinden zu wollen, und sich wohl gar deshalb auf *L. 11. D. de evictionibus* (21. 2.) und auf *L. 18. u. 19. C. de agricolis, censiticis et colonis* (11. 47.) zu berufen. Bekanntschaft mit den deutschen Alterthümern überhaupt wird bey dem Studium des Lehnrechts höchst vortheilhaft seyn. Das reichhaltige Werk von Rössig: *Die Alterthümer der Deutschen*, Leipzig 1797. 8. wird unter andern dabey gute Dienste leisten können.

Als Hülfsmittel für das Studium des Lehnrechts sind empfehlungswerth: Hagemanns *Einleitung in das gemeine, in Deutschland übliche Lehnrecht*, 3te Ausgabe, Hannover 1801. 8., und Pätz *Lehrbuch des Lehnrechts*, vollendet und herausgegeben von Göde. Neue Ausgabe, Göttingen 1819. 8. Unter den ältern besonders *Mascov de jure feudorum in imperio Romano-Germanico* 3te Ausgabe, Leipzig 1763. 8., in Verbindung mit Hommels akademischen Reden darüber. Baireuth 1757. 8. Für das Studium des, sehr eigenthümlichen, sächsischen Lehnrechts, ist das musterhafte Werk von Zachariä: *Handbuch des sächsischen Lehnrechts*, neu herausgegeben von Weisse und von Langenn, Leipzig 1823. 8. zu benutzen.

§. 85.

Besondere Bemerkungen über das Lehnrecht.

Obgleich in neuerer Zeit, namentlich seit der französischen Revolution, welche die Zeitgenossen auf die Nachtheile des Lehnwesens besonders aufmerksam machte, öfters an der fernern Wichtigkeit des Lehnrechtsstudiums gezweifelt worden ist, so sind doch die ursprünglichen Lehnverhältnisse vorzüglich in Deutschland so sehr in die Standesverfassung des Adels und selbst der Fürsten übergegangen, dass selbst bey einer für jetzt kaum zu erwartenden Aufhebung des Lehnwesens, eine Menge lehnrechtlicher Bestimmungen sich in andern Instituten forterhalten würden. Selbst die Verhältnisse der regierenden Häuser in Deutschland beruhen grösstentheils auf Lehnrechtsprincipien; und würden, bey Verbannung der letztern entweder in grosse Unordnung gerathen, oder eine Menge neuer, zu Kriegen leicht Anlass gebender Familienverträge erfordern. Daher ist die Erhaltung des Lehnverhältnisses in Deutschland, wo es übrigens früher schon durch modificirende Bestimmungen vieles von der Härte verlor, wodurch es z. B. in Frankreich so drückend ward, und sich dort (den 4ten Aug. 1789.) selbst den Untergang bereitete, noch auf längere Zeit als gewiss anzusehen, und so lange hat auch das Studium des Lehnrechts praktischen Nutzen. Historische Nutzbarkeit würde dieses Studium selbst nach einer definitiven Aufhebung des Lehnverhältnisses deswegen behalten, weil ohne Kenntniss davon die frühern Begebenheiten der deutschen Nation durchaus nicht richtig aufgefasst und erklärt werden können und selbst die Kulturge-

schichte unseres Volkes mit der Entwicklung des Lehnsvverhältnisses innig verwebt ist. Eben die Unbekannthschaft mit den Eigenthümlichkeiten der Lehnsvverfassung hat zu so vielen schiefen Urtheilen über die ältere Geschichte der deutschen Nation veranlasst.

Man kann die Erspriesslichkeit der Aufhebung des Lehnswesens zugeben, ohne dass man das Faktum derselben für ein leicht zu bewerkstelligendes erklärt. Da, wo die Patrimonialgerichtsbarkeit noch besteht, kann nur mit dieser zugleich des Lehnswesens seine Existenz endigen. Die Patrimonialgerichtsbarkeit aber kann nur durch Entschädigung ihrer dermaligen Inhaber beyrn Verkaufe der Grundstücke, worauf sie ruht, gegen die Verpflichtung, die Befugniss zur Ausübung dieser Gerichtsbarkeit nicht mit auf die neuen Käufer überzutragen, auf eine gerechte Art durch die höchste Staatsbehörde bewerkstelligt werden. Dass der Fiskus die Entschädigungssumme zu tragen hätte, leidet keinen Zweifel; denn er acquirirte dafür die Emolumente der Gerichtsbarkeit: nur die Ausmittlung des Entschädigungsbetrags möchte manchen Schwierigkeiten unterworfen seyn, und dürfte sich jedenfalls erst nach vielseitiger Erwägung feststellen lassen. Sehr beherzigenswerthe Bemerkungen über das Lehnswesen und dessen Aufhebung finden sich in der trefflichen Schrift von Friedr. Buchholz: Idee einer arithmetischen Staatskunst. Berlin 1809. 8. Seite 77—105. u. S. 291 u. ff.

§. 86.

Studium des philosophischen Criminalrechts.

Die wissenschaftliche Begründung des Criminalrechts kann, zu Folge seiner Natur (§. 19.) blos auf

philosophischem Wege, durch die genauesten Erörterungen über das dem Staate zukommende Recht zu strafen, erreicht werden (§. 20.). Daher ist es zweckmässig, sowohl diese Erörterungen, als auch die Grundsätze über den doppelten Maasstab der Strafbarkeit der Handlung und Strafwürdigkeit des Individuums (§. 20.) getrennt von den rein positiven, an eine besondere Gesetzgebung sich anschliessenden Criminalrechte entweder als Propädeutik desselben oder als ein besonderes philosophisches Criminalrecht ins Auge zu fassen. Bey der unendlichen Verschiedenheit der Beweggründe zu verbrecherischen Handlungen muss durchaus dem Scharfsinne des Richters in der Anwendung der positiven Gesetze dagegen mehr Freyheit als irgend anderswo gestattet werden. Rechtmässigen, wirklich nützlichen Gebrauch von dieser Freyheit kann nur ein philosophisch gebildeter Criminalist machen. Vermittelst einer solchen Grundlage wird auch der Glanbe an die, wenn schon bedingte Freyheit des menschlichen Willens aufrecht erhalten, und in dem erkennenden und untersuchenden Richter so sicher gestellt, dass es ihm nie im Ernste einfallen kann, jene Freyheit für ein bloßes *νοοῦμενον* oder Gedankending zu halten, und deshalb die criminalistische Rücksicht darauf zu verwerfen; wodurch der so beachtenswerthe subjective Maasstab (§. 20.) für unbrauchbar erklärt werden würde.

Als Hülfsmittel zu einem genauern Studium des Criminalrechts sind zu vergleichen: Feders Untersuchungen über den menschlichen Willen. Lemgo 1795. 8. 4 Bde. Stelzer über den Willen; eine psychologische Untersuchung für das Criminalrecht. Leipzig

1817. 8. Tittmann über die Gränze des Philosophirens in einem Systeme der Strafrechtswissenschaft. Leipzig 1802. 8. und Ebenderselbe über die Natur der Strafrechtswissenschaft. Leipzig 1802. 8.

Aufmerksamkeit verdient die Aeusserung Thibauts in seinen Beyträgen zur Kritik der Feuerbach'sch Theorie, Hamburg 1802. 8. Seite 54: „Wäre es in praktischer Rücksicht von bedeutenden Folgen, ob man von der Freyheitstheorie ausginge, oder nicht, so würde es noch immer eine grosse Frage seyn, ob der Gesetzgeber, weun sich auch die Freyheit nicht philosophisch erweisen liesse, dessen ungeachtet nicht verpflichtet sey, der gemeinen Vorstellungsart, welche keine Philosophie jemals vertilgen wird, zu folgen, besonders da unsre philosophischen Systeme mit jedem Jahre wechseln, und noch kein vorhandenes System uns die Hoffnung geraubt hat, dass nicht dereinst vielleicht eine bessere Philosophie in ihren Resultaten mit den Aussprüchen des gemeinen Verstandes übereinstimmen werde.“

§. 87.

Studium des Kirchenrechts.

Der §. 16. angestellte Begriff des Kirchenrechts giebt es schon an die Hand, dass das Studium dieser Wissenschaft, wegen ihres eigenthümlichen Charakters, ganz besondere Gesichtspunkte darbieten müsse. Nicht nur der Einfluss der kirchlichen Gesellschaft auf das Staatsleben überhaupt, sondern auch die, aus der frühern Uebermacht der geistlichen Behörden zu erklärende Verbreitung kirchenrechtlicher Grundsätze über die Gränzen der kirchlichen Gesellschaft hinaus, ihr

Uebergang in das Civil- und Criminalprocessrecht müssen als solche Gesichtspunkte festgehalten werden. Die Nothwendigkeit des genauern Studiums dieser Wissenschaft folgt ganz natürlich daraus. Allein es sind auch die besondern Schwierigkeiten durchaus nicht zu verkennen, welche sich bey der Auffassuug des Kirchenrechts, wegen seiner, von denen aller übrigen Rechtsdisciplinen gar sehr verschiedenen Grundsätze offenbaren. Ohne Kenntniss der Kirchengeschichte werden sich diese Schwierigkeiten niemals beseitigen lassen. So lässt sich z. B. nur mit Hilfe derselben die, bey mehrern Lehren des Kirchenrechts wichtige, fortdauernde Anhänglichkeit der protestantischen Kirche an manche kanonische Rechtsnormen, deutlich erklären. Freylich darf auch die politische Geschichte dabey niemals aus den Augen gelassen werden; besonders im Bezug auf das Kirchenstaatsrecht und öffentliche Kirchenrecht (§. 17.)

Als Hülfsmittel für das Studium des Kirchenrechts sind brauchbar: Walther's Lehrbuch des Kirchenrechts, Bonn 1825. 8. (der Verfasser ist Katholik); Schmalz Handbuch des kanonischen Rechts, Berlin 1815. 8. und Wiese Grundzüge des in Deutschland üblichen Kirchenrechts. Neueste Ausgabe, Göttingen 1819. 8. Als Einleitungsschrift empfehlen sich *Glücks praecognita jurisprudentiae ecclesiasticae posil. german.* Halle 1786. 8. Für Sachsen sind zu berücksichtigen: Weber's systematische Darstellung des in Sachsen geltenden Kirchenrechts. 4 Abtheilungen, Leipzig 1818—26. 8. und *Hommel's Epitome sacri juris.* Lips. 1777. 8.

§. 88.

Studium der Logik und Metaphysik.

Nach Auffassung der Fundamentalphilosophie (§. 81.) wird der Studirende ohne grosse Schwierigkeit sich durch das Studium der Logik und Metaphysik nähere Kenntniss der theoretischen Philosophie erwerben können. Nothwendig ist ihm die Kenntniss der Logik deshalb, weil ihm nur durch sie der Weg zu der, für den Rechtsgelehrten so unentbehrlichen Klarheit der Darstellung gebahnt wird; die Metaphysik aber darf ihm nicht fremd seyn, wenn er jene philosophische Begründung der positiven Rechtsideen verstehen will, welche ihm allein Sicherheit in seinem Fache verschafft. Da die Logik die Lehre von dem Denkvermögen ist (§. 57.), so muss bey dem Studium derselben die Erforschung der Gesetze des Denkens, der verschiedenen Aeusserungen des Denkvermögens und der Abweichungen von den Gesetzen des Denkens im Auge behalten werden. Das Studium der Metaphysik ist mit ganz besondern Schwierigkeiten verbunden. Denn obgleich nicht geleugnet werden kann, dass, in einem gewissen Sinne, die Metaphysik wirklich, wie in den Compendien der Philosophie gelehrt wird, sich mit dem Erkenntnissvermögen beschäftigt, so ist es doch auf der andern Seite auch gewiss, dass ausserdem auch die Untersuchung und Prüfung der geistigen Kräfte überhaupt, und die Betrachtung der Gegenstände unserer Erkenntniss, ganz vorzüglich aber, mit Rücksicht auf die Etymologie des Wortes, die Lehre von der Uebertragung sinnlicher Wahrnehmungen auf übersinnliche Gegenstände, in das Gebiet der Metaphysik, und also in

den Bereich des genauern Studiums dieser Wissenschaft gehören. (Vergleiche auch §. 57. und 59.). Je schwieriger dieses Studium ist, desto mehr muss jeder, der sich ihm hingiebt, vor den Täuschungen der philosophischen Kunstsprache sich zu hüten suchen. Deshalb ist es auch rathsam, erst ältere Hilfsmittel, wie z. B. Reimar us Vernunftlehre, 5te Ausgabe, Hamburg 1790. 8., und Feder s Grundsätze der Logik und Metaphysik, neueste Ausgabe, Göttingen 1794. 8., zu benutzen, ehe man sich zu den Systemen der neuern Zeit wendet. Zur Vorbereitung auf das Studium der letztern ist Krug s Handbuch der Philosophie und philosophischen Literatur, 2te Ausgabe, Leipzig 1822. 8., 2 Bde, besonders zu empfehlen; nächstdem auch Jacob's Grundriss der allgem. Logik und kritische Anfangsgründe der Metaphysik. Halle 1800. 8.

Wenn die Metaphysik von jeher unter denen, welche nicht Philosophen von Profession waren, sehr wenig warme Freunde gefunden hat, so möchten vielleicht manche Metaphysiker selbst diese Vernachlässigung verursacht haben, welche sich über den Werth ihrer Wissenschaft mit allzustolzen Lobpreissungen aussprachen. Wie beherzigungswerth sind in dieser Rücksicht die Worte des geistvollen Thibaut in seiner bereits oben angeführten Schrift über die Feuerbachische Theorie, Seite 50: „das Uebersinnliche wird wohl stets nur die Kräfte des Philosophen üben, aber schwerlich durch Philosophie dem menschlichen Wissen näher gebracht werden.“

§. 89.

Studium der deutschen Geschichte.

Die historischen Grundlagen des deutschen Privatrechts, des Lehnrechts und des Criminalrechts, ohne deren Kenntniss diese Wissenschaften gar nicht aufgefasst werden können, (vergl. §. 82. 84. und 94.) lassen sich nur mit Hülfe eines genauern Studiums der deutschen Geschichte erforschen. Die Nothwendigkeit dieses Studiums leuchtet daher von selbst ein. Ausserdem ist dieses Studium das kräftigste Anregungsmittel des, für die Wirksamkeit im Leben so erspriesslichen Nationalpatriotismus und macht den praktischen Geschäftsmann erst recht einheimisch in der Art und Weise der ältern Volksgebräuche, deren Kenntniss der richterlichen Beurtheilung so sehr zu Hülfe kommt. Endlich lässt sich auch die grosse Anhänglichkeit der deutschen Nation an ihre ältern Rechtsinstitute, deren Berücksichtigung ebenfalls in praktischer Hinsicht sehr nothwendig ist, nur aus der deutschen Geschichte befriedigend erklären. Um jedoch diese Zwecke zu erreichen, darf man, vorzüglich jetzt, nach Aufhebung der deutschen Reichsverfassung, durchaus nicht mehr, wie sonst immer geschah, die deutsche Geschichte nur publicistisch als Regentengeschichte studiren, sondern man muss dabey auch die innere Geschichte des deutschen Volks, seine sittliche Ausbildung, und den Einfluss derselben, so wie der politischen Verhältnisse auf die Rechtsinstitute im Auge behalten. Da übrigens auch in politischer Rücksicht Deutschland das Herz von Europa (§. 53.) genannt werden kann, so wird erst durch das Studium der deutschen Geschichte manche Begebenheit des übrigen Europa's dem Beob-

achter deutlich werden und der rechte Standpunkt für die Totalansicht der neuern Weltbegebenheiten sich ihm offenbaren.

Als Hülfsmittel für die Erforschung der deutschen Geschichte empfehlen sich besonders: Für die älteste Zeit: *Antons Geschichte der deutschen Nation*; 1ster Theil, *Geschichte der Germanen*, (mehr ist leider nicht erschienen) Leipzig 1793. 8.; vortrefflich in Auswahl und Darstellung. Ueberhaupt aber: *Ign. Schmidts Geschichte der Deutschen bis 1544*. Ulm 1785—88. 5 Bde. 8. und *Ebendesselben neuere Geschichte der Deutschen bis 1658*. Ulm 1793. 8. 6 Bde. Es sind dabey viele wichtige Urkunden benutzt. Die Fortsetzung dieses Werks bis auf die neuesten Zeiten (1806) von *Jos. Milbiller* hat nur geringen Werth. *Pölitz*: *das deutsche Volk und Reich*, Leipzig 1816. 8. *Voigtel's Geschichte des deutschen Reichs*, Halle 1818. 8. und *Mannert's Compend. der deusch. Reichsgeschichte*, Neueste Ausgabe, Altdorf 1819. 8. Unter diesen drey Compendien ist das von *Pölitz* in litterarisch-politischer Hinsicht, das von *Voigtel* wegen der eigenthümlichen Behandlung der Culturgeschichte und das von *Mannert* rücksichtlich der kräftigen Darstellung und glücklichen Auswahl des Stoffes besonders empfehlenswerth. In publicistischer Beziehung verdient *Pütters* historische Entwicklung der heutigen Staatsverfassung des deutschen Reichs, neueste Ausgabe, Göttingen 1798. 3 Bde. 8. Aufmerksamkeit. Im Bezug auf die juristischen Verhältnisse kann *Eichhorns deutsche Staats- und Rechtsgeschichte*, neueste Ausg. Göttingen 1820—25. 4 Bde. 8. verglichen werden; die jedoch wegen des dunkeln Vortrags zurückschreckt. Treffliche

Beyträge für die Sittengeschichte liefert Leuchs in seiner freymüthigen und auf Thatsachen gegründeten Charakteristik der Kaiser und Könige Deutschlands. Augsburg 1792—1806. 5 Bde. 8.; einem Werke, das sich durch grosse Wahrheitsliebe auszeichnet.

Siebentes Kapitel.

Erläuterung des Studienplanes für das vierte Halbjahr.

§. 90.

Studium des Civilprocesses.

Die Erörterung und Entscheidung der, unter den Staatsbürgern über das Mein und Dein entstandenen Streitigkeiten nach einem bestimmten regelmässigen Verfahren (*Procedere*), so wie letzteres §.33. charakterisirt worden ist, verlangt eine sehr genaue Vorbereitung. Deshalb muss auf das Studium der, für diese Erörterung vorhandenen Regeln grosse Aufmerksamkeit gewendet werden. Die Processwissenschaft, als Inbegriff dieser Regeln, oder der geradehin so genannte Process lässt die Eigenthümlichkeit der Anwendung der juristischen Theorieen auf das Leben selbst besonders erkennen, und bildet deshalb einen Haupttheil der sogenannten praktischen Rechtswissenschaften.

Als vorzügliche Hülfsmittel verdienen bemerkt zu werden: Grolmans Theorie des gerichtlichen Verfahrens in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, 5te Ausg., Giessen 1826. 8.; mit philosophischem Scharfsinne ge-

schrieben. Martin's Lehrbuch des gemeinen deutschen bürgerlichen Processes, neueste Ausgabe, Göttingen 1825. 8., empfiehlt sich durch sehr gute Anordnung der Materien. Gönner's Handbuch des gemeinen deutschen Processes in Abhandlungen, 2te Ausgabe, Erlangen 1805. 8. 4 Bde. Durch Klarheit der Darstellung eben so, wie durch Reichhaltigkeit des Stoffes ausgezeichnet. Für die Praxis, namentlich in Bezug auf Sachsen, behauptet den ersten Platz: *Bieneri systema processus judicarii et communis et saxonici*, 3te Ausgabe, Leipzig 1821. 8. 2 Bde. Nächst dem ist *Pfotenhauer's Doctrina processus c. germanici t. praes. saxon. Ed. sec. c. Diedemann, Lips. 1826. et 27. 8.* zu benutzen. Auch kann v. Almendingens Versuch einer Metaphysik des deutschen und französischen Civilprocesses, Giessen 1819. 8. verglichen werden.

§. 91.

Besondere Bemerkungen über das Studium des Processes.

Der Umfang der zur Rechtswissenschaft gehörigen Materien ist so bedeutend, dass die Auffassung derselben nur nach und nach geschehen kann. Hierbey wird es am zweckmässigsten seyn, die einzelnen, im Laufe des Processes vorkommenden Gegenstände anfangs an und für sich, ausser ihrem Zusammenhange zu betrachten. So suche man sich z. B. zuerst einen klaren Begriff von einer Klage, Einrede, einem Beweise und Gegenbeweise, einem Urtheil und Bescheide, von der Ladung, der Notification, den Processkosten u. s. w. zu verschaffen. Sodann aber müssen dieselben Gegenstände in ihrer Aufeinanderfolge bey den Rechts-

verhandlungen aufgefasst werden. Es kommt also dann darauf an, den eigenthümlichen Platz, den jene Bestandtheile des Processes jedesmal einnehmen, und ihr besonderes Verhältniss zu einander, genauer kennen zu lernen. Jedoch reicht diese doppelte Auffassungart der Processwissenschaft nach ihrem allgemeinen und besondern Theile, zur festen Begründung einer richtigen Ansicht davon noch nicht hin. Es bedarf dazu durchaus der eignen Einsicht in die Gerichtsakten. Denn da die Processtheorie, als Darstellung der Verfahrungsweise bey Entscheidung der Rechtsstreitigkeiten, so ganz auf Formalismus beruht, eigne Anschauung aber das beste Mittel ist, sich eine gewisse Form einzuprägen, so muss die genauere Bekanntschaft mit wirklich ergangenen Gerichtsakten zum Verständniss der Processwissenschaft vorzüglich viel beytragen. Daher muss schon während des akademischen Lebens jede Gelegenheit, Processakten zu sehen und zu lesen, eifrig benutzt werden.

Exegetische Vorlesungen über die Gerichtsordnung des Landes sollten auf keiner Universität fehlen; sie allein können vor mancherley processualischen Irrthümern bewahren helfen, deren Erkenntniss ausserdem durch unglückliche Erfolge in der Praxis späterhin sehr theuer erkaufte werden muss.

§. 92.

Studium des partikulären Privatrechts.

Zur Abrundung der, durch das Studium des Processes gewonnenen praktischen Ansichten wird die Beschäftigung mit dem partikulären Privatrechte zu gleicher Zeit sehr gut benutzt werden können. Die Existenz dieses partikulären Privatrechts ist gar nicht zu be-

streiten. Denn obgleich in jedem einzelnen Territorio von Deutschland die Hauptgrundsätze des gemeinen deutschen Privatrechts noch wirklich Anwendung finden (§. 83.), so werden sie doch durch veränderte Localverhältnisse so oft und mannichfaltig modificirt, dass für die juristischen Staatsdiener eines jeden Territoriums das genaue Studium des gerade hier geltenden Partikularrechts unerlässlich ist; besonders für den künftigen Beamten und Rechtsanwald. Denn erst durch diese genaue Kenntniss der Rechtsprincipien wird er einheimisch werden in dem Gebiete seiner Thätigkeit, und die für den Praktiker so unentbehrliche Sicherheit im Speciellen erlangen. Unter allen Partikularprivatrechten Deutschlands hat keines für seine Gültigkeit einen grössern Spielraum, als das sächsische; theils, weil das Ansehn des, ihm hauptsächlich zu Grunde liegenden Sachsenspiegels sich so weit, selbst über Deutschlands Gränzen hinaus verbreitete; theils, weil ihm eine sorgfältige wissenschaftliche Durchforschung und Behandlung weit früher zu Theil ward, als irgend einem andern Territorialrechte Deutschlands. Daher ist selbst aussersächsischen Juristen das Studium des sächsischen Privatrechts gar sehr zu empfehlen.

Unter den Hülfsmitteln dazu zeichnen sich besonders aus: Haubold's Lehrbuch des königl. sächsischen Privatrechts, Leipzig 1820. 8. Curtius Handbuch des sächsischen Civilrechts, fortgesetzt von Richter, Hähnel und Hensel, 2te Ausgabe, Leipzig 1807—28. 5 Bde. 8. Für die Praxis: *Kind's quæstiones forenses*, 2te Ausgabe, Leipzig 1807. 8. 4 Bde und *Gottschalk, selecta Disceptationum forensium capita*. *Dresdae* 1817—22. 3 Bde. 8.

§. 93.

Studium des positiven Criminalrechts.

Die, durch die Beschäftigung mit den philosophischen Prämissen des Criminalrechts (§. 86.) bereits gewonnene Uebersicht über die allgemeinen Grundsätze desselben, wird schon durch sich selbst den Studirenden lebhaft auffordern, die mannfaltigen Modificationen jener Grundsätze durch ihre Anwendung in einem einzelnen Staate so bald, als möglich kennen zu lernen. Das Studium der positiven Gesetzgebung hierüber wird ihn leicht davon überzeugen, dass es fast keine juristische Wissenschaft giebt, die sich so ganz nach dem eigenthümlichen Geiste ihrer Nation ausgebildet hat, als die des positiven deutschen Criminalrechts. Hierin liegt auch der Grund, weshalb römische Principien in unserm Criminalrechte so gut als gar nicht gelten: sie widersprechen dem Geiste der deutschen Nation. Die Verschiedenheit der Ansicht von der Begründung des Strafrechts (§. 19. u. 20.) hat auch Verschiedenheit in die positive Gesetzgebung gebracht; so dass fast in jedem Territorio Deutschlands andere Grundsätze hierüber zur Anwendung kommen. Die neuern positiven Criminalgesetzgebungen Deutschlands beruhen zwar auf etwas festeren Principien, als die früheren; allein noch immer lässt sich keins der verschiedenen Systeme bey der Anwendung völlig consequent durchführen. Das Feuerbachische Abschreckungssystem, dem zu Folge der Verbrecher bestraft wird, nicht nur, damit er selbst von der Wiederbegehung der That zurückgescheucht, sondern namentlich auch, damit die übrigen Staatsbürger von ähnlichen Hand-

lungen zurückgehalten werden, wird durch seinen, freylich sehr consequenten Rigorismus unpraktisch; wie noch neuerlich die Einführung und spätere Wiederschaffung des auf die Feuerbachische Theorie gegründeten baierischen Strafgesetzbuchs von 1813 deutlich bewiesen hat. Das Grolmanische Präventionssystem, das sich auf den Grundsatz stützt, der Verbrecher müsse bestraft werden, damit er in Zukunft dem Staate nicht mehr schaden könne, wird, weil die Subjectivität des Verbrechers (§. 20.) hier namentlich in Frage kommt, die so äusserst schwierig zu ergründen ist, von dem gewöhnlichen Richter fast niemals richtig angewendet werden. Die sogenannte Besserungstheorie, welche auf dem Grundsätze beruht, dass die Strafe ein bloßes Zuchtmittel für die Erziehung zum Bessern seyn müsse, nimmt einen zu hohen moralischen Standpunkt an, als dass sie sich in Staaten, wie die unsrigen nun einmal sind, rein durchführen liesse. Die kantische Wiedervergeltungstheorie endlich, die auf der rechtlichen Ausgleichung beruht, lässt die bürgerliche Behörde den Platz des Weltrichters einnehmen, und wird hierdurch sowohl, als durch das Nichtbeachten der moralischen Subjectivität des Verbrechers, unbrauchbar für das Leben. Es scheint daher rathsam, auf die Aufstellung und anwendbare Durchführung eines einzigen Strafzwecks Verzicht zu leisten und statt der erwähnten einfachen Systeme eine zusammengesetzte Theorie, die mehrere Strafzwecke zugleich im Auge behält, anzunehmen. Die Berücksichtigung der oben §. 20. berührten Gesichtspunkte wird sich dabey als vortheilhaft bewähren.

Als Hülfsmittel für das Studium des Criminalrechts

sind besonders zu empfehlen: Henke's Grundriss einer Geschichte des deutschen peinlichen Rechts. Sulzbach 1809. u. 10. 2 Theile. 8. Feuerbach's Lehrbuch des gemeinen in Deutschland gültigen Rechts, 10te Ausgabe, Giessen 1828. 8. Grolman's Grundsätze der Criminalwissenschaft, 4te Ausgabe, Giessen 1825. 8. Martin's Lehrbuch des gemeinen deutschen Criminalrechts, Göttingen 1820. 8. Henke's Lehrbuch der Criminalrechtswissenschaft, Zürich 1815. 8. 2 Bde. (In letztern beyden Werken ist die Idee eines mehrfachen, gemischten Strafzwecks mit Rücksicht auf den doppelten Masstab der Verbrechen (§. 20.) festgehalten.) Tittmann's Handbuch der Strafrechtswissenschaft und Strafgesetzkunde, 2te Ausgabe, Halle 1822. 8. 3 Bde; besonders unentbehrlich für die Praxis. Unter den kürzern Compendien zeichnen sich Tittmann's Grundlinien der Strafrechtswissenschaft und Strafgesetzkunde, Leipzig 1800. 8. und Dabelow's Lehrbuch des deutschen gemeinen peinlichen Rechts, Halle 1807. 8. sehr vortheilhaft aus. Ansserdem vergleiche man noch v. Almindingen's Untersuchung über culpose Verbrechen, Giessen 1804. 8., Henke über den gegenwärtigen Zustand der Criminalrechtswissenschaft, Landshut 1810. 8., und Ebenderselbe über den Streit der Strafrechtstheorien, Regensburg 1811. 8.

Der Einfluss der kantischen Philosophie auf die Criminalrechtstheorieen hat ein Streben nach Consequenz herbeygeführt, das in seinen Wirkungen besonders als systematischer Rigorismus höchst behinderlich für die praktische Anwendung der, danach abgefassten gesetzlichen Vorschriften geworden ist. Auch hier verdient Thibaut gehört zu

werden (in den früher angeführten Beyträgen Seite 98. u. ff.). „Es ist sehr leicht, harte Gesetze zu geben, weil man das Individuum, welches die Strafe trifft, nicht kennt; aber unendlich schwer ist es, und für den fühlenden Mann gewiss der härteste Kampf, ein einzelnes Subjekt nach Grundsätzen zu richten, gegen welche sich sein Herz und sein Verstand empört. Ich bin bey Auslegung der Gesetze wohl so sehr wie Jemand, von der strikten Observanz, aber bey Anwendung derselben fast bey jedem dritten Rechtsstreite in Gefahr, meine Theorie zu verleugnen; auch erinnere ich mich nicht, irgend jemand gekannt zu haben, welcher sich durch das: *lex quidem dura, sed scripta est*, gegen Mitleid und Illusionen hätte hinlänglich waffnen können.“ Ebenso Seite 100: „Der Regent straft nicht für sich, oder für Gott, als Stellvertreter desselben auf Erden: sondern für die Unterthanen, welche gegen Rechtsverletzungen gesichert seyn wollen. Wenn ein Bürger lieber sein Eigenthum preisgeben, als Schuld an dem Tode eines Menschen seyn will, und diess herrschender Nationalgeist wird: warum sollte denn der Regent die Unterthanen weiter schützen, als sie selbst geschützt seyn wollen? Gegen die herrschende Meinung strafen, ist keine Wohlthat, sondern vielmehr eine, der Nation selbst zugefügte Strafe, ein aufgedrungenes, verhasstes Glück, und in sofern ein Gegenstand, worauf die Rechte und Verbindlichkeiten des Regenten nur in sehr wenigen Fällen gerichtet seyn können.“

§. 94.

Studium des Criminalprocesses.

Die Eigenthümlichkeiten des Criminalrechts gehen natürlich auch auf den Criminalprocess über, und ge-

ben ihm eine vom Civilprocess ganz verschiedene Natur; zumal, da wir nicht mehr den ältern Anklageprocess, der allerdings formelle Aehnlichkeit mit dem Civilprocessverfahren hat, in den Gerichten anwenden, sondern vielmehr den sogenannten Inquisitionsprocess (§. 32.). Die Vielseitigkeit der criminalistischen Casuistik, für welche der Gesetzgeber sehr oft keine bestimmten Vorschriften geben kann, legt dem künftigen Criminalrichter die Verpflichtung auf, sein subjectives juristisches Urtheil möglichst zu schärfen. Ein treffliches Hülfsmittel dazu ist die fleissige Lektüre gut geführter Criminalakten, und solcher Criminalfälle, wobey der Referent auf den Gang der Untersuchung und die Selbstthätigkeit des Richters aufmerksam gemacht hat. Das Studium der Psychologie und der Anthropologie überhaupt wird auf diese Lektüre am nützlichsten vorbereiten.

Hülfsmittel für das Studium des Criminalprocesses, die sich auszeichnen, sind namentlich: Martin's Lehrbuch des gemeinen deutschen Criminalprocesses, Göttingen 1820. 8. und Stübel: das Criminalverfahren in den deutschen Gerichten, mit besonderer Rücksicht auf das Königreich Sachsen, Leipzig 1815. 5 Bde. 8.; für den Criminalrichter schon wegen des feinen Details unentbehrlich. Für Sachsen insbesondere ist Winkler's Handbuch des sächsischen Processes, Leipzig 1802. 8. zu benutzen. Auch das treffliche Werk von Stübel über den Thatbestand der Verbrechen, Wittenberg 1805. 8. verdient Beachtung. Unter den Sammlungen von Criminalfällen zeichnen sich vortheilhaft aus: Pfister's merkwürdige Criminalfälle mit Rücksicht auf die Untersuchungsführung, Heidelberg 1816—22. 5 Bde. 8.

1. Die Geschichte des Criminalrechts hat sich bis jetzt nur sehr weniger Bearbeiter zu erfreuen gehabt, und daher pflegen selbst viele von denen, welche mit der Geschichte andrer Rechtstheile sehr wohl bekannt sind, über die allmähliche Ausbildung des Criminalrechts nur unsichere Ideen mit sich herum zu tragen. Noch weniger aber, als für die Geschichte des Criminalrechts überhaupt, ist zur Zeit für die Geschichte des Criminalprocesses geschehen. Selbst in dem oben genannten sehr gründlichen Werke von Henke sind in Beziehung auf den Criminalprocess die einzelnen Ausführungen ungnügend. Gleichwohl würde eine pragmatische Geschichte des Criminalprocesses in Deutschland den wahren Schlüssel zu einer Menge noch unaufgelöster Probleme in unsrer Rechtsverfassung zu liefern im Stande seyn. Möchten doch daher diejenigen, welche dem neu belebten Studium der deutschen Geschichte ihre Kräfte mit vorzüglicher Rücksicht auf die Rechtsinstitute gewidmet haben, auch für die Geschichte des Criminalprocesses thätig zu seyn sich entschliessen. Treffliche Beyträge dazu finden sich unter andern auch in der akademischen Schrift von C. A. Tittmann: *de causis auctorit. juris Canonici in jure Criminali Germanico. Dissert. I. et II. Lips.* 1798. 4.

2. Es würden nicht noch jetzt bey der Handhabung des Criminalprocesses, für den nun einmal seiner Natur nach die Gesetze nicht alles bis ins feinste Detail vorschreiben können, tagtäglich so viele Ungereimtheiten begangen werden, wenn alle Criminalrichter die Wichtigkeit ihres Amtes aus dem richtigen Gesichtspunkte beurtheilten. Sehr viele nützliche Bemerkungen über diesen Punkt finden sich für die, welche Ohren haben, zu hören, in der kleinen Schrift: Bild eines vollkommenen Rich-

ters, und Vorschläge zu einer vernünftigen Verwaltung des Richteramtes von K. A. Klauhold, Giessen 1798. 8. Eben so in der ursprünglich französischen Abhandlung: von der Würde des Richteramtes, oder Ideen zur Philosophie der peinlichen Gesetze. Herausgegeben von v. Eckartshausen, München 1788. 8.

§. 95.

Studium der praktischen Philosophie.

Den, §. 58. über den Charakter der praktischen Philosophie aufgestellten Grundsätzen zu Folge beschäftigt sich dieselbe namentlich mit der Lehre von der äussern und innern Freyheit des Menschen, rücksichtlich des Verhältnisses dieser Freyheit zu der Handlungsweise des Menschen im Leben selbst. Aus der Natur der innern Freyheit fliessen die Grundsätze der Moral; aus der Natur der äussern Freyheit die Grundsätze der philosophischen Rechtslehre. Die Nothwendigkeit des Studiums der letztern leuchtet von selbst ein, da sie die Basis für das positive Recht bildet, und es bedarf bey diesem Studium nur der Berücksichtigung derjenigen Winke, die §. 8. und 9. über das Verhältniss des philosophischen Rechts zum positiven ertheilt worden sind. Das Studium der Moral ist schon der allgemeinen Ausbildung wegen, die auch dem Juristen so sehr zu empfehlen ist, nicht hintanzusetzen, zumal da sich dadurch auf Veredlung des Charakters so leicht hinwirken lässt. Aber auch in besonderer Beziehung verdient die Moral die Aufmerksamkeit des Juristen in sofern, als ihr grosser Einfluss auf die rechtsphilosophischen Principien (§. 58.) von jedem unbefangenen Beurtheiler anerkannt werden muss. Auch

hier wird die Reinerhaltung von der eigensinnigen Consequenzmacherey gekünstelter Systeme die wohlthätigsten Früchte bringen.

Als Hülfsmittel zum genauern Studium der einzelnen Theile der praktischen Philosophie empfiehlt sich Krugs System der praktischen Philosophie, Königsberg 1817—19. 3 Bde. 8. Für die erste Auffassung aber sind sehr belehrend: Beattie's Elemente der Psychologie, natürlichen Theologie und Moral, aus dem Englischen v. Moritz, Berlin 1791. 8.

Seitdem einige angesehene Rechtslehrer die Nothwendigkeit der gänzlichen Trennung der Moral von der Rechtslehre mit so viel Zuversichtlichkeit behauptet haben, wird das wissenschaftliche Studium der Grundsätze der Moral unter den Juristen immer seltener. In der That ein sehr wesentlicher Nachtheil jener, auf die Auswüchse des Kriticismus gestützten systematisirenden Separationsmethode, durch deren Anwendung das Gesamtgebiet der philosophischen Wissenschaften zwar an extensiver Grösse gewonnen, an intensiver Kraft aber unendlich viel verloren hat! Hoffentlich wird die innige, ganz naturgemässe Ueberzeugung von dem genauen Zusammenhange der Moralprincipien mit der Rechtslehre, durch die Stimmen, welche in neuester Zeit sich wieder für sie erhoben haben, lebendig angeregt werden, und auf dem Grunde selbstständiger Prüfung Festigkeit gewinnen. Wie traurig wäre es, wenn die Beobachtungen umsichtiger Moralisten, wie z. B. eines Cicero und Seneca unter den Alten, und eines Payley, Ferguson, Garve und Reinhard unter den Neuern, für die juristische Benutzung fernerhin verloren gehen sollten; da die Geschichte aller Zeiten für den Einfluss moralischer Kräfte auf die Sicherstellung

des Staatslebens ein so unverwerfliches Zeugniß ablegt.

§. 96.

Studium der Anthropologie.

Je mannichtaltiger die menschlichen Verhältnisse sind, in deren Gebiet der praktische Jurist thätig einzugreifen verpflichtet ist; je unentbehrlicher für ihn besonders wegen der Anforderungen des philosophischen Criminalrechts die nähere Kenntniss der körperlichen und geistigen Anlagen und Fähigkeiten des Menschen ist: desto mehr muss er sich das Studium der Anthropologie oder der Lehre von der körperlichen und geistigen Natur des Menschen angelegen seyn lassen.

Die Anthropologie erscheint im Bezug auf das Körperliche als Physiologie (vergl. §. 47.), rücksichtlich des Geistigen aber als Psychologie. Das grosse Interesse ihrer Lehren für jeden Gebildeten gewährt dem Studium dieser Wissenschaft einen eigenthümlichen Reitz. Für die Fortbildung und Consolidirung der darin erworbenen Kenntniss wird Aufmerksamkeit auf die im Leben selbst sich mehrfach darbietenden anthropologischen Erscheinungen am heilsamsten seyn. Auch die Lektüre psychologisch interessanter biographischer und anderer Schriften, wie z. B. des Anton Reiser von Moritz und des Werks über die Einsamkeit von Zimmermann ist in dieser Rücksicht zu empfehlen.

Als Hülfsmittel verdienen Beachtung: Pölitz populäre Anthropologie, Leipzig 1800. 8.; Heinroths Lehrbuch der Anthropologie, Leipzig 1822. 8.; Sigwarts Grundzüge der Anthropologie, Tübingen 1827.

8.; Camus Grundsätze der praktischen Seelenkunde, übersetzt von Eicken, Elberfeld 1798. 8.; J. K. Wetzel's Versuche über die Kenntniss des Menschen, Leipzig 1885. 2 Bde: Kants Handbuch der Anthropologie in pragmatischer Hinsicht, neueste Ausgabe, Königsberg 1721. 8. und Hoffbauers Psychologie in ihren Hauptanwendungen auf die Rechtspflege, 2te Ausgabe, Halle 1823. 8. Einzelne, sehr interessante Bemerkungen zur Psychologie finden sich unter andern in Beattie's moralischen und kritischen Abhandlungen, aus dem Engl., Göttingen 1789. 8. 3 Bde, und in Ebendesselben neuen philosophischen Versuchen, aus dem Englischen, Leipzig 1779. und 80. 2 Bde. 8. Unter den ältern psychologischen Schriften zeichnet sich *Joh. Barclay's Icon animorum* höchst vortheilhaft aus. Es bildet eigentlich die 4te Abtheilung seines *Satyricon. Lugdun. Batav. 1774. 8.*, ist aber auch mehrmals besonders abgedruckt worden, z. B. Dresden und Leipzig 1763. 8. Neuerlich hat es A. Weddige in's Deutsche übersetzt (Münster 1821. 8.); zweckmässiger wäre aber wohl eine neue Ausgabe des Originals gewesen, da Barklays eleganter und doch körnigter Styl über seine Schilderungen ein eigenthümliches, für den Uebersetzer unerreichbares Licht verbreitet.

Der verewigte Herder wollte einst ein Werk über die schädliche Einwirkung der kritischen Philosophie auf die Moralität und die innere Glückseligkeit des Menschen schreiben. (Vergleiche die Erinnerungen aus Herders Leben, herausgegeben v. J. G. Müller, Stuttgart 1820. 8. Bd. II. S. 226.) Ebenso liesse sich wohl ein Werk über die schädliche Einwirkung des Criticismus auf das Studium

der praktischen Philosophie überhaupt und die Anthropologie insbesondere schreiben. In der That hat der Formalismus der Kantianer durch seine Opposition gegen das Gewicht der Erfahrungssätze in der Philosophie die Vernachlässigung psychologisch-anthropologischer Forschungen herbeygeführt, und dadurch in sofern grossen Schaden gestiftet, als die, den Entzweck der Philosophie in sich fassende direkte Benutzung philosophischer Lehrsätze für das wirkliche Leben nur durch genaue Prüfung derselben an den Resultaten jener Forschungen garantirt wird.

Nur allein der vorerwähnten Tendenz der kantischen Philosophie, für die freylich das ungewöhnliche Genie ihres Urhebers blitzschnelle Anerkennung erzwang, ist es zuzuschreiben, dass so gründliche, tief geschöpfte psychologische Untersuchungen, wie sie z. B. Johann Nikolas Tetens in seinen philosophischen Versuchen über die menschliche Natur und ihre Entwicklung (Leipzig 1777. 8. 2 Bde.) niedergelegt hat, unbenutzt liegen gelassen wurden.

Die Philosophie würde sich nicht jetzt über Mangel an warmer Theilnahme unter allen Ständen so sehr zu beklagen haben, wenn wir in neuerer Zeit statt der unzähligen Metaphysiken und Naturrechte, die kaum *ex officio* gelesen werden, Fortsetzungen von den einst allgemein beliebten psychologischen Magazinen eines Moritz und Mauchard, und ähnliche in diesem Geiste gearbeitete, mit praktischen Erfahrungen reichlich ausgestattete Werke erhalten hätten. Ganz vorzüglich geeignet dazu, in denen, die zum Selbstdenken bereits einige Neigung fühlen, Interesse für psychologisch-anthropologische Forschungen zu erregen, ist das unsterbliche Werk von Locke über den menschlichen Verstand: deutsch zuletzt von Tenne-

mann, Jena 1795. u. ff. 8. 3 Bde, das wohl wieder eine neue Bearbeitung für deutsche Leser verdiente.

Achtes Kapitel.

Erläuterung des Studienplanes für das fünfte Halbjahr.

§. 97.

Fortsetzung der Civilprocessstudien.

Wegen der Reichhaltigkeit des Stoffes sowohl, als wegen der Wichtigkeit der ganzen Lehre für die gesamte juristische Thätigkeit, muss dem Studium der Processwissenschaft ein weit grösserer Zeitraum, als andern Disciplinen gewidmet werden. Es ist daher dasselbe keineswegs in den Bereich eines einzigen Halbjahrs einzuschränken. Nach Auffassung der allgemeinen processualischen Regeln müssen vorzüglich die mannichfaltigen Abweichungen davon die Aufmerksamkeit des Studirenden beschäftigen. Sie werden, weil sie meistens einen ganz neuen Processgang verursachen, der auf weniger Formalitäten, als der gewöhnliche beruht, die summarischen Processarten genannt. Dahin gehören: der Wechselprocess, der *processus causarum minutarum* (im Preussischen das Verfahren in Baggatellsachen genannt,) der Executiv- und Mandatsprocess, der Provokationsprocess und mehrere ähnliche Gattungen. Freylich sind die Regeln des gemeinen Rechts über die summarischen Processarten sehr unbe-

stimmt, doch lassen sie sich füglich aus dem Territorialprocessrechte ergänzen. Selbst der Geist des sogenannten ordentlichen Processverfahrens wird dann erst richtig erkannt werden, wenn das genauere Studium der summarischen Processarten auf die Verschiedenheiten zwischen beyden recht aufmerksam gemacht hat. Auch mancherley Regeln für die Vermeidung der Weitschweifigkeit bey praktischen Arbeiten, dürften sich als erfreuliche Resultate dieses Studiums darbieten; denn die Logomachieen und Tautologieen der Praktiker sind oft blos die Folgen davon, dass aus Unkenntniss eine Processart mit der andern verwechselt wurde. Die Nothwendigkeit, das Aktenlesen auch bey Auffassung der summarischen Processarten fortzusetzen, leuchtet von selbst ein.

Möchten doch durch die vortrefflichen Bemerkungen über das Verhältniss des summarischen Processes zum ordinarischen, welche sich in der, ihrem ganzen Inhalte nach höchst beherzigenswerthen Schrift: Die dringsten Gebrechen der vaterländischen Civilrechtspflege und Ideen, denselben abzuhelpen, von einem königl. sächs. Staatsdiener, Dresden 1826. 8. Seite 40 und ff. finden, recht viele praktisch-gebildete Rechtsgelehrte veranlasst werden, die aus ihrem Geschäftsleben ihnen zugeflossenen Erfahrungen über diesen Gegenstand öffentlich bekannt zu machen; die Processgesetzgebung würde dadurch unglaublich gewinnen.

§. 98.

Disputatorium über processualische Gegenstände.

Da die ganze praktische Brauchbarkeit eines Ju-

risten von der richtigen Auffassung und Würdigung der Processwissenschaft abhängt, so muss auch jedes sich irgend darbietende Mittel für die Erreichung dieses Zwecks benutzt werden. Die Manchfaltigkeit der im täglichen Leben vorkommenden Rechtsstreitigkeiten lässt sich nicht unter ganz gewisse Regeln zwingen. Demnach müssen die sogenannten Processordnungen oder die gesetzlichen Vorschriften über die, bey Rechtsstreitigkeiten zu beobachtende wiederkehrende Form, immer unvollständig bleiben, und es fällt dem, für die Praxis sich bildenden Juristen die Verpflichtung anheim, den Nachtheilen dieser Unvollständigkeit dadurch entgegenzuarbeiten, dass er seinen Blick für die Verschiedenartigkeit der processualischen Fälle möglichst schärft. Nirgends wird er diesen Zweck besser erreichen, als in einem Disputatorium über processualische Gegenstände. An Streitsätzen fehlt es gerade hier am wenigsten, und sie lassen sich desto interessanter auffassen, je mehrere juristische Disciplinen damit in Verbindung gebracht werden können und müssen. Knüpft man nun noch besondere praktische Ausarbeitungen daran, so ist ein solches, immer in lateinischer Sprache zu haltendes Disputatorium die beste Vor- schule für die Advokatenpraxis, und zugleich eine Einleitung zu dem, gleich zu erwähnenden, mehr die Form als die Materie beachtenden Uebungskollegium.

§. 98.

Erste Versuche in praktischen Arbeiten, nach Anleitung besonderer Uebungskollegien.

Der Uebergang von der bloß wissenschaftlichen Beschäftigung mit den Rechtssätzen zu der Anwendung

derselben im Leben selbst, ist so schwierig, dass er durchaus nur nach und nach erfolgen darf, wenn der Jurist nicht aus Mangel an Festigkeit die Tendenz der Praxis missverstehen soll. Da die Anwendung der Rechtssätze sich namentlich auf die Processtheorie stützt, so müssen zuerst nach den Vorschriften dieser letztern praktische Fälle in den Uebungskollegien ausgearbeitet werden. Das Fortschreiten von dem Leichtern zum Schwierigern versteht sich von selbst: wenn mit Klagen und Vorladungen begonnen werden kann, so sind dagegen zur Ausarbeitung eines Beweises und Gegenbeweises schon geübtere Kräfte erforderlich. Die Mittheilung von Formularen, welche bey den Ausarbeitungen berücksichtigt werden können, ist wegen der hergebrachten und nicht ohne vernünftige Gründe vertheidigten stereotypischen Gesetzmässigkeit des juristischen Canzleystyls wünschenswerth. Oeftere Vergleichung mehrerer Arbeiten über denselben Stoff wird für die Ausbildung des Styls sehr vortheilhaft seyn. Ein besonderer Nutzen der praktischen Versuche in den Uebungskollegien ist noch der, dass sie über die processualische Casuistik hier und da Winke ertheilen, auf welche die Theorie gar nicht aufmerksam macht, und deren Unkenntniss doch, mit in das Geschäftsleben hineingebracht, zu unzähligen Missgriffen verleitet. Das Aktenlesen ist während dieses Uebungskollegii mit doppeltem Eifer vorzunehmen.

Schriftliche Anweisungen gewähren hier selten den gewünschten Nutzen. Jedoch kann Pütters Anleitung zur juristischen Praxis, Göttingen 1802. 8. 2 Bde, verglichen werden.

§. 100.

Studium des Natur- und Völkerrechts.

Obgleich die philosophischen Grundsätze über die Rechtsverhältnisse der Individuen sowohl als der bürgerlichen Gesellschaften, oder das sogenannte Natur- und Völkerrecht, einen Theil der praktischen Philosophie bilden (§. 94.) und also das Studium dieser Grundsätze zu dem Studium der praktischen Philosophie überhaupt gehört, so lässt es sich doch auch, abgesondert von der letztern, aus einem eigenthümlichen Gesichtspunkte auffassen. Wenn wir nämlich darauf Rücksicht nehmen, dass die Grundprincipien des positiven Rechts als Modifikationen der, in der philosophischen Rechtslehre aufgestellten Hauptsätze erscheinen (vergl. §. 8—12.), so können wir auch nicht zweifeln, dass eine Vergleichung der Grundsätze des positiven Rechts mit den ursprünglichen Behauptungen der philosophischen Rechtslehre für den Juristen vom grössten Nutzen seyn müsse. Und diese Vergleichung soll eben die Grundidee des hier empfohlenen besondern, von der Auffassung der praktischen Philosophie überhaupt getrennten Studiums der philosophischen Rechtslehre ausmachen. Verschieden ist jedoch eine solche Vergleichung immer noch von der sogenannten Philosophie des positiven Rechts; denn diese letztere bezieht sich nur auf die Bildung und Gestaltung eines gegebenen positiven Rechts und betrachtet die Art und Weise, wie der Gesetzgeber dazu kam, in seiner Gesetzgebung die Modifikationen der philosophischen Rechtslehre gerade so, und nicht anders festzustellen. Freylich aber führt die Vergleichung der positiven mit der

philosophischen Rechtslehre allmählig zur Philosophie des positiven Rechts. Die Lehre von den philosophisch zulässigen Rechtsverhältnissen der bürgerlichen Gesellschaften, oder das sogenannte Völkerrecht ist sehr oft mit dem positiven Staatsrechte vermischt worden, weil es, aus Mangel eines Gesetzcodex darüber, gar kein anerkannt allgemeines positives Staats- und Völkerrecht giebt.

Als Hülfsmittel zur Vergleichung der philosophischen Rechtslehre mit den positiven Principien sind zu empfehlen: Stöckhardts Wissenschaft des Rechts oder Naturrecht in Verbindung mit einer vergleichenden Kritik der positiven Rechtsideen, Leipzig 1825. 8.; Gros Lehrbuch der philosophischen Rechtswissenschaft, Tübingen 1823. 8.; Klein's Grundsätze der natürlichen Rechtswissenschaft nebst einer Geschichte derselben, Halle 1797. 8. und Höpfner's Naturrecht der einzelnen Menschen, der Gesellschaften und der Völker, neueste Ausgabe, Marburg 1806. 8.

Erst durch sorgfältige historische Erörterungen über die Grundlagen und die allmähliche Ausbildung der einzelnen Rechtsdisciplinen wird eine wahrhaft nützliche, von dem Naturrechte ganz getrennte Philosophie des positiven Rechts, an der es uns in der That noch fehlt, vorbereitet werden können. Sobald aber diese unentbehrliche Masse von historischer Erkenntniss irgend einmal durch die vereinigten Bemühungen Mehrerer zu Tage gefördert und wissenschaftlich geordnet seyn wird, dann werden auch philosophische Köpfe sich finden, welche aus dem gegebenen Stoffe fruchtbare Resultate zu ziehen vermögen. Eine so begründete Philosophie des positiven Rechts wird dann eine

wesentliche Lücke in dem Bereiche unsrer juristischen Disciplinen ergänzen, indem sie die Elemente der Gesetzgebungskunst liefert; aber sie wird auch zugleich eins der stärksten Bindemittel zur Vereinigung der Theorie und Praxis darbieten, und auf diese Art die heillosen Zänkereyen über diesen Punkt mit einem Male niederschlagen. Welche herrliche Aussicht! Und unerreichbar ist das angegebene Ziel keineswegs. Da der einzige Montesquieu vor mehr als 70 Jahren in seinem unsterblichen *Esprit des loix* schon so viel für dieses Fach geleistet hat, so dürfte es wohl jetzt, wo so viele, jenem unermüdlichen Geiste verschlossene Quellen sich geöffnet haben, so mannfaltige Hilfsmittel mit wetteifernder Thätigkeit der dankbaren Benutzung dargeboten werden, deren künftiges Erscheinen Montesquieu kaum ahnen konnte, für einen verständig geordneten Verein Mehrerer kein allzukühnes Wagestück seyn, das Gebiet der historischen Erkenntniss zur Gewinnung jener Resultate mit prüfendem Forschungsgeiste zu beherrschen, und darüber der, für solche Ergebnisse unterdess reifgewordenen Mitwelt getreue Rechenschaft abzulegen.

§. 101.

Studium der Staatswissenschaften.

Die Nothwendigkeit der Bekanntschaft mit dem innersten Staatsleben macht es dem Juristen zur Pflicht, sich mit den sogenannten Staatswissenschaften wenigstens in so weit zu befreunden, dass er sich die Hauptgrundsätze der in ihr Gebiet gehörenden einzelnen Disciplinen vergegenwärtigen könne. Diese Disciplinen aber sind vornehmlich: das Staatsrecht, als die Lehre

von den Rechten und Verbindlichkeiten der höchsten Gewalt in einem Staate (§. 14.): die Staatskunst oder Politik, als die Lehre von den Klugheitsregeln, welche bey willkührlichen Handlungen zum Besten des Staates zu beobachten sind: die Statistik, oder Kenntniss des Systems, welches zur Erhaltung der Ordnung in der Verwaltung des Staates mit Rücksicht auf seine natürliche Beschaffenheit, Bevölkerung und Cultur geltend gemacht wird: die Volkswirthschaftslehre, oder der Inbegriff der Grundsätze, nach welchen die Nationalkraft eines Volks, besonders sein innerer Wohlstand, beurtheilt werden muss: die Staatswirthschaftslehre oder Staatshaushaltungskunst, das heisst die Lehre von der, dem Staatswohle zuträglichsten Verwendung der Nationalkräfte: die Finanzwissenschaft oder die Lehre von der Art und Weise, wie die zum Staatshaushalt nöthigen Fonds rechtmässiger Weise, und ohne Nachtheil für den Staat von den Unterthanen können erhoben werden, und endlich die Polizeywissenschaft, oder die Lehre von den, zur Erhaltung der guten Staatsordnung nöthigen Beschränkungen der Handlungsweise der Staatsbürger, und sonstigen Vorsichtsmaassregeln. Es leuchtet ein, dass bey der Menge und Verschiedenartigkeit der, in das Gebiet der Staatswissenschaften gehörigen Disciplinen, ein tieferes Studium derselben in ihrem ganzen Umfange während der beschränkten Zeit des akademischen Cursus von keinem Studirenden verlangt werden kann; daher soll sein Hauptstreben in dieser Beziehung zunächst darauf gerichtet seyn, sich eine Uebersicht über die vorzüglichsten Gesichtspunkte für die obengenannten staatswissenschaftlichen Disciplinen, am besten nach Anleitung eines encyclopädischen Vor-

trags über die gesammten Staatswissenschaften, zu verschaffen.

Hülfsmittel: Pölitz Grundriss zu encyclopädischen Vorträgen über die gesammten Staatswissenschaften, Leipzig 1825, und Behr's Abriss der Staatswissenschaftslehre, Bernburg 1816. 8.

Nicht ohne Ursache hat man in neuern Zeiten die Lauheit beklagt, womit in mehrern Theilen von Deutschland das Studium der Staatswissenschaften von den auf den Staastdienst sich Vorbereitenden betrieben wird. Es fragt sich nur, ob nicht die Schuld davon zum Theil auf die Aengstlichkeit fallen möchte, mit welcher manche Behörden jedes öffentliche Bekanntwerden von Staatsangelegenheiten zu verhüten suchen? Dass mit der Veröffentlichung solcher Gegenstände sehr behutsam verfahren werden müsse, leidet keinen Zweifel; aber es scheint doch schon für die Befestigung des so nothwendigen gegenseitigen Vertrauens zwischen der Regierung und den Unterthanen durchaus nicht erspriesslich, eine zu grosse Zurückhaltung in diesem Punkte zu beobachten; auch abgesehen davon, dass in der That die Beschäftigung mit solchen Gegenständen unmöglich interessant seyn kann, über deren Grundgesetze sich die Staatsbürger, auch beym besten Willen, kaum halb zu unterrichten vermögen.

Neuntes Kapitel.

Erläuterung des Studienplanes für das sechste Halbjahr.

§. 102.

Studium der Referir- und Dekretirkunst.

Jeder Referent ist verpflichtet, den Inhalt der ihm vorliegenden Akten so aufzufassen, und darzustellen, dass dadurch die Entscheidung über den fraglichen Fall den Rechten gemäss eingeleitet, und motivirt werde (§. 36.). Demnach muss bey der Beschäftigung mit der Referirkunst vorzüglich nach der Fähigkeit gestrebt werden, jedesmal den Hauptpunkt, auf den es bey der Entscheidung ankommt, in das gehörige Licht zu setzen, und alle Zweifel über ihn zu entfernen. Der Referent hat also die Disposition seiner Arbeit so zu fassen, dass, dem entworfenen Plane zu Folge, überall die juristische Beleuchtung des Hauptpunktes vorherrscht. Es ergiebt sich hieraus von selbst, wie sehr diejenigen irren, welche behaupten, auf die Art und Weise der logischen Disposition einer Relation komme sehr wenig an. Mag der Referent immerhin ein guter praktischer Jurist seyn; sobald er unlogisch verfahren ist, so wird er zwar vielleicht den Hauptpunkt der Entscheidung treffen, aber seine Relation wird nur ihm allein verständlich, allen andern hingegen undeutlich seyn. Nun arbeitet aber der Referent nicht seinetwegen, sondern durchaus, um andern den Rechtsfall entweder zur collegialischen Mitentscheidung, oder, wie es bey den sogenannten Proberelationen der Fall ist,

zur Beurtheilung seiner selbst darzulegen; er muss also darauf bedacht seyn, auch ihnen so deutlich als möglich zu werden: und zwar um so mehr, weil durch das Auffassen eines fremden Vortrags über eine nur einigermaßen verwickelte Rechtssache die Deutlichkeit durchaus nicht so unzweifelhaft herbeygeführt wird, als durch die Autopsie des Referenten. So liegt denn die Nothwendigkeit eines streng lögischen Verfahrens beym Referiren am Tage. Es ist daher sehr wahr, was Tevenar in der gleich anzuführenden Schrift S. 15. sagt: „Ein Referent muss zuvor lernen, sich der Waagschaale als Philosoph zu bedienen, ehe er sich damit als Rechtsgelehrter beschäftigt.“ Hinsichtlich der Dekretirkunst muss der Studirende vorzüglich nach der Geschicklichkeit streben, die in das jedesmalige Erkenntniss zu bringenden Materien so auf einander folgen zu lassen, dass nicht nur ihre Uebersicht leicht wird, sondern dass auch die ganze Zusammenstellung durchaus als nothwendig erscheint; letzteres, weil bey rechtlichen Entscheidungen die möglichste Gedrängtheit des Styls zu beobachten ist. Die Berücksichtigung der Canzleysprache ist beym Dekretiren eben so rathsam, wie bey den übrigen praktisch-juristischen Arbeiten (§. 98.); da die Principien der Dekretir- und Referirkunst vorzüglich aus dem praktischen Leben abstrahirt werden müssen.

Die Uebung durch eigene Versuche wird zwar die Fähigkeit des Studirenden zum Referiren und Dekretiren am besten ausbilden (§. 36.); jedoch können wenigstens einige Hilfsmittel zur Vorbereitung auf eigene Arbeiten in diesem Fache verglichen werden. Als brauchbar zeichnen sich aus: Tevenar über die Kunst, zu

referiren, neueste Ausgabe, Magdeburg 1806. 8.; Martins Anleitung zum Referiren in Rechtssachen, Göttingen 1819. 8., und Pütter über die beste Art, aus Akten zu referiren, Göttingen 1803. 8. Zur Erlernung des Dekretirstyls empfiehlt sich für das Bedürfniss der sächsischen Jnristen: Hommels deutscher Flavius, dritte Ausgabe, Bayreuth 1775. 8.

§. 103.

Bemerkungen über die Anordnung ausführlicher Relationen.

Den eben aufgestellten Grundsätzen gemäss, muss auf die Frage: welches sind die wesentlichen Theile einer Relation? die Antwort lauten, wie folgt: Eine jede, vollständige, solenne Relation hat zwey Haupttheile, einen allgemeinen, historischen, und einen besondern, dogmatischen Theil. Jede dieser Abtheilungen erscheint aber anders, je nachdem entweder von einer Civil- oder von einer Criminalrelation die Rede ist. Bey der Relation über einen Civilrechtsfall zerfällt der allgemeine Theil zweckmässig in folgende drey Unterabtheilungen: 1. An die Spitze tritt eine Erzählung von der äussern Veranlassung zu dem vorliegenden Rechtsfalle. Diese Erzählung beschränkt sich auf diejenigen veranlassenden Thatsachen, welche schon durch die aktenkundigen Verhandlungen ausser Zweifel gesetzt worden sind (*Species facti*). 2. Schliesst sich hieran die historische Darstellung des Processganges; zur Beantwortung der Fragen: wie verfahren die Partheyen in den einzelnen Processhandlungen und wie leitete der Richter dieselben? (*historia processus*) 3. Erhält hier die Prüfung der Formalien ihren Platz, oder die Beantwortung der Frage: Wurden die vorgeschrie-

benen Formen der einzelnen Processhandlungen von von dem Richter sowohl, als den Partheyen gehörig beobachtet? Diess ist deshalb wichtig, weil in den positiven Gerichts- und Processordnungen, zur Vermeidung regelloser Willkühr, wodurch die Rechtssache nur würde verwickelt und in die Länge gezogen werden, bestimmt ist, dass die Nichtbeachtung der vorgeschriebenen wesentlichen Formen den Verlust der Rechtssache selbst nach sich ziehen solle. Hierauf folgt nun der besondere dogmatische Theil der Relation. Dieser zerfällt in vier Unterabtheilungen: 1. Erhält hier die Erörterung des Streitmaterials selbst ihren Platz: zur Beantwortung der Fragen: Was hat der Kläger gefordert, als faktisch oder in den Rechten gegründet, und was hat der Beklagte darauf erwiedert? 2. Folgt das Gutachten oder *Votum* des Referenten. Es stellt nämlich der Referent, nach seinen subjectiven, jedoch auf die Gesetzschriften gestützten Rechtsansichten, gewisse Grundsätze zur Vorbereitung der Entscheidung auf; als Folgerungen aus den Hauptpunkten, welche bey der Erörterung des Streitmaterials aus den sämtlichen Processschriften logisch zusammengeordnet wurden. 3. Schliesst sich hieran die Entscheidung selbst oder das sogenannte Urthel, als *decretum judicis legitimum*, nach einer gewissen, durch den Gerichtsbrauch bestimmten Form an. 4. Wird das Urthel durch die sogenannten Zweifels- und Entscheidungsgründe unterstützt; d. h. die möglichen Einwürfe gegen die gegebene Entscheidung werden durch Rechtsgründe beseitigt, und dadurch zugleich die im gutachtlichen Theile aus dem Streitmateriale gezogenen Folgerungen sicher gestellt.

Hier leistet wieder die Logik die besten Dienste für die Benutzung des, in den Akten vorhandenen juristischen Stoffes: auch soll gerade hier der Referent seine Rechtskenntnisse an den Tag legen. Bey den Relationen über Criminalrechtsfälle erfahren der Natur der Sache nach die einzelnen Abschnitte der zwey Haupttheile einige Abänderung. Folgende Anordnung wird dabey zweckmässig seyn: A. Allgemeiner Theil: 1. Veranlassung zur Untersuchung des Verbrechens. 2. Darstellung des Processverfahrens. 3. Prüfung der vom Richter und Defensor zu beobachten gewesenen Formalien. B. Besonderer Theil: 1. Prüfung der Resultate der Untersuchung, im Bezug auf den Verbrecher selbst, seine Concurrency bey der That, die Zeugen, Mitschuldigen, das *Corpus delicti* (die Erörterung des Thatbestandes) und dergl. 2. Gutachten des Referenten, sowohl im Allgemeinen als besonders im Bezug auf die, bey den Akten befindliche Vertheidigungsschrift. 3. Urthel. 4. Zweifels- und Entscheidungsgründe; mit vorzüglicher Rücksicht auf die subjective Strafwürdigkeit des Verbrechers und die Gewissheit des Thatbestandes.

§. 104.

Studium der Provinzialgeschichte.

Nachdem das grosse Gebiet der allgemeinen Weltgeschichte seine Ausbeute für die juristische Erkenntniss geliefert hat (§. 75.); nachdem die politischen Ereignisse in den neuern europäischen Staaten genauer betrachtet worden sind (§. 80.) und insbesondere der Blick des Studirenden auf der Geschichte des deutschen Vaterlandes verweilt hat (§. 88.): ist es an der

Zeit, vor gänzlicher Beendigung des akademischen Cursus, der Provinzialgeschichte einige Aufmerksam-
zu schenken. Der Nutzen dieses historischen Studiums
bedarf nach dem, was bereits oben §. 54. darüber ge-
sagt wurde, keiner weitem Auseinandersetzung. Für
den juristischen Zweck wird es besonders erspriesslich
seyn, sich bey der Auffassung der Provinzialgeschichte
nicht die politischen Begebenheiten als Hauptgesichts-
punkt zu erwählen, sondern vielmehr das innere Volks-
leben und den davon abhängigen Culturzustand im
Auge zu behalten. Denn gerade auf diese Art werden
eine Menge Kenntnisse gewonnen werden, durch deren
wohlthätigen Einfluss die praktische Wirksamkeit mehr
als durch irgend etwas anderes verbürgt wird. Neh-
men wir insbesondere auf das Studium der sächsischen
Geschichte Rücksicht, so lässt es sich nicht leugnen,
dass diess schon deshalb sehr interessant ist, weil es
sehr tief in die Geschichte anderer Provinzen Deutsch-
lands einführt.

Für das Studium der deutschen Provinzialge-
schichte überhaupt empfiehlt sich als Hülfsmittel: Pö-
litz Handbuch der Geschichte der souverainen Staaten
des Rheinbundes, Leipzig 1811. 8. 2 Bde; für das
Studium der sächsischen Geschichte aber: Weisse's
sächsische Geschichte, Leipzig 1802—12. 7 Bde. 8. und
Pölitze Geschichte, Statistik und Erdbeschreibung
des Königreichs Sachsen, Leipzig 1809—11. 3 Bde. 8.

§. 105.

Studium des deutschen Staatsrechts und des
Provinzialstaatsrechts.

So unsicher auch die Basis ist, auf welche sich

gegenwärtig das Studium des deutschen Staatsrechts gründen lässt (§. 14.) so ist doch dafür durch die vermittelnde Stellung des deutschen Bundes, und die bey ihm obwaltende, ausgleichende Repräsentation, wenigstens ein anerkanntes Organ vorhanden; und da Deutschland auch in politischer Hinsicht von jeher seine Stellung als das Herz von Europa behauptete, so kann man, mit Beseitigung des europäischen Staatsrechts, dessen positive Existenz und Auktorität so vielen Zweifeln unterliegt, die allgemeinen staatsrechtlichen Principien füglich ohne weiteres an die Verhältnisse der deutschen Staaten anknüpfen. Eine Dogmatik des deutschen Staatsrechts lässt sich freylich jetzt durchaus nicht consequent durchführen; das System dieser Wissenschaft ist nur in soweit haltbar, als die, aus historischen Thatsachen gefolgerten Schlüsse Bestand haben.

Das Studium des provinziellen Staatsrechts wird am sichersten dazu dienen, die durch Auffassung der Provinzialgeschichte gewonnenen Kenntnisse zum Besten des juristischen Geschäftslebens abzurunden und zu vervollständigen, weil die Landesverfassung selbst, deren Bild wir dadurch erhalten, die Richtschnur für die ordnungsmässige Berufsthätigkeit der Staatsbürger liefert. Da bey allen staatsrechtlichen Studien zunächst historisch verfahren werden muss, so kommt es auch bey der Beschäftigung mit dem Provinzialstaatsrechte vorzüglich darauf an, die frühern staatsrechtlichen Verhältnisse eines jeden Territorii zu berücksichtigen. Besonders muss hier die Frage beantwortet werden, in welchen Beziehungen sich die fragliche deutsche Provinz während vorzüglich denkwürdiger Zeitpunkte staats-

rechtlich zu Kaiser und Reich befunden habe? Während des Bestandes der Reichsverfassung nämlich erlangten nach und nach mehrere Provinzen Deutschlands besondere Privilegien, wodurch ihre eigenthümliche Abhängigkeit von Kaiser und Reich sehr modificirt ward. Namentlich machten sich die grössern Staaten des Reichsverbandes von demselben immer unabhängiger, und führten dadurch selbst den Verfall der ganzen Reichsverfassung herbey; z. B. Bayern und Preussen. Diess alles bewirkte besondere Veränderungen in der Landesverfassung, und in den Rechten des Regenten als solchen. Natürlich ist auch die Verschiedenheit der landständischen Verfassungen in den einzelnen Provinzen Deutschlands Ursache, dass die staatsrechtlichen Principien der Territorien sehr von einander abweichen.

Für das Studium des deutschen Staatsrechts empfehlen sich, ausser dem, oben §. 88. angeführten Pütterschen Werke: Die deutsche Bundesakte, authentischer Abdruck, Frankfurt am Main 1816. 4. und das Lehrbuch von Ign. Rudhardt: Das Recht des deutschen Bundes, Stuttgart 1822. 8. Für das Studium des sächs. Staatsrechts ist zu benutzen: Weisse's Lehrbuch des königlich sächsischen Staatsrechts, Leipzig 1823—27. 2 Bde. 8. Die Eigenthümlichkeit der sächsischen Landtagsverfassung hat so viel Einfluss auf das sächs. Staatsrecht gehabt, dass jene Verfassung aus dem historischen Standpunkte genau betrachtet werden muss, wenn eine richtige Ansicht vom sächsischen Staatsrechte gewonnen werden soll. Man vergleiche deshalb: Hausmann's Beyträge zur Kenntniss der chursächsischen Landtage, Leipzig 1798—1800.

3 Theile 8. und Ebendesselben sächsische Landtagsordnung nebst Beylagen, Leipzig 1799. 8.

Zehntes Kapitel.

Schlussbemerkungen.

§. 106.

Allgemeine Bemerkungen über das Verhältniss des methodologischen Studienplanes zu der in der Encyclopädie gegebenen Darstellung.

Da es durchaus nothwendig ist, dass ein akademischer Studienplan allgemeine Brauchbarkeit habe, so bleibt billig die Rücksicht auf besondere, durch das juristische Studium zu erreichende Zwecke davon ausgeschlossen. Allein die, in der Encyclopädie ihrem ganzen Umfange nach aufgefassten einzelnen Theile der Rechtswissenschaft umschliessen auch das mit, was zur Erreichung besonderer Zwecke durch das juristische Studium, z. B. zur Vorbereitung auf den höhern Staatsdienst und das eigentlich gelehrte Studium der Rechte, zunächst in das Auge zu fassen seyn möchte; daher wird es nicht unpassend seyn, hier noch nachträglich über das Studium solcher, eines besondern Zweckes wegen festzuhaltender juristischen Disciplinen ein paar Worte zu sagen. Es wird hierbey vorausgesetzt, dass jeder Studirende, bevor er noch sein juristisches Studium einer besondern Absicht accommodirt, nicht unterlassen habe, dem allgemeine Zwecke

desselben durch gleich vertheilte Genauigkeit die gebührende Anerkennung zu beweisen.

§. 107.

Studium des Polizeyrechts und der Polizeywissenschaft überhaupt.

Der in Deutschland gewöhnlichen Einrichtung gemäss, ist die Verwaltung der sogenannten Polizey, d. h. die Aufrechterhaltung der, des allgemeinen Staatszwecks wegen nothwendigen Beschränkungen der äussern Freyheit der Staatsbürger, den Händen juristischer Beamten anvertraut. Doch ist die Lehre über die Natur, Nothwendigkeit und Ausführbarkeit jener von der obersten Staatsgewalt ausgehenden Beschränkungen von solcher Wichtigkeit, und die Geltendmachung ihrer Principien im Leben selbst, bey der anerkannten, natürlichen Abneigung der Staatsbürger dagegen, so grossen Schwierigkeiten unterworfen, dass die Polizeywissenschaft von den, für den höhern Staatsdienst sich bildenden Männern wohl nicht als blose Hilfsdisciplin behandelt werden sollte. Ueberdiess ist diese Vernachlässigung der Polizeywissenschaft ihrer Ausbildung in Deutschland bereits so nachtheilig geworden, dass die Polizeywissenschaft wirklich zu den Disciplinen gehört, in deren Cultur und richtiger Behandlung uns die Ausländer weit übertreffen. Es kommt bey diesem Studium vorzüglich darauf an, das Recht des Staates zur Beschränkung der äussern Freyheit der Staatsbürger, welches in der notorischen Unmündigkeit des grössern Theils derselben sehr wohl begründet ist (§. 22.), zunächst in das Auge zu fassen, und sodann, gestützt auf die Resultate der historischen Er-

fahrung, sich mit den, dadurch am besten empfohlenen Mitteln der Beschränkung der Handlungen der Staatsbürger bekannt zu machen. Ausserdem muss eine richtige Ansicht von der Natur und innern Kraft der allgemeinen Menschenwürde, geschöpft aus der Moral und Geschichte, hierbey desto genauer festgehalten werden, je augenscheinlicher es ist, dass die öffentliche Verachtung des Polizeywesens aus der Nichtbeachtung der Menschenwürde von Seiten der Polizeybeamten hervorgegangen ist.

Als Hülfsmittel für das Studium der Polizeywissenschaft und des Polizeyrechts empfehlen sich: Sonnenfels Grundsätze der Polizey, Handlung und Finanz, Wien 1804. 3 Bde. 8.; dasselbe Buch zum Gebrauch akademischer Vorlesungen bearbeitet von F. X. v. Moshamm, Tübingen 1820. 8.; Henrici Grundzüge zu einer Theorie der Polizeywissenschaft, Lüneburg 1808 und 10. 8. 2 Bde, und Harl Entwurf eines Polizeygesetzbuchs nebst einer Polizeygerichtsordnung, Erlangen 1822. 8.

Wenn auch durch ein ernsteres Studium des Polizeyrechts nur die Ueberzeugung von seiner Wichtigkeit herbeygeführt würde, so wäre diess doch schon ein wesentlicher Vorthail, weil der Einfluss jener Ueberzeugung zur Beseitigung des allgemeinen Vorurtheils gegen polizeyliche Gegenstände sehr viel beytragen würde. Ebenso schön als wahr ist eine hierher gehörige Bemerkung Thibauts in seinen oft angeführten Beyträgen, Seite 103: „Das Criminalrecht ist und bleibt ein *testimonium paupertatis*, welches der Regent sich selbst ausstellt. Wäre die Polizeygewalt überall so thätig, wie sie seyn kann, und liesse man es sich ange-

legen seyn, den Unterthan zum Guten zu bilden, und durch psychologische Reitze zu locken, als man bereit ist, ihn bey jeder Gelegenheit zu schrecken, und in Furcht zu erhalten; so würde es eine, freylich paradox klingende, aber gewiss nicht leicht von der Hand zu weisende Frage seyn, ob es denn nicht überhaupt gerathener sey, die wenigen, nicht abzuwendenden Verbrechen gänzlich ungestraft zu lassen, und blos auf die, dem Delinquenten angenehmste Weise für die Besserung desselben zu sorgen?“

§. 108.

Studium der Cameral- und Finanzwissenschaften.

Die sogenannten Cameralwissenschaften sind, in sofern sie die wissenschaftliche Darstellung des gesamten Gebiets der materiellen Thätigkeit der einzelnen Staatsbürger enthalten, der Aufmerksamkeit des, für den höhern Staatsdienst im ganzen Umfange sich bildenden Juristen durchaus würdig; denn die rechtlichen Verhältnisse der einzelnen Staatsbürger stehen mit der besondern materiellen Thätigkeit derselben im genauesten Zusammenhange. Das Studium der Haupttheile der Cameralwissenschaften, nämlich der Wirthschaftskunde, Gewerbkunde und Handelskunde muss daher auch die hier einschlagenden Rechtsprincipien zunächst berücksichtigen. In sofern diese Principien staatsrechtlichen Inhaltes sind, bilden sie den Stoff des sogenannten Cameralrechts (§. 31.). Oefters schon wurde auch die Finanzwissenschaft mit zu den Cameralwissenschaften gerechnet, ob sie gleich eigentlich den Staatswissenschaften angehört (§. 100.). Sie steht

mit jenen wenigstens in sofern in Verbindung, als die Grundsätze über die Erhebung der für das Staatswohl erforderlichen Abgaben sich auf die Resultate stützen müssen, welche sich über den Ertrag der materiellen Thätigkeit der Staatsbürger in einem Staate eine längere Zeit hindurch als feststehend ergeben haben. Die Rechtsprincipien über die, dem Staatswohle angepasste Vertheilung und Erhebung der Abgaben lassen sich wissenschaftlich als Finanzrecht zusammenstellen (§. 31.). Auch hier ist die Rücksicht auf die historische Erfahrung höchst wichtig; allgemeingültige Grundsätze giebt es aber *in praxi* desto weniger, je mehr die Individualität des Himmelsstrichs, des Bodens und der Landeseinwohner selbst besondere Wege und Mittel nothwendig macht.

Als Hülfsmittel empfehlen sich: Webers Einleitung in das Studium der Cameralwissenschaft, Berlin 1819. 8., und Schmalz, Encyclopädie der Cameralwissenschaft, Berlin 1819. 8. Ausserdem das §. 106. angeführte Werk von Sonnenfels und für Sachsen Hungers chursächsische Finanzgeschichte, Leipzig 1785. 8.

§. 109.

Studium der Staats- und Canzleypraxis, so wie der Völkerrechtspraxis oder Diplomatie.

Der für den höhern Staatsdienst sich bestimmende Jurist muss mit der besondern Form der, auf staatsrechtliche Principien sich stützenden Leitung der Staatsgeschäfte und der dabey vorkommenden Arbeiten und Mittheilungen sich genau bekannt machen. Diess wird desto vollständiger geschehen, je gründlicher er sich durch das Studium der Staatsverfassung und Geschichte

auf die eigentliche Staatspraxis vorbereitet hat. Als dann aber muss die eigne Uebung Fertigkeit in der Auswahl und Behandlung des Stoffes gewähren (§. 29.). Der auf die Verhältnisse des Staates mit fremden Nationen sich beziehende Geschäftsgang verlangt fast noch mehr eine, durch vielseitige historische Kenntnisse gesicherte Begründung. Denn die hieraus gebildete Wissenschaft der Völkerrechtspraxis oder Diplomatie hält sich sehr an die hergebrachte Convenienz; und motivirt selbst ihre Abweichungen davon durch die Berücksichtigung politisch wichtiger Thatsachen (§. 30.).

Als Hülfsmittel sind zu benutzen: Bischoffs Handbuch der deutschen Canzleypraxis, Helmstädt 1793—97. 8. 2 Bde; Martens Grundriss einer Geschichte der europäischen Staatsverhandlungen seit dem Ende des 15ten Jahrhunderts, Berlin 1807.; und Eben desselben *cours diplomatique*, Berlin 1801. 3 Bde 8.

§. 110.

Studium der *medicina forensis* und der *mathesis forensis*.

Wir haben bereits oben §. 32. bemerkt, dass namentlich rücksichtlich des Thatbestandes bey wichtigen Verbrechen und im Bezug auf die Individualität des Verbrechers selbst medicinische Untersuchungen nothwendig werden können, und dass man die hierzu erforderlichen Kenntnisse unter dem Collectivnamen: *medica forensis* zusammenzufassen pflegt. Zwar gehören die Hauptbegriffe davon in die oben erwähnten

Vorträge über Anthropologie; allein da sie hier nur populär vorgetragen zu werden pflegen, so muss die genauere Bekanntschaft damit durch eignes Studium erworben werden. Da die Grundlage der *medicina forensis* rein medicinisch ist; so pflegt der Unterricht darin auch von einem Mediciner ertheilt zu werden; obgleich zu wünschen wäre, dass endlich einmal ein Jurist, mit medicinischen Kenntnissen ausgerüstet, als Reformator der gerichtlichen Arzneywissenschaft, einen, bloß das Nothwendige berücksichtigenden Abriss derselben liefern möchte. Einen gleichen Wunsch darf man wohl mit Recht hinsichtlich jener mathematischen Grundsätze hegen, welche man in ihrer Beziehung auf die rechtlichen Verhältnisse unter den Staatsbürgern als den Inhalt einer besondern *mathesis forensis* betrachtet wissen will. Für die juristische Mathematik ist noch weit weniger gethan, als für die gerichtliche Medicin (§. 33.). Nicht sowohl die reine, als die angewandte Mathematik enthält die hier brauchbaren Materialien; jedoch kann ohne Kenntniss der ökonomischen Techuologie und der bürgerlichen Baukunst eine brauchbare Verarbeitung derselben nicht stattfinden.

Als Hülfsmittel für die *medicina forensis* sind zu nennen: Metzger's System der gerichtlichen Arzneywissenschaft, neueste Ausgabe von Remer, Königsberg 1820. 8.; Henke's Lehrbuch der gerichtlichen Medicin, Berlin 1821. 8.; Heinroth's System der gerichtlichen Arzneywissenschaft, Leipzig 1825. 8.; Hoffbauer: die Psychologie in ihren Hauptanwendungen auf die Rechtspflege, Halle 1823. 8. Für die *mathesis forensis* besitzen wir bis jetzt bloß Polack's *mathesis*

forensis, 4te Aufl., Leipzig 1770. 4. und Florencourt's Abhandlungen aus der juristischen und politischen Rechenkunst, Altenburg 1781. 8.

§. 111.

Studium der Archiv- und Registraturwissenschaft.

Die grosse Menge und Verschiedenheit der juristischen Schriften, welche sich in einigermaassen bedeutenden Gerichtshöfen sehr bald anhäufen, und die Nothwendigkeit, dieselben für längere Zeit sicher aufzubewahren, hat bewirkt, dass man über die Erhaltung, Vertheilung und Anordnung derselben besondere Regeln aufstellte, und ihnen unter dem Namen: Archiv- und Registraturwissenschaft sogar einen eigenthümlichen wissenschaftlichen Standpunkt anwies (§. 37.). Obgleich das Studium dieser Wissenschaft, welche eigentlich mehr die Natur einer Kunst an sich trägt, sich ganz auf die praktische Erfahrung stützen muss, so ist es doch nicht zu leugnen, dass sich der, in den höhern Staatsdienst eintretende Jurist, auch ohne in den Archiven bereits thätig gewesen zu seyn, die Hauptregeln für sein Verfahren hierbey aus den Gesetzen einer verständigen Ordnungsmässigkeit abstrahiren kann.

Als Hülfsmittel können verglichen werden: Bachmann über Archive, deren Natur und Eigenschaften, Sulzbach 1801. 8. und Sedlmayer's praktische Anleitung zur Systematik und Führung der Registraturen, Bamberg 1807. 8.

§. 112.

Studium des Wechselrechts.

Die Eigenthümlichkeit des Handelsverkehrs im Mittelalter, wo der Transport von baaren Geldsummen wegen der grössern Unsicherheit der Land- und Seereisen noch weit gefährlicher als heut zu Tage war, gab zu der Erfindung der Wechsel Anlass, die sich in Deutschland von Italien aus bald Eingang verschafften (§. 27.). Da zur Beförderung des Handels mit diesen Wechseln manche Privilegien verbunden wurden, so bildete sich hierüber bald eine besondere Gesetzgebung: das Wechselrecht. Das Studium desselben greift tief in das Handelsrecht ein; es ist daher zweckmässig, sich einleitungsweise überhaupt mit dem letztern bekannt zu machen, und dann erst die Art und Weise, wie die Erfindung des Wechsels den Handel umgestaltete, genauer zu betrachten und auf die Ansichten der einzelnen Gesetzgebungen einzugehen. Für das Verfahren in Wechselsachen hat man, eben, weil die Rechte eines Wechselgläubigers grösserer Sicherstellung bedürfen, eine grössere Strenge eingeführt, den Wechselprocess; der jedoch, wie das ganze Institut der Wechsel, die Spuren der Veraltung in mehr als einer Rücksicht an sich trägt. Fast in jedem einzelnen Territorium sind die wechselrechtlichen Vorschriften aus besondern Ansichten hervorgegangen. Dass jedoch die altitalienischen Handelsgebräuche hier gewissermaassen die allgemeine Grundlage bilden, lässt sich, mit Rücksicht auf die Resultate der Gesetzesvergleichung, füglich behaupten.

Als Hülfsmittel sind zu berücksichtigen: Martens Grundriss des Handelsrechts, Göttingen 1797. 8.; Weissegger v. Weissenegg Theorie des allgemeinen Wechselrechts, Freyburg 1818 und 19. 2 Bde. 8.; Püttmann's Grundsätze des Wechselrechts, Leipzig 1805. 8. und Rössigs systematische Darstellung des Leipziger Handelsrechts, Leipzig 1796. 8.

§. 113.

Bemerkungen über die juristische Hermeneutik oder Auslegungskunst.

Wenn in der juristischen Methodologie die Art und Weise gelehrt werden soll, wie bey dem Studium der Rechtswissenschaften zweckmässig zu verfahren sey: wenn ferner die Rechtswissenschaft mit Gründlichkeit nicht anders, als aus ihren Quellen studirt und erkannt werden kann: und wenn auf der andern Seite eine gründliche Erkenntniss der Rechtsquellen nicht ohne das genaueste Verständniss ihres Inhaltes zu erlangen ist: so liegt es wohl am Tage, dass Bemerkungen über die juristische Hermeneutik, d. h. über die Lehre von der deutlichen Erkenntniss und Erklärung des Inhaltes der Rechtsquellen, gleichsam den Schlussstein der juristischen Methodologie bilden müssen. Dass Kenntniss der Regeln für die richtige Erklärung der Rechtsquellen zur Gewinnung eines festen Standpunktes für den Praktiker sowohl, als für den Theoretiker unentbehrlich sey, bedarf gar keines besondern Beweises. Die Statthaftigkeit und Nützlichkeit der Erwähnung der juristischen Hermeneutik am Schlusse unserer Methodologie wäre also hinreichend gerecht-

fertiget. Ueber den Begriff und Zweck der Hermeneutik bemerken wir zunächst Folgendes: Die positiven juristischen Wissenschaften beruhen grösstentheils auf geschriebenen Quellen. Denn wie bekannt bildet hinsichtlich der Gesetzgebung das *jus scriptum* die Regel, das *jus non scriptum* aber die Ausnahme. Nun haben die Verfasser des *juris scripti* oder die Gesetzgeber ihre Ausdrücke in den Gesetzen nicht immer so klar gefasst, dass der Sinn derselben und die dadurch bezweckte Absicht ohne Weiteres einleuchtet; es bedarf daher nicht selten einer kunstmässigen Auslegung, (*interpretatio artificiosa*). Die für diese kunstmässige Auslegung vorhandenen Regeln werden in der sogenannten juristischen Hermeneutik nach der oben bemerkten Bedeutung derselben auseinandergesetzt.

Für die wissenschaftliche Gestaltung der Hermeneutik ist bis jetzt noch sehr wenig geschehen; am sichersten ist es, mit den Lehren der allgemeinen Sprachlehre und Kritik vorzüglich sich bekannt zu machen, und sie zunächst auf die Erklärung der Rechtsquellen anzuwenden. Doch können als Hilfsmittel verglichen werden: Zachariä's Versuch einer allgemeinen Hermeneutik des Rechts, Meissen 1805. 8., Thibaut's Theorie der logischen Auslegung des römischen Rechts, Altona 1807. 8. und Dirksen's Versuche zur Kritik und Auslegung der Quellen des römischen Rechts, Leipzig 1823. 8.

1. Der Satz, dass die Auslegung Entwicklung des wahren Sinnes eines dunkeln oder zweydeutigen Gesetzes sey, den auch der scharfsinnige Hufeland in seinem Lehrbuche des Civilrechts,

1ster Band, Giessen 1808. Seite 22. annimmt, ist in neuester Zeit von mehreren Rechtslehrern verworfen, und dagegen behauptet worden, überall, wo von der Entwicklung irgend eines Gesetzes die Rede sey, müsse diese als Auslegung (*interpretatio*) betrachtet werden. Noch vor Kurzem hat sich v. Droste in seiner Rechtfertigung der Bonner Juristenfakultät rücksichtlich des Urtheils über das Städel'sche Kunstinstitut, Bonn 1827. 8., Seite 16. und 30. sehr heftig gegen jenen, früher allgemein angenommenen Begriff von Auslegung erklärt. Gleichwohl wird derselbe durch die Gesetze selbst vertheidiget. In der l. 25. §. 1. *D. de legatis* 3. heisst es ausdrücklich: „*Cum in verbis nulla ambiguitas est, non debet admitti voluntatis quaestio.*“ Worte, durch welche die alte Rechtsregel: *lex clara non eget interpretatione*, jedenfalls gnügende Garantie erhält.

2. Die Interpretationslehre würde gewiss schon längst dem eigenthümlichen Standpunkte der Rechtswissenschaft gemäss bearbeitet worden seyn, wenn die ältern Juristen die einseitige Rücksicht auf das römische Recht in dieser Beziehung zeitiger als falsch erkannt hätten. Indem man die Regeln für die Theorie der Interpretation bloß aus den Justinianeischen Rechtsquellen abstrahirte, verlor man die unbedingt nothwendige Allgemeinheit der hier festzuhaltenden Gesichtspunkte aus den Augen. Freylich bieten gerade die römischen Rechtsquellen den Interpreten die mannfaltigsten Schwierigkeiten dar, und konnten also leicht die Aufmerksamkeit derselben vorzugsweise auf sich ziehen. Denn es ist völlig richtig, was Thibaut in seinem lesenswerthen Schriftchen über die Nothwendigkeit eines allgemeinen bürgerlichen Rechts für Deutschland (Heidelberg 1814. 8.) Seite 17. u. f.

gesagt hat: „Das römische Recht wird nie zur vollen Klarheit und Gewissheit erhoben werden. Die Erklärungsquellen fehlen uns bey jeder Gelegenheit, und der ganze Wust jämmerlich zerstückelter Fragmente führt in ein solches Labyrinth gewagter, schwankender Voraussetzungen, dass der Ausleger selten einen ganz festen Boden gewinnen kann, der nächste, beste Ausleger also immer wieder angelockt wird, neue Ideen zu versuchen, und die bisherigen umzuwerfen.“

§. 114.

Bemerkungen über den eigenthümlichen Charakter der Interpretation.

Jede Auslegung eines Satzes muss aus den Worten desselben geschöpft werden; mit Rücksicht auf die eigenthümliche Natur und Zusammenstellung dieser Worte. Ueber beydes giebt allein die Grammatik hinreichende Auskunft; daher muss jede Auslegung an und für sich grammatisch seyn. Die Anwendung der grammatischen Regeln kann ohne den Gebrauch von Vernunftschlüssen nicht geschehen; folglich muss jede Auslegung auch logisch seyn. Ferner muss durch jede Auslegung der Inhalt und Sinn der auszulegenden Stelle erklärt werden; sie muss demnach stets eine erklärende seyn. Nächst dem geschieht jede Auslegung der Anwendung des auszulegenden Satzes wegen; diese Anwendung mag nun jetzt schon gemacht werden sollen, oder erst als künftig vorausgesetzt werden. Sobald der Gesetzgeber eine Verbesserung der bestehenden Gesetze feststellt, so thut er mehr, als der bloße Ausleger jener Gesetze. Ebenso, wenn eine richterliche Behörde vermöge des Gerichtsbrauchs, oder des

Inbegriffs derjenigen juristischen Ansichten, welche sie kraft ihres Amtes in gewissen gleichartigen Fällen zur Ergänzung der geschriebenen Gesetze seit längerer Zeit zur Anwendung gebracht hat, ein dunkles unzureichendes Gesetz verbessert, so thut sie ebenfalls mehr als der Interpret desselben. Endlich kann die Anwendung der grammatischen und logischen Regeln auf die Auslegung eines Rechtssatzes für den Gebrauch desselben nur dann erspriesslich seyn, wenn jene Anwendung der Individualität der Lehre gemäss ist, über welche der zu interpretirende Satz sich verbreitet.

§. 115.

Folgerungen aus dem Vorhergehenden.

Die gewöhnliche Theorie stellt über die Eintheilung der Interpretation folgende Grundsätze auf: Alle Interpretation ist entweder 1. *authentica*, d. h. eine solche, welche vom Gesetzgeber selbst ausgeht; oder 2. *usualis*, die sich auf den Gerichtsbrauch einer Behörde stützt; oder: 3. *doctrinalis*; d. h. eine solche, die aus den, von den Rechtslehrern über die einzelnen juristischen *dogmata* gegebenen Erklärungen herstammt; die *Interpretatio doctrinalis* ist wieder a) *grammatica* oder b) *logica*; die *interpretatio logica* endlich entweder aa) *extensiva*, d. h. *explicatio, quae adhibetur, quum ratio aut consilium legis latius patent, quam ejus verba*, oder bb) *restrictiva*, welche dann statt findet, wenn der Wille des Gesetzgebers in eingeschränkterer Bedeutung genommen wird, als sie die gebrauchten Worte an die Hand geben, und endlich cc) *declarativa, quae adhibetur, quum neque extensiva*

neque restrictiva locum possit habere. Allein aus den im vorigen §. gegebenen Andeutungen geht klar und deutlich hervor, dass alle und jede Auslegung sowohl die Regeln der Grammatik als die der Logik beobachten müsse; daher kann von einer Eintheilung der *interpretatio doctrinalis in logica* und *grammatica* durchaus nicht die Rede seyn; die *interpretatio doctrinalis* selbst aber besteht auch nicht als besondere Gattung, weil alle Interpretation überhaupt von denen geschehen muss, die mit der Eigenthümlichkeit der hieher gehörigen Disciplin (*doctrina*) genau bekannt sind. Ebenso geht aus dem Obigen hervor, dass die *interpretatio authentica* und *usualis* keine besondern Gattungen der Auslegung seyn können, weil sowohl der Gerichtsbrauch, als die Verbesserung des Gesetzgebers weit mehr, als bloße Interpretation bewirken. Nicht weniger folgt daraus, dass eine *interpretatio declarativa* als besondere Gattung der Auslegung unstatthaft sey, weil alle Interpretation überhaupt erklärend seyn muss. Somit wird die frühere Theorie durch unsere Argumentation ganz zerstört, und wir stellen über die ganze Auslegung bloß folgende Hauptsätze auf: Alle Interpretation geschieht, den Grundsätzen der fraglichen Doktrin gemäss, nach den Regeln der Grammatik und der Logik; ihrer Eintheilung nach aber ist die *interpretatio* entweder *stricta*, wo der zunächst in den Worten liegende Sinn dem Erklärer genügt; diese hat im Zweifel stets den Vorzug; oder *non stricta*, wo von dem bloßen Wortsinne mehr oder weniger abgewichen, und auf den Zweck des Gesetzgebers, der aus dem Totalcharakter des Gesetzes erhellet, mehr Rücksicht genommen wird. Diese letztere Interpretation,

welche dann eintritt, sobald das Resultat der *interpretatio stricta* sich nicht vernunftgemäss auf den concreten Fall anwenden lässt, ist entweder *extensiva*, sobald den Worten eine weitere Bedeutung als sie an sich haben, beygelegt wird; oder *restrictiva*, wo der allgemeinere Wortsinn, durch vernunftgemässe, aus der Individualität des ganzen Gesetzes hervorgehende Folgerungen eingeschränkt wird. Das Festhalten an diesen einfachen Sätzen belohnt sich dadurch, dass es auf diese Art möglich wird, eine Menge Irrthümer über die Pflichten und Rechte eines Interpreten zu vermeiden.

1. Die Bekanntschaft mit den Hauptregeln der Interpretation wird am zweckmässigsten durch das Selbststudium erlangt, sobald nur die nöthigen linguistischen und philosophischen Vorkenntnisse vorhanden sind. Denn das Interpretiren ist eine Kunst, und als solche nur durch selbstständige Uebungen zu erlernen. Daher können besondere, systematische Vorträge über die Theorie der Interpretation entbehrt werden. Gleichwohl möchte einige Aufklärung über die hier zu befolgenden allgemeinen Grundsätze um so erspriesslicher seyn, je schwankender sich von jeher die Rechtslehrer darüber ausgesprochen haben. In dieser Beziehung namentlich werden exegetische Vorlesungen über einzelne wichtigere Abschnitte der zur praktischen Anwendung kommenden Rechtsquellen grossen Nutzen gewähren. Wahrhaft gründliche Rechtskenntnisse stammen ohnediess nur von der oft wiederholten prüfenden Einsicht in die Quellen ab. Die alten Juristen wussten diess sehr wohl, und beurtheilten deshalb die Fortschritte in dem, für den akademischen Cursus bestimmten Gebiete nach der, in der Exegese der Quellen erworbenen Fer-

- tigkeit. Justinian selbst hat sich über diesen Punkt in der Constitution *Omnem* bestimmt ausgesprochen; denn die *lectio librorum juris*, die er darin anempfiehlt, ist nichts anderes, als Exegese derselben, unter Anleitung der Antecessoren; wie unter andern der im neunten Paragraph derselben Constitution gebrauchte Ausdruck: *recitatio legum* beweist. (Vergleiche hierüber Hugo's Civil. Magazin, Band 2. Seite 257. u. ff. der ersten Ausgabe.)
2. Eine sicher zu erwartende, sehr heilsame Folge der lebhaftern Beschäftigung mit der Exegese der Rechtsquellen würde die seyn, dass die Juristen sich gewöhnten, sich in ihren rechtlichen Ausführungen nicht mehr auf die schwankende *auctoritas doctorum*, sondern vielmehr direkt auf den Ausspruch der Gesetze zu berufen. Sehr richtig bemerkt hierüber der ungenannte Verfasser des kleinen Schriftchens: Ueber die Nothwendigkeit einer neuen bürgerlichen Gesetzgebung in Deutschland. Frankfurt und Leipzig 1798. 8. Seite 50. §. 10: „Man nennt freylich die Erklärungen der Rechtslehrer doktrinale Auslegungen, die nicht, wie die authentischen, Gesetzeskraft haben. Allein der Name thut wenig zur Sache. That und Praxis zeigen nur allzu klar, welcher Gewalt sich die Meinungen der Autoren zu bemächtigen wussten. Man gehe nur die Streitschriften durch, sehe, wie Autor auf Autor folgt, wie hingegen die Gesetze so sparsam und ängstlich angeführt werden, wie diese selbst jedesmal durch eine Reihe Lehren der Ausleger unterstützt und aufrecht gehalten werden müssen. Ohne diese Zeugnisse würde der Sinn und die Anwendbarkeit der Gesetze auf den vorliegenden Fall bezweifelt, ihre Kraft, ihre noch bestehende Gültigkeit nicht anerkannt werden. Die Allmacht der Meinungen hat eine Menge von Gesetzen zernichtet.“

2. Sollte es einst dahin kommen, dass man überall der juristischen Hermeneutik wieder besondere akademische Vorlesungen widmete, so würden diese auch, in ihrer Stellung am Schlusse des akademischen Cursus, die beste Gelegenheit zu litterarischen Erläuterungen darbieten.

Die juristische Litteraturgeschichte ist bisher aus sehr natürlichen Gründen meistens mit der Rechtsgeschichte verbunden worden. Da nun aber die Rechtsgeschichte bis jetzt nur in sehr speciellen Beziehungen ausgebildet ist (§. 55.), so konnte, auch der daran geknüpfte Unterricht über die juristische Litteratur nur unvollständig seyn. Dabey ist noch zu berücksichtigen, dass die Rechtsgeschichte in den Anfang des juristischen Cursus gehört, wo die Empfänglichkeit für litterarische Kenntnisse noch nicht durch die Einführung in mehrfache, sehr von einander abweichende Wissenschaften angeregt worden ist. Ueberhaupt muss auch der Geist dessen, der juristische Litteraturgeschichte mit Nutzen hören soll, bereits durch die vielfachen litterarischen Notizen geweckt worden seyn, die in den Vorträgen über die juristischen Hauptdisciplinen mehr oder weniger Platz ergreifen. Demnach muss mit jener Disciplin der Beschluss gemacht werden. Leider fehlt es uns noch ganz an einer völlig brauchbaren juristischen Litteraturgeschichte. Noch immer ist niemand aufgetreten, der für unsere Zeit das geleistet hätte, was der unsterbliche Hommel einst für die seine durch die beyden Ausgaben seiner *Litteratura juris*, *Lipsiae* 1761. und 1779. 8., leistete. Deshalb ist auch dieses treffliche Werk, in dem sich der grosse, nie genug zu bewundernde Mann so ganz charakterisirt, doppelt werth zu schätzen.

Verbesserungen.

S. 8 Z. 1 v. u. liess: ein dergleichen.

S. 10 Z. 5 v. u. liess: auf.

S. 23 Z. 4 v. o. liess: überdiess.

S. 46 Z. 7 v. o. liess: Zachariae.

S. 97 Z. 3 v. o. liess: diess.

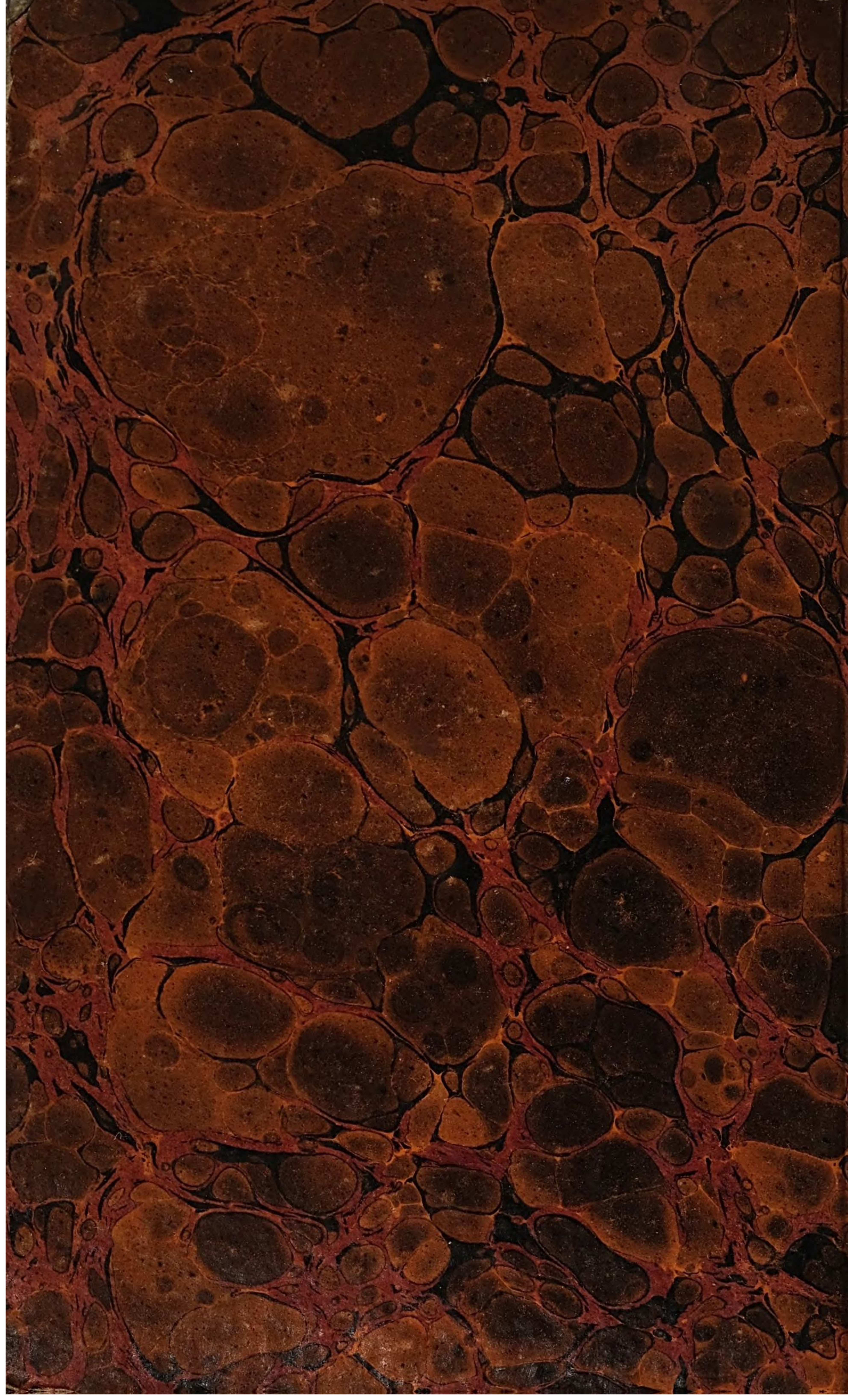
S. 101 Z. 10 v. o. liess: selbst das Bewusstseyn.

S. 130 Z. 16 v. u. liess: 1801.

S. 153 Z. 4 v. o. liess: 1785.

S. 153 Z. 6 v. o. liess: 1821.

Die übrigen kleinen Druckverschen werden hoffentlich keine wesentliche Störung der Leser bewirken.



Vogel, Emil Ferdinand,

Lehrbuch der Encyclopädie und Methodologie der Rechtswissenschaft

Leipzig 1829

Bamberg, Staatsbibliothek -- J.enc.o.66

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11706387-2